



Statistisches Monatsheft Thüringen

JUNI 2023

- **WAHLEN:**
Vorbereitung und Durchführung
von Landtagswahlen in Thüringen
- Baden-Württemberg und
Thüringen im Vergleich:
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
1991 bis 2021
- **INTERVIEW:** Amtliche Statistik ist
ein Gemeinschaftswerk

**I
Voted**

IMPRESSUM

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt
Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt
Telefon: +49 (0) 361 57 331-96 42
Telefax: +49 (0) 361 57 331-96 99
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de
Internet: www.statistik.thueringen.de

Schriftleitung:

Dr. Holger Poppenhäger

Auskunft erteilt:

Präsidialbereich Grundsatzfragen, Presse
Daniel Mroß
Telefon: +49 (0) 361 57 331-91 10
Telefax: +49 (0) 361 57 331-96 97
E-Mail: Daniel.Mross@statistik.thueringen.de
Internet: www.statistik.thueringen.de

Satz und Druck:

Thüringer Landesamt für Statistik

Herausgegeben: Juli 2023

Heft-Nr.: 89/23

Jahrgang: 30

Preis: 5,00 Euro

ISSN 0948-5449

Bestell-Nr.: 40301

Titelfoto: © unsplash.com/Parker Johnson

© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet

Zeichenerklärung:

- nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt

Anmerkung: Abweichungen in den Summen, auch im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen, erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

JUNI 2023

3 INHALT

5 AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

6 NEUES

- 6 2022 höchster Thüringer Wanderungsgewinn seit 1985 – Fast 30000 Zuzüge aus der Ukraine nach Thüringen
- 6 2022 höchster Bevölkerungsgewinn in Thüringen
- 6 Erneut deutlicher Rückgang der Geburtenzahl in Thüringen
- 6 Zum Internationalen Kindertag: Mehr minderjährige Kinder in Thüringen
- 7 Zum Vatertag am 18. Mai 2023: Mehr Väter mit minderjährigen Kindern
- 7 Aquakultur 2022 in Thüringen: Erzeugung von Speisefisch gesunken
- 7 Schlachtungen und Fleischerzeugung im 1. Quartal 2023 rückläufig
- 7 Anbauprognose für das Erntejahr 2023
- 7 Regionales Ranking in der Thüringer Industrie im 1. Quartal 2023: Wartburgkreis Spitzenreiter
- 7 Stromeinspeisung im 1. Vierteljahr 2023
- 7 20 Monate von der Erteilung der Baugenehmigung bis zum Einzug
- 7 12 386 genehmigte Wohnungen in Thüringen noch nicht fertiggestellt
- 8 Bezugsfertige neue Wohngebäude 2022: Einsatz von Umweltthermie nimmt zu, Gasheizungen weiter rückläufig
- 8 Baufertigstellungen 2022 unter Vorjahresniveau
- 8 Kaum Veränderungen bei den Unfällen mit Personenschaden und den Verunglückten gegenüber dem Vorjahresmonat
- 8 Leichter Anstieg der Gasthöreerzahlen an Thüringer Hochschulen im Wintersemester 2022/23
- 8 Stark gestiegene Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft in Thüringen im Jahr 2022
- 8 Anstieg des Gesundheitspersonals in Thüringen im 2. Corona-Jahr 2021 unter Bundesdurchschnitt
- 8 Anstieg der Steuereinnahmekraft der Gemeinden in Thüringen im Jahr 2022

- 9 Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2019
- 9 Fast jeder 5. Job in Thüringen profitierte von der Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro
- 9 Gehaltsvergleich 2022 – Beruf und Bildungsabschluss beeinflussen die Höhe des künftigen Verdienstes
- 9 Inflationsrate in Thüringen im April 7,4 Prozent – Heizöl- und Kraftstoffpreise abermals gesunken
- 9 Treibhausgasemissionen in Thüringen 2020 gegenüber 1990 um 61,7 Prozent gesunken
- 9 Thüringen en détail: Die Stadt Schmalkalden – Gastgeberstadt des 18. Thüringentages im Porträt
- 10 1. Thüringer Landesfamilienwandertag am 3. Juni 2023
- 10 Thüringer Wirtschaft in Karten

11 HANDWERK

12 IM FOKUS

14 THÜRINGEN AKTUELL

28 AUFSATZ

Cornelia Schönfuß:
„Vorbereitung und Durchführung von Landtagswahlen in Thüringen“

42 GASTBEITRAG

Dr. Werner Münzenmaier:
„Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1991 bis 2021“

57 TROCKENE ZAHL

58 INTERVIEW

Ruth Brand:
„Amtliche Statistik ist ein Gemeinschaftswerk“

61 TROCKENE ZAHL

62 GRAFIKEN

68 KARTE DES MONATS

69 WIRTSCHAFTSINDIKATOREN

72 ZAHLENSPIEGEL

AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

BEVÖLKERUNG



39

Geburten



90

Gestorbene

Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2022.

Pressemitteilungen aus der Statistik

Anbei finden Sie eine kleine Auswahl von Ausschnitten aus den Pressemitteilungen des Thüringer Landesamtes für Statistik.

Die vollständige Pressemitteilung ist in der Druckversion über den QR-Code oder in der papierlosen Version über den Link im QR-Code abrufbar.

116/2023

2022 höchster Thüringer Wanderungsgewinn seit 1985¹⁾ – Fast 30 000 Zuzüge aus der Ukraine nach Thüringen

Im Jahr 2022 verzeichnete Thüringen 88 517 Zuzüge und 51 447 Fortzüge über die Landesgrenze. Für den Freistaat resultierte daraus ein Wanderungsgewinn in Höhe von 37 070 Personen. Gegenüber 2021 hat sich der Wanderungsgewinn mehr als vervierfacht und war damit der höchste Thüringer Wanderungsgewinn seit 1985. Während 2022 die Zahl der Zuzüge gegenüber dem Vorjahr um 64,2 Prozent angestiegen ist, nahm die Zahl der Fortzüge nur um 13,3 Prozent zu. Hauptursache des deutlichen Anstiegs der Zuzüge war die Zuwanderung ukrainischer Staatsangehöriger aufgrund des russischen Angriffskrieges.



115/2023

2022 höchster Bevölkerungsgewinn in Thüringen

Am 31.12.2022 lebten 2 126 846 Personen in Thüringen. Davon waren 49,4 Prozent männlichen und 50,6 Prozent weiblichen Geschlechts. Der gegenüber dem Vorjahr erzielte Bevölkerungsgewinn von 17 983 Personen bzw. 0,9 Prozent überstieg sogar den Einwohnerzuwachs des Jahres 2015 und war damit der höchste Thüringer Bevölkerungsgewinn seit 1960¹⁾. Wie schon 7 Jahre zuvor war auch 2022 der Hauptgrund für den Bevölkerungsgewinn der Wanderungsüberschuss (mehr Zuzüge als Fortzüge) aus dem Ausland.



104/2023

Erneut deutlicher Rückgang der Geburtenzahl in Thüringen

Im Jahr 2022 wurden in Thüringen 14 131 Geburten und 32 795 Sterbefälle registriert. Das sind 1 246 Geburten weniger (78,1 Prozent) als noch 2021. Das ist die niedrigste Geburtenanzahl seit dem Jahr 1995, als 13 788 Kinder in Thüringen zur Welt kamen. Bei den Sterbefällen gab es 2022 einen Rückgang um 2 035 Gestorbene (-5,8 Prozent). Daraus ergibt sich ein Sterbefallüberschuss für 2022 von 718 664 Personen. Dieser ist um 789 Personen niedriger als noch im Vorjahr, aber dennoch der zweithöchste Wert seit Beginn der statistischen Zeitreihe²⁾. Den bisherigen Höchststand verzeichnete das Jahr 2021 mit einem Überschuss von 19 453 Gestorbenen.



100/2023

Zum Internationalen Kindertag: Mehr minderjährige Kinder in Thüringen

Anlässlich des Internationalen Kindertages am 1. Juni: Nach Erstergebnissen des Mikrozensus 2022 lebten in Thüringen 285 Tausend Familien³⁾ mit 441 Tausend Kindern. Darunter waren 330 Tausend Kinder unter 18 Jahren, die in 208 Tausend Thüringer Familien lebten. Damit ist die Zahl der minderjährigen Kinder seit 2012 von 289 Tausend mit einem Plus von 14,2 Prozent noch stärker gestiegen als die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern (+11 Tausend Familien bzw. +5,8 Prozent). Die durchschnittliche Kinderzahl in Thüringer Familien nahm somit innerhalb von 10 Jahren von 1,5 auf 1,6 minderjährige Kinder je Haushalt zu. Dennoch liegt Thüringen damit 2022 unter dem bundesweiten Durchschnitt von 1,7 minderjährigen Kindern je Familie.



1) Beginn der Zeitreihe

2) Beginn der Zeitreihe: 1955

3) Die Familie im statistischen Sinn umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, das heißt Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mit Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die mit einer Partnerin oder einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben, werden im Mikrozensus nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern zählen statistisch als eigene Familie bzw. Lebensform.

88/2023

Zum Vatertag am 18. Mai 2023: Mehr Väter mit minderjährigen Kindern

In Deutschland ist es zur Tradition geworden, dass am gesetzlichen Feiertag Christi Himmelfahrt auch Vater- bzw. Männertag begangen wird. Erstergebnisse des Mikrozensus 2022 zeigen auf, dass sich an diesem Tag 891 Tausend Thüringer Männer (ab 15 Jahren) feiern lassen können. Darunter waren 162 Tausend Väter mit minderjährigen Kindern im Haushalt und damit 10 Tausend bzw. 6,7 Prozent mehr als noch 10 Jahre zuvor.



108/2023

Aquakultur 2022 in Thüringen: Erzeugung von Speisefisch gesunken

Im vergangenen Jahr erzeugten 55 Thüringer Aquakulturbetriebe 757 Tonnen Speisefisch. Das waren 129 Tonnen Speisefisch bzw. 15 Prozent weniger als im Jahr 2021. Dieser Rückgang war sowohl bei der Erzeugung von forellenartigen Fischen als auch bei den Karpfen festzustellen. Die geringen Niederschläge im vergangenen Jahr wirkten sich auch auf die Erzeugung in den von den Thüringer Fischwirtinnen und Fischwirten bewirtschafteten Gewässern aus.



98/2023

Schlachtungen und Fleischerzeugung im 1. Quartal 2023 rückläufig

Von Januar bis März 2023 wurden in Thüringen 68 542 als tauglich beurteilte Tiere geschlachtet. Differenziert nach Tierart waren das 21 885 Rinder, 44 826 Schweine, 1 681 Schafe, 142 Ziegen und 8 Pferde. Im Vergleich zum 1. Quartal 2022 verringerte sich die Anzahl der geschlachteten Tiere um 3 717 Tiere bzw. 5,1 Prozent.



85/2023

Anbauprognose für das Erntejahr 2023

Bei den Landwirtschaftsbetrieben in Thüringen stehen zur Ernte 2023 rund 337 000 Hektar Getreide (ohne Körnermais und CCM) im Feld. Gegenüber dem Vorjahr sind das rund 16 000 Hektar bzw. 5 Prozent weniger.



93/2023

Regionales Ranking in der Thüringer Industrie im 1. Quartal 2023: Wartburgkreis Spitzenreiter

Der Umsatz der Thüringer Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erhöhte sich nach vorläufigen Angaben im 1. Quartal 2023 (bei 1 Arbeitstag mehr) gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 1 199 Millionen Euro (+13,4 Prozent). Bei den Umsatzzuwächsen ist zu beachten, dass sich hier starke Preisanstiege widerspiegeln. Umsatzspitzenreiter war der Wartburgkreis mit 1133 Millionen Euro. Alle Landkreise sowie alle Stadtkreise mit Ausnahme des Saale-Orla-Kreis erwirtschafteten ein Umsatzplus.



111/2023

Stromeinspeisung im 1. Vierteljahr 2023

Thüringer Stromerzeuger speisten im 1. Vierteljahr 2023 nach vorläufigen Angaben 2 847,7 Gigawattstunden (GWh) Strom in das Versorgungsnetz ein. Die eingespeiste Strommenge ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,4 Prozent zurückgegangen.



106/2023

20 Monate von der Erteilung der Baugenehmigung bis zum Einzug

Im Jahr 2022 wurden in Thüringen 1 788 neue Wohnhäuser mit 3 185 darin befindlichen Wohnungen fertig gestellt. Die durchschnittliche Abwicklungsdauer, d. h. die Zeitspanne zwischen Baugenehmigung und Bau fertigstellung eines Bauvorhabens bleibt, wie im Vorjahr, bei 20 Monaten. Gebäude in Fertigteilbauweise (auch serielles/modulares Bauen) verkürzen die durchschnittliche Zeitspanne bis zum Einzug um 3 Monate.



97/2023

12 386 genehmigte Wohnungen in Thüringen noch nicht fertiggestellt

Mit der Bauüberhangserhebung 2022 wurden insgesamt 12 386 Wohnungen ermittelt, die zwar eine Genehmigung zum Bau erhielten, aber bis zum 31. Dezember 2022 noch nicht fertiggestellt wurden. Im Vergleich zum Jahresende 2021 erhöhte sich der Bauüberhang in Thüringen um 886 Wohnungen bzw. 7,7 Prozent. 61,5 Prozent der im Überhang befindlichen Wohnungen wurden vor 2022 genehmigt, darunter 18,8 Prozent im Jahr 2019 und früher.



96/2023

Bezugsfertige neue Wohngebäude 2022: Einsatz von Umweltthermie nimmt zu, Gasheizungen weiter rückläufig

Ergebnissen der jährlichen Baufertigstellungsstatistik 2022 zufolge setzen die Bauherren bezugsfertiger neuer Wohngebäude zunehmend auf erneuerbare Energien. Für 62,9 Prozent der insgesamt 1 788 neuen Wohngebäude werden erneuerbare Energien die primär verwendete Energiequelle sein. Der Anteil der erneuerbaren Energien liegt damit deutlich über dem Einsatz der konventionellen Energien.



94/2023

Baufertigstellungen 2022 unter Vorjahresniveau

Im Jahr 2022 meldeten die Thüringer Bauaufsichtsbehörden insgesamt 4 046 fertig gestellte Wohnungen. Gegenüber 2021 waren das 8,1 Prozent bzw. 359 Wohnungen weniger.



102/2023

Kaum Veränderungen bei den Unfällen mit Personenschaden und den Verunglückten gegenüber dem Vorjahresmonat

Nach vorläufigen Ergebnissen meldete die Thüringer Polizei im März 2023 insgesamt 3 917 Unfälle. Damit ist die Zahl der Unfälle sowohl im Vergleich zum Vorjahresmonat (+7,9 Prozent) als auch gegenüber dem Vormonat (+11,2 Prozent) leicht angestiegen.



92/2023

Leichter Anstieg der Gasthölerzahlen an Thüringer Hochschulen im Wintersemester 2022/23

Für das Wintersemester 2022/23 meldeten die Thüringer Hochschulen neben den vorläufigen Studierendenzahlen auch 210 Gasthölerinnen und Gasthöler, darunter 89 Frauen. Das waren insgesamt 8 Gasthölerinnen und Gasthöler bzw. 4,0 Prozent mehr als im Wintersemester 2021/22. Hingegen sank die Anzahl der mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingeschriebenen Gasthölerinnen und Gasthöler im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 38,5 Prozent.



112/2023

Stark gestiegene Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft in Thüringen im Jahr 2022

Die Bruttowertschöpfung (BWS) der Gesundheitswirtschaft in Thüringen stieg im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 3,7 Prozent. Damit erzielte Thüringen einen überdurchschnittlich hohen Zuwachs im Vergleich zur Summe aller Bundesländer (+0,2 Prozent). Trotzdem blieb die Bruttowertschöpfung je erwerbstätige Person der Gesundheitswirtschaft Thüringens unter dem Durchschnitt im Bundesländervergleich, näherte sich aber weiterhin an diesen an.



87/2023

Anstieg des Gesundheitspersonals in Thüringen im 2. Corona-Jahr 2021 unter Bundesdurchschnitt

Die Zahl der Beschäftigten stieg im Gesundheitswesen Thüringens im Jahr 2021 um 1,8 Prozent auf 148 200. Das Gesundheitswesen in Deutschland verzeichnete in der gleichen Zeit eine Zunahme von 2,9 Prozent auf 6 012 000 Beschäftigte. Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten erzielten diejenigen Einrichtungen, deren Personal zur Pandemiebekämpfung eingesetzt wurde.



113/2023

Anstieg der Steuereinnahmekraft der Gemeinden in Thüringen im Jahr 2022

Im Rahmen des jährlich durchzuführenden Realsteuervergleichs liegen die Ergebnisse vor. Die Steuereinnahmekraft⁴⁾ der Gemeinden ermittelt sich aus Realsteuern⁵⁾, Gewerbesteuerumlage⁶⁾ und den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer⁶⁾. Im Jahr 2022 betrug die Steuereinnahmekraft der 631 Thüringer Gemeinden 2 084 Millionen Euro. Das waren 139 Millionen Euro bzw. 7,2 Prozent mehr als im Jahr 2021. Je Einwohner entsprach dies einem Anstieg um 61 Euro auf nunmehr 982 Euro.



4) Die Steuereinnahmekraft ist eine rechnerische Größe zur Ermittlung landesweit vergleichbarer Werte. Dabei werden auf die tatsächlichen Besteuerungsgrundlagen einer Gemeinde die landesdurchschnittlichen Realsteuererhebessätze angewandt.

5) Realsteuern (auch Objekt- oder Sachsteuern genannt) sind Steuern, die auf einzelnen Vermögensgegenständen lasten. Sie werden bei denjenigen erhoben, denen die Gegenstände zuzurechnen sind. Zu den Realsteuern zählen die Grundsteuern (Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Grundsteuer B für bebaute und unbebaute Grundstücke) und die Gewerbesteuer (brutto). Das Aufkommen aus Realsteuern steht nach Art. 106 Abs. 6 GG grundsätzlich den Gemeinden zu.

6) nach der Schlussrechnung

110/2023

Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2019

Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik des Veranlagungsjahres 2019 wies für 895 120 Steuerpflichtige mit Wohnsitz in Thüringen eine festgesetzte Einkommensteuer von insgesamt 5,4 Milliarden Euro aus. Das entspricht einem Zuwachs von 5,4 Prozent zum Vorjahr.



105/2023

Fast jeder 5. Job in Thüringen profitierte von der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro

Am 1. Juli 2022 betrug der gesetzliche Mindestlohn 10,45 Euro pro Stunde. Bis zum 1. Oktober 2022 stieg er auf einen Bruttostundenverdienst von 12,00 Euro. Von dieser Mindestloohnerhöhung haben rund 153 Tausend Jobs in Thüringen profitiert. Somit lagen im Juli 2022 rund 17,7 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse in Thüringen rechnerisch unterhalb des ab Oktober geltenden Mindestlohnes von 12,00 Euro pro Stunde. Wären alle diese Jobs bereits im Juli 2022 mit 12,00 Euro entlohnt worden, entspräche dies einer rechnerischen Steigerung der Verdienstsomme für die Thüringer Beschäftigten um rund 9,0 Prozent bzw. 15 Millionen Euro.



95/2023

Gehaltsvergleich 2022 – Beruf und Bildungsabschluss beeinflussen die Höhe des künftigen Verdienstes

Bei der Entscheidung für einen beruflichen Werdegang spielen neben den persönlichen Interessen und Fähigkeiten auch die Verdienstaussichten eine wichtige Rolle. Die Wahl eines Berufs bestimmt nämlich erheblich die Höhe des künftigen Verdienstes. Beispielsweise erhielten Kassierer und Kassiererinnen sowie Kartenverkäufer und -verkäuferinnen im April 2022 einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen von 1 824 Euro. Gleichzeitig verdienen die Fachkräfte im Bereich der Softwareentwicklung mit 3 676 Euro durchschnittlich 1 852 Euro mehr im Monat.



78/2023

Inflationsrate in Thüringen im April 7,4 Prozent – Heizöl- und Kraftstoffpreise abermals gesunken

Die Verbraucherpreise erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,4 Prozent. Im Vergleich zum Monat März stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent. Sie erreichten damit einen Indexstand von 117,8 Prozent (Basis 2020=100). Die Jahresteuersatzrate sank somit von 7,7 Prozent im Monat März auf 7,4 Prozent im Monat April. Die abermals gesunkenen Preise für Heizöl und Kraftstoffe beeinflussten diesen Rückgang. Ohne diese beiden Güter läge die Jahresteuersatzrate bei 8,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.



90/2023

Treibhausgasemissionen in Thüringen 2020 gegenüber 1990 um 61,7 Prozent gesunken

Die in Thüringen ausgestoßenen Emissionen von Treibhausgasen beliefen sich im Jahr 2020 auf knapp 12,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Demnach hat sich der Ausstoß der zum Treibhauseffekt beitragenden Gase in Thüringen seit 1990 um 61,7 Prozent und verglichen mit dem Vorjahr um 3,9 Prozent verringert. Damit wurde das Klimaschutzziel, die Treibhausgasemissionen in Thüringen bis 2030 um 60 bis 70 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern⁷⁾, bereits erreicht.



114/2023

Thüringen en détail: Die Stadt Schmalkalden – Gastgeberstadt des 18. Thüringentages im Porträt

Die Stadt Schmalkalden war vom 9. bis 11. Juni 2023 Gastgeber des 18. Thüringentages, der nach der Premiere 1996 zunächst jährlich und seit 2007 im zweijährlichen Rhythmus durchgeführt wird. Auf der Grundlage von regionalstatistischen Daten wurde ein Porträt der Stadt Schmalkalden gezeichnet. Der Aufsatz „Thüringen en détail – Die Stadt Schmalkalden“ bietet neben dem stadthistorischen Hintergrund auch einen Überblick der amtlichen Zahlen zu Bevölkerung, Flächennutzung, Wohnen, Verkehr, Tourismus, Finanzen, Gewerbe und Landwirtschaft.



7) Vgl. § 3 Abs. 1 ThürKlimaG

107/2023

1. Thüringer Landesfamilienwandertag am 3. Juni 2023

Am Samstag, 3. Juni 2023, wurde in Thüringen zum 1. Mal ein Wandertag speziell für Familien durchgeführt. Der Landesfamilienwandertag fand in und um den Schlosspark Belvedere in Weimar statt und wurde begleitet durch Ministerpräsident Bodo Ramelow und Familienministerin Heike Werner. Auf dem Programm standen geführte Wanderungen auf 5 unterschiedlich anspruchsvollen Wanderrouten und im Anschluss ein Familienfest. Es duften sich in Thüringen 285 Tausend Familien⁸⁾ zu dieser besonderen Veranstaltung eingeladen fühlen. Insgesamt haben diese Familien 931 Tausend Mitglieder und bestehen somit im Durchschnitt aus 3,26 Personen.



103/2023

Thüringer Wirtschaft in Karten

Die 12. Auflage des „Thüringen-Atlas Wirtschaft“ wurde veröffentlicht. Seinen Ursprung hat der „Thüringen-Atlas Wirtschaft“ im „Thüringen Atlas“, welcher im Laufe der vergangenen 23 Jahre eine besondere Stellung in der Produktpalette des Thüringer Landesamtes für Statistik eingenommen hat. Dargestellt werden ökonomische Themen untergliedert in 8 Kategorien. Dies entspricht 26 Karten und verschiedenen Zusatzgrafiken.



8) Erstergebnisse des Mikrozensus 2022. Die Familie im statistischen Sinn umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, das heißt Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mit Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die mit einer Partnerin oder einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben, werden im Mikrozensus nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern zählen statistisch als eigene Familie bzw. Lebensform.

Weitere Pressemitteilungen finden Sie unter dem Link <https://statistik.thueringen.de/presse>

HANDWERK

ZAHNTECHNIKER*



141

**HANDWERKS-
UNTERNEHMEN**

1519

TÄTIGE PERSONEN

54 392

**EURO UMSATZ JE
TÄTIGE PERSON**

* Bezeichnung des Gewerbezeigs

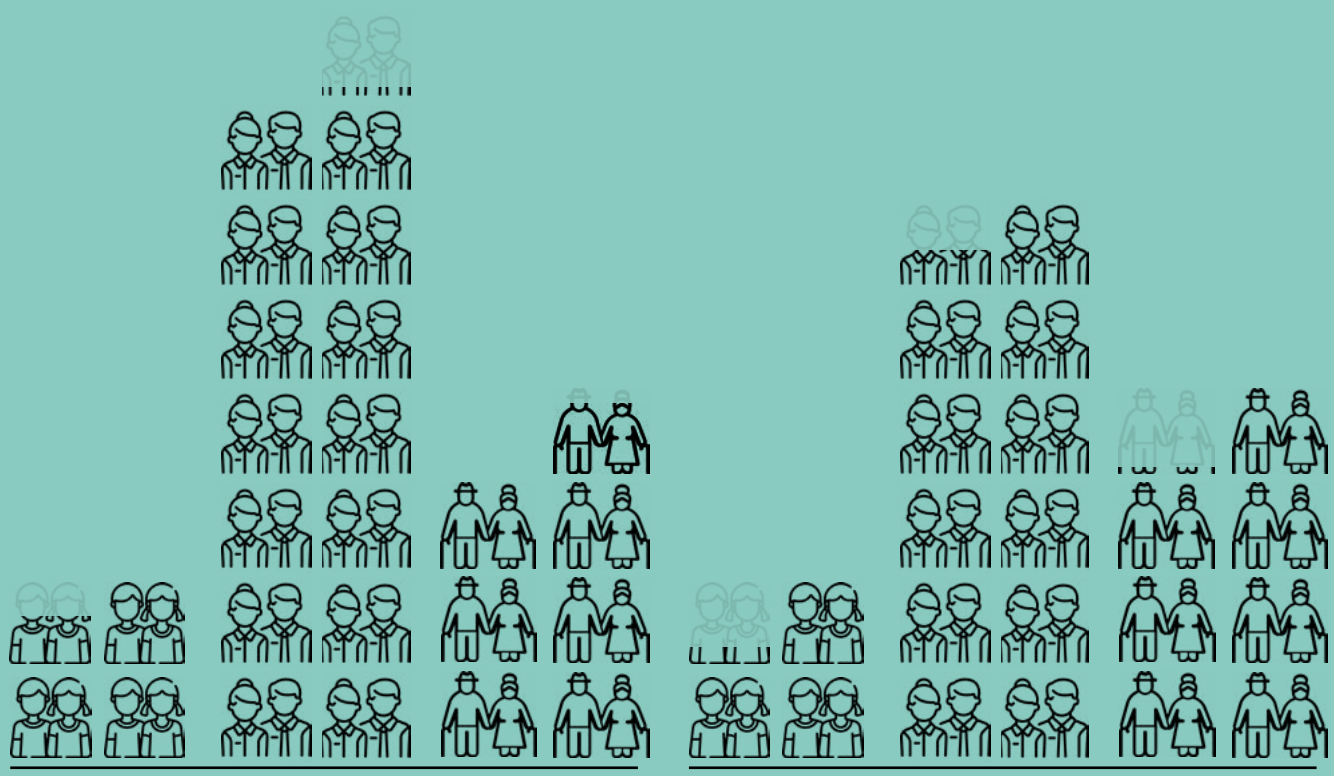
Quelle: zulassungspflichtiges Handwerk aus der Handwerkszählung 2020

Bevölkerungsvorausberechnung in Thüringen


SCHMALKALDEN-MEININGEN

2021

2042



Kinder unter 18 Jahren	Personen 18 bis unter 65 Jahren	Personen ab 65 Jahren	Kinder unter 18 Jahren	Personen 18 bis unter 65 Jahren	Personen ab 65 Jahren
18,35 Tausend	70,88 Tausend	34,18 Tausend	15,94 Tausend	57,65 Tausend	35,12 Tausend

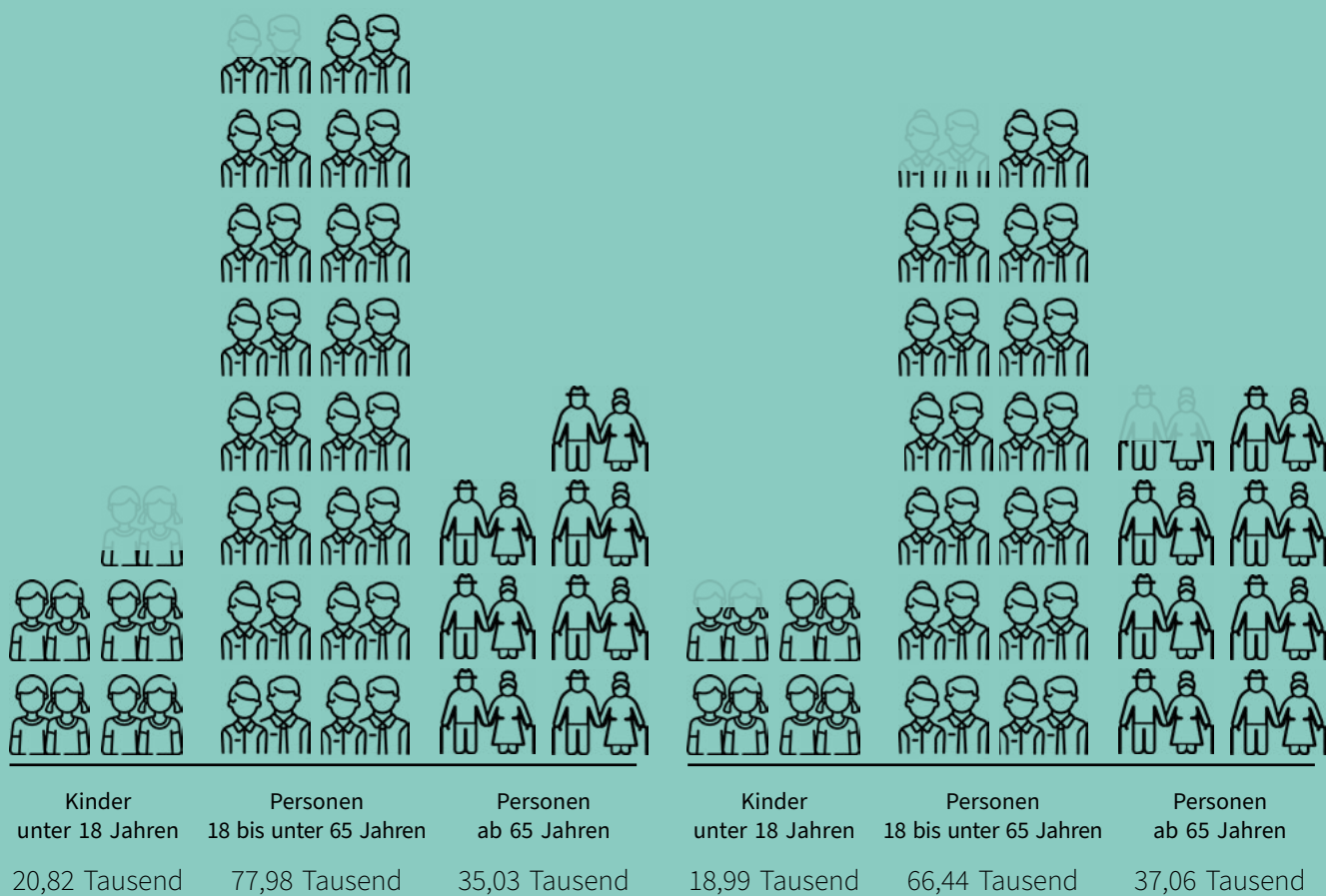
 = 5000 Personen

Bevölkerungsvorausberechnung in Thüringen

GOTHA

2021

2042



= 5000 Personen



Sylvia Schlapp

Präsidialbereich:
Grundsatzfragen, Presse,
Auskunftsdienst, Qualitäts-
management, Controlling,
Querschnittsveröffentli-
chungen, Forschungsdaten-
zentrum

0361 57331-9130
Sylvia.Schlapp
@statistik.thueringen.de

Thüringen aktuell

Die wirtschaftliche Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe verlief im Monat März 2023 durchaus positiv. Im Vergleich zum Vormonat sind die Umsätze, die Zahl der Beschäftigten und die Produktivität angestiegen (bei 3 Arbeitstagen mehr). Der Auftragseingang ging dagegen leicht zurück. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurden, mit Ausnahme der Auftragseingänge, bei allen genannten Kennziffern Zuwächse errechnet (bei gleicher Zahl an Arbeitstagen).

Im Bauhauptgewerbe stiegen im März 2023 gegenüber dem Vormonat sowohl der Umsatz als auch die Produktivität, der Auftragseingang und die Beschäftigtenzahl an. Auch gegenüber dem Vorjahresmonat wurde eine höhere Beschäftigtenzahl sowie ein Umsatz- und Produktivitätsplus errechnet. Der Auftragseingang lag jedoch unter dem Niveau des Vorjahres.

Im Ausbaugewerbe lagen im 1. Quartal 2023 die Umsätze und die Produktivität über dem Niveau des Vorjahresquartals. Die Beschäftigtenzahl ging weiterhin zurück.

Die Zahl der Arbeitslosen sank im März 2023 gegenüber dem Vormonat erneut, lag jedoch über dem Niveau des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) blieb gegenüber dem Vormonat konstant.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Die Umsätze in den Thüringer Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe lagen im März 2023 über den Ergebnissen des Vorjahresmonats.

Industrieumsätze gestiegen

Mit einem Volumen von 3759 Millionen Euro sind sie gegenüber dem Vorjahresmonat um 13,4 Prozent gestiegen (Deutschland: +8,1 Prozent). Im Vergleich zum Vormonat stieg das Umsatzplus noch stärker an (Thüringen: +15,4 Prozent; Deutschland: +16,8 Prozent).

Der Inlandsumsatz betrug 2357 Millionen Euro und war damit um 14,3 Prozent höher als im März 2022. Der Auslandsumsatz stieg um 11,9 Prozent auf 1401 Millionen Euro. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) war mit 37,3 Prozent im März 2023 um 0,4 Prozentpunkte niedriger als im März des Vorjahres.



Jonas Lay

Grundsatzfragen, Presse,
Auskunftsdienst, Qualitäts-
management, Controlling,
Querschnittsveröffentli-
chungen, Forschungsdaten-
zentrum

0361 57331-9582
Jonas.Lay
@statistik.thueringen.de

Abbildung 1: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

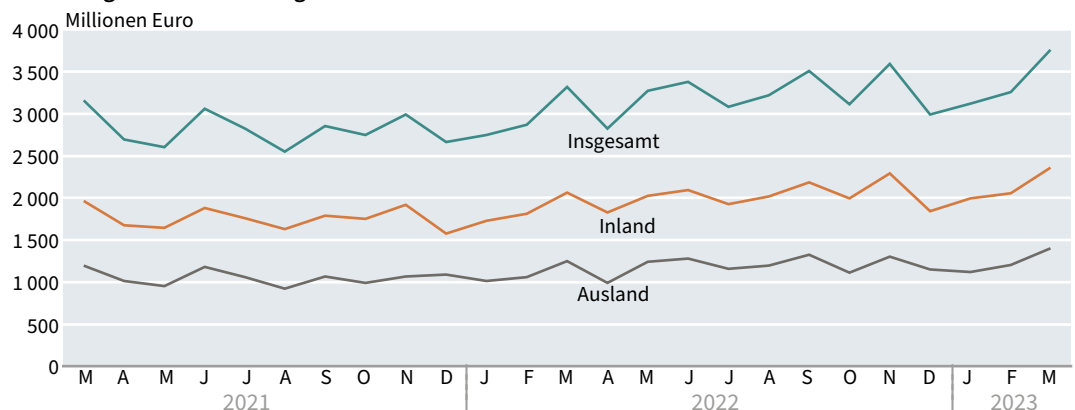
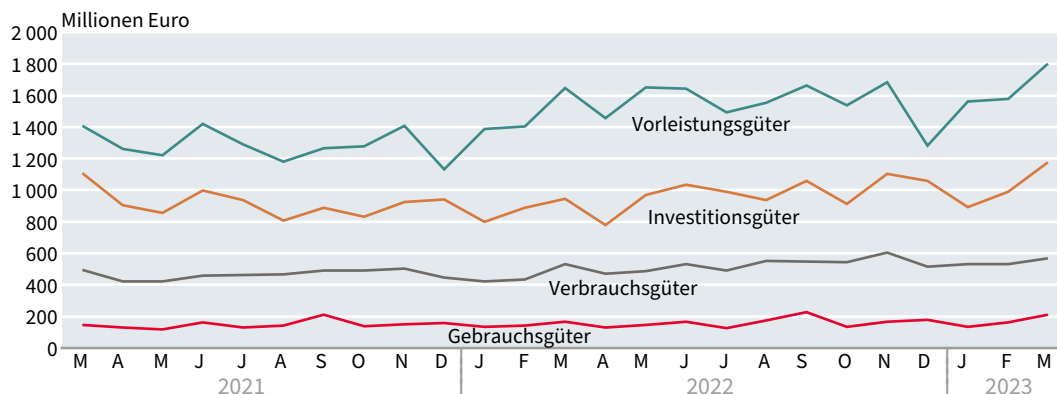


Abbildung 2: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen



Im Vergleich zum Vormonat konnten sowohl starke Zuwachsraten beim Auslandsumsatz (+16,5 Prozent bzw. +198,8 Millionen Euro) als auch beim Inlandsumsatz (+14,7 Prozent bzw. +301,6 Millionen Euro) erwirtschaftet werden.

Alle Hauptgruppen im Umsatzplus

Bei der Betrachtung nach Hauptgruppen konnten im März 2023 alle Bereiche eine positive Umsatzentwicklung vorweisen. Der größte absolute Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat wurde bei den Investitionsgüterproduzenten mit +220,0 Millionen Euro bzw. +23,0 Prozent errechnet. Den geringsten Zuwachs verzeichneten die Verbrauchsgüterproduzenten (+39,0 Millionen Euro bzw. +7,4 Prozent).

Das im 1. Quartal 2023 erreichte Umsatzvolumen von 10136 Millionen Euro lag deutlich über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes (+1199 Millionen Euro). Dabei stieg der Inlandsumsatz um 14,2 Prozent an und der Auslandsumsatz um 12,0 Prozent. Die Exportquote lag mit

36,8 Prozent unter dem Niveau des 1. Quartals 2022 (37,3 Prozent).

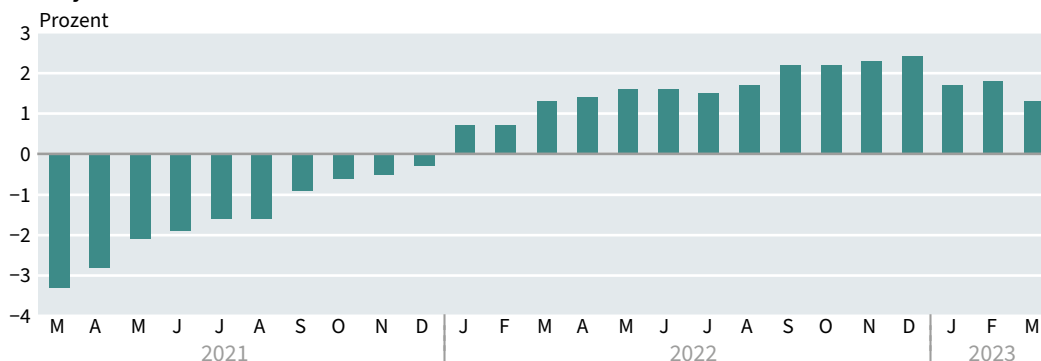
Bei den Verbrauchsgüterproduzenten stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 18,1 Prozent an, bei den Investitionsgüterproduzenten um 15,8 Prozent, bei den Gebrauchsgüterproduzenten um 13,6 Prozent und bei den Vorleistungsgüterproduzenten um 10,5 Prozent.

Die höchste Exportquote wies in diesem Zeitraum die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten aus (57,6 Prozent), gefolgt von der Gruppe der Investitionsgüterproduzenten (42,6 Prozent). Die niedrigste Exportquote wurde bei den Verbrauchsgüterproduzenten (23,1 Prozent) ermittelt.

Mehr Beschäftigte in der Industrie

Die Zahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten) stieg im März 2023 im Vergleich zum Vormonat gering an (+88 Personen bzw. +0,1 Pro-

Abbildung 3: Veränderung der Beschäftigtenzahl im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat



zent). Mit 144309 Personen waren ebenfalls mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor (+1868 Personen bzw. +1,3 Prozent).

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl war im 1. Quartal dieses Jahres um 1,6 Prozent höher als in den ersten 3 Monaten des Vorjahres. Die Entwicklung in den einzelnen Hauptgruppen gestaltete sich fast in jeder Gruppe positiv. Am stärksten stieg die Beschäftigtenzahl in der Gruppe der Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Plus von 1643 Personen, gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten mit 901 Personen und den Gebrauchsgüterproduzenten mit 52 Personen. Rückläufig waren die Beschäftigtenzahlen nur bei den Verbrauchsgüterproduzenten (-344 Personen).

Produktivität gestiegen

Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe stieg im März 2023 auf einen Wert von 26045 Euro; 15,3 Prozent mehr als im Februar 2023. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurde eine um 11,9 Prozent höhere Produktivität errechnet.

Produktivitätszuwachs bei allen 4 Hauptgruppen im Vorjahresvergleich

Bis Ende März 2023 war der Umsatz je Beschäftigten mit 70378 Euro um 11,6 Prozent höher als im 1. Quartal 2022. Einen Zuwachs der Produktivität verzeichneten alle Hauptgruppen. Am stärksten stieg die Produktivität bei den Verbrauchsgüterproduzenten

mit +19,9 Prozent, gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten (+13,4 Prozent), den Gebrauchsgüterproduzenten (+12,8 Prozent) und schließlich den Vorleistungsgüterproduzenten (+7,9 Prozent).

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war im März 2023 mit 20744 Tausend Stunden um 9,9 Prozent höher als im Vormonat und lag 3,8 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 6,3 Stunden (Vormonat: 6,6 Stunden; März 2022: 6,1 Stunden).

Der Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sank im März 2023 im Vergleich zum Vormonat um 0,3 Prozent ab. Mit einem Indexstand von 121,3 lag er um 7,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Dabei sanken im Vergleich zum März 2022 die Auftragseingänge aus dem Inland um 7,8 Prozent und aus dem Ausland um 6,7 Prozent.

Auftragslage im 1. Quartal 2023 unter Vorjahresniveau

Mit einem Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) von durchschnittlich 123,7 in den ersten 3 Monaten des Jahres 2023 wurde der Stand des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes unterschritten (-5,2 Prozent). Der Auftragseingang aus dem Inland blieb dabei mit einem Wert von 116,7 unverändert und der aus dem Ausland sank um 12,7 Prozent auf 137,4.

Abbildung 4: Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

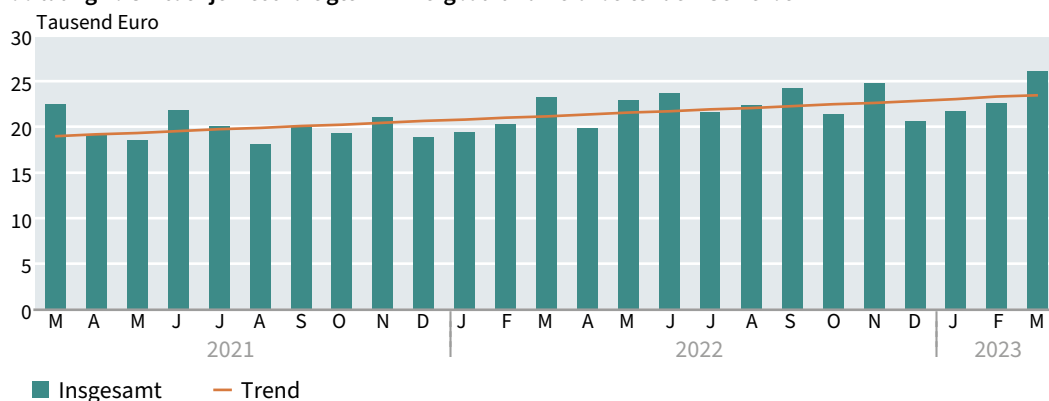
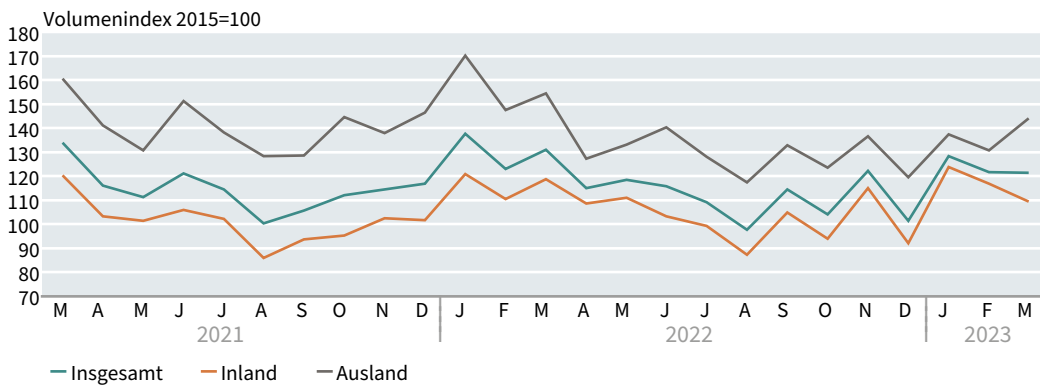


Abbildung 5: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe



Die Auftragslage entwickelte sich im 1. Quartal dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr bei einer Hauptgruppe positiv. Die Auftragseingänge der Verbrauchsgüterproduzenten stiegen um 3,7 Prozent auf 143,7. Alle weiteren Hauptgruppen hatten Rückgänge zu verbuchen. Am stärksten waren dabei die Gebrauchsgüterproduzenten mit einem Minus von 10,6 Prozent betroffen, gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten (-7,0 Prozent) und schließlich den Vorleistungsgüterproduzenten (-2,7 Prozent).

Baugewerbe

Die Betriebe des **Baugewerbes** insgesamt (Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) erzielten im 1. Quartal 2023 einen Gesamtumsatz in Höhe von 701 Millionen Euro. Damit waren die Umsätze um 8,4 Millionen Euro bzw. 1,2 Prozent niedriger als im vergleichbaren

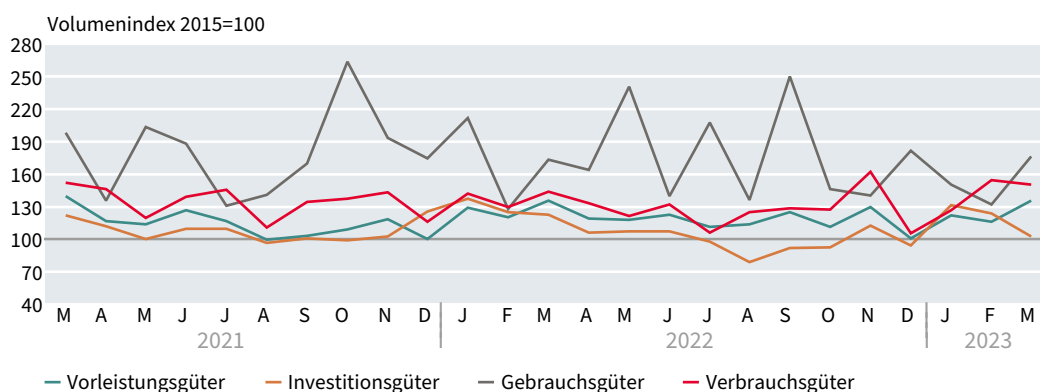
Vorjahreszeitraum. Der baugewerbliche Umsatz sank um 1,7 Prozent und lag bei 686 Millionen Euro.

Baugewerbe: Umsatzrückgang bei leichtem Beschäftigungsrückgang

Ende März 2023 waren in den Betrieben des Baugewerbes 23432 Personen beschäftigt. Die Zahl der tätigen Personen im Thüringer Baugewerbe sank damit um 156 Personen bzw. 0,7 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Bis Ende März 2023 erreichten die Betriebe des Baugewerbes insgesamt eine Produktivität (baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten) von 29285 Euro. Das waren 1,0 Prozent weniger als im 1. Quartal 2022.

Der Umsatz im **Bauhauptgewerbe** war im März 2023 mit 205 Millionen Euro (Vormonat: 137 Millionen

Abbildung 6: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen



Euro) um 5,4 Prozent höher als im März 2022. Der baugewerbliche Umsatz betrug 202 Millionen Euro und stieg um 5,3 Prozent an. Ein Anstieg wurde dabei in 2 von 3 Bausparten beobachtet, und zwar mit einem Plus von 9,0 Millionen Euro (+9,5 Prozent) im öffentlichen und Straßenbau und von 2,0 Millionen Euro (+8,2 Prozent) im Wohnungsbau. Im gewerblichen Bau wurde hingegen ein Rückgang um 763 Tausend Euro (-1,0 Prozent) ermittelt.

Im 1. Quartal 2023 Umsatzrückgang

Im 1. Quartal 2023 wurde im Bauhauptgewerbe ein Gesamtumsatz von 434 Millionen Euro erzielt; 10,4 Millionen Euro bzw. 2,3 Prozent weniger als im 1. Quartal 2022. Hier verzeichneten beim baugewerblichen Umsatz (-2,6 Prozent) fast alle Bauarten niedrigere Umsätze als im Vorjahr. Der einzige Anstieg errechnet sich im Wohnungsbau (+1,4 Millionen Euro bzw. +2,7 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe lag im März 2023 über dem Vormonatsniveau (+1,1 Prozent bzw. +158 Personen). Mit 14 300 Personen stieg die Beschäftigtenzahl auch gegenüber März 2022 leicht an (+0,7 Prozent bzw. +98 Personen).

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl war in den ersten 3 Monaten des Jahres 2023 um 0,6 Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum (+87 Personen).

Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe erreichte im März 2023 einen Wert von 14 159 Euro. Die Produktivität hat sich gegenüber dem Vormonat um 47,4 Prozent erhöht und lag auch über dem Niveau des Vorjahresmonats (+4,6 Prozent).

Produktivität gegenüber Vorjahresquartal gesunken

Im 1. Quartal 2023 verzeichnete das Bauhauptgewerbe eine um 3,2 Prozent niedrigere Produktivität als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, da der Umsatz zurückging und die Zahl der Beschäftigten anstieg.

Die geleisteten Arbeitsstunden waren im März 2023 mit 1385 Tausend Stunden um 34,5 Prozent höher als im Vormonat (bei 3 Arbeitstagen mehr), lagen jedoch um 7,2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats (bei gleicher Anzahl an Arbeitstagen). Der Rückgang gegenüber März 2022 erfolgte in allen 3 Hauptgruppen. Dabei verzeichnete der Wohnungsbau mit einem Minus von 13,8 Prozent den prozentual stärksten Rückgang. Am geringsten betroffen war der gewerbliche Bau mit einem Minus von 4,7 Prozent.

Im Zeitraum Januar bis März 2023 war die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe um 4,2 Prozent niedriger als in den ersten 3 Monaten des Vorjahres. Dabei wurde im Wohnungsbau der stärkste prozentuale Rückgang (-5,6 Prozent) registriert.

Abbildung 7: Beschäftigte und Produktivität im Bauhauptgewerbe

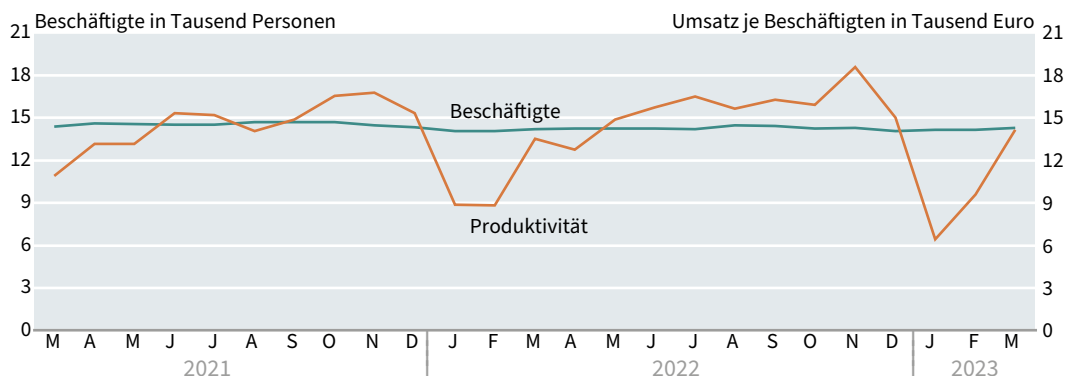
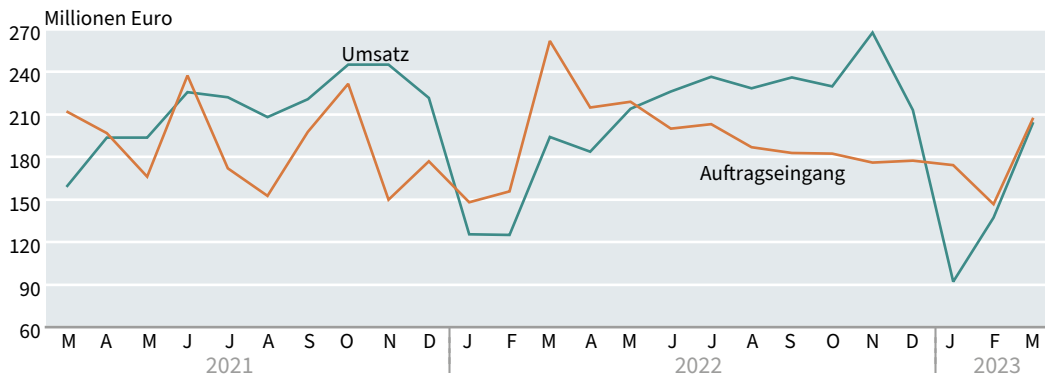


Abbildung 8: Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Starke Auftragsrückgänge gegenüber Vorjahr

Die Auftragslage verbesserte sich im Bauhauptgewerbe im März 2023 gegenüber dem Vormonat spürbar. Der Auftragseingang stieg gegenüber Februar 2023 um 60,8 Millionen Euro (+41,4 Prozent) an. Das Gesamtvolumen von 207,6 Millionen Euro lag jedoch um 54,0 Millionen Euro bzw. 20,6 Prozent unter dem Wert vom März 2022. Alle Bereiche verbuchten hierbei Auftragseinbrüche. Dabei sanken die Auftragseingänge im Wohnungsbau sprunghaft um 43,7 Prozent ab, im gewerblichen Bau um 22,0 Prozent und im öffentlichen und Straßenbau um 13,1 Prozent.

Das Volumen der Auftragseingänge im gesamten 1. Quartal 2023 war mit 529 Millionen Euro um 36,7 Millionen Euro niedriger als in den ersten 3 Monaten 2022 (-6,5 Prozent). Bei der Betrachtung nach Bausparten konnte lediglich der gewerbliche Bau ein Auftragsplus (+0,9 Prozent) verzeichnen. Im öffentlichen und Straßenbau gingen die Auftragseingänge um 6,6 Prozent und im Wohnungsbau sogar um 31,6 Prozent zurück.

Der Gesamtumsatz im **Ausbaugewerbe** betrug im 1. Quartal dieses Jahres 267 Millionen Euro und war damit höher als im 1. Quartal 2022 (+0,8 Prozent bzw. +2,0 Millionen Euro). Der ausbaugewerbliche Umsatz betrug 256,9 Millionen Euro und lag um 0,1 Prozent unter dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals.

Umsatz- und Produktivitätszuwachs im Ausbaugewerbe

Ende März 2023 waren 9238 Personen im Ausbaugewerbe beschäftigt; 244 Personen bzw. 2,6 Prozent weniger als Ende März 2022. Die Produktivität stieg im 1. Quartal 2023 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 2,5 Prozent an und lag bei 27813 Euro ausbaugewerblichem Umsatz je Beschäftigten.

Baugenehmigungen

Die Thüringer Bauaufsichtsbehörden genehmigten in den ersten 3 Monaten des Jahres 2023 mit 875 Anträgen den Bau von insgesamt 847 Wohnungen. Damit sank die Zahl der genehmigten Wohnungen gegenüber dem 1. Quartal 2022 (-514 Wohnungen bzw. -37,8 Prozent). Für alle Vorhaben wurde ein Kostenvolumen von 437 Millionen Euro veranschlagt; 72,1 Millionen Euro bzw. 14,2 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Für 174 Wohnungen, die durch bauliche Veränderungen an bestehenden Wohngebäuden z. B. durch Umbau-, Ausbau-, Erweiterungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen entstehen sollen, wurden im 1. Quartal 2023 Bauanträge gestellt; 21,6 Prozent weniger als im Vorjahresquartal.

Deutlich weniger neue Einfamilienhäuser geplant

Im geplanten Wohnungsneubau wurde den zukünftigen Bauherren für 656 Wohnungen eine Genehmigung erteilt. Gegenüber der vergleichbaren Zeitspanne 2022 ist dies ein Minus von 576 Wohnungen bzw. 46,8 Prozent. Bei der Betrachtung der 3 Gebäudetypen – Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser – haben sich diese ähnlich entwickelt. Die Einfamilienhäuser verzeichneten mit 268 Anträgen einen starken Rückgang (–161 Wohnungen bzw. –37,5 Prozent). Bei den Zweifamilienhäusern konnte ebenfalls ein Verlust beobachtet werden. Hier wurden bis Ende März dieses Jahres 44 neue Wohnungen geplant (–22 Wohnungen bzw. –33,3 Prozent). Auch bei den Mehrfamilienhäusern (einschließlich Wohnheimen) wurden mit 344 Wohnungen gegenüber dem Vorjahr Verluste in Höhe von 393 Wohnungen (–53,3 Prozent) ermittelt.

Für die Wohnungen in neuen Wohngebäuden wurden zum Zeitpunkt der Baugenehmigung 145 Millionen Euro Baukosten veranschlagt. Damit lagen die Baukosten deutlich unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau (–77,2 Millionen Euro bzw. –34,7 Prozent).

Weniger Genehmigungen für Nichtwohngebäude

Im Nichtwohnbau erteilten die Bauaufsichtsbehörden im 1. Quartal 2023 insgesamt 273 Gebäuden eine Baugenehmigung. Darunter werden 190 Nichtwohngebäude durch Neubau entstehen. Gegenüber dem 1. Quartal 2022 sanken sowohl die Zahl der genehmigten Nichtwohngebäude insgesamt

(–12,2 Prozent) als auch die Anzahl der geplanten Neubauten (–14,8 Prozent).

Die zum Zeitpunkt der Baugenehmigung veranschlagten Kosten im Nichtwohnbau insgesamt betragen rund 226 Millionen Euro. Darunter wurden 186 Millionen Euro für neue Nichtwohngebäude veranschlagt. Die insgesamt veranschlagten Kosten im Nichtwohnbau lagen um 1,5 Prozent unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes, die Kosten für neue Nichtwohngebäude stiegen dagegen um 20,0 Prozent.

Im territorialen Vergleich der Stadt- und Landkreise in Thüringen wurden im Landkreis Gotha die meisten neuen Wohnungsbauvorhaben (82) genehmigt. Im Ranking folgen der Wartburgkreis mit 69 genehmigten Bauvorhaben, das Weimarer Land (68) sowie das Eichsfeld (66).

Beherbergungswesen

In den Thüringer Beherbergungsstätten (mit 10 und mehr Betten) und auf Campingplätzen (ohne Dauercamping) wurden im März dieses Jahres 261 Tausend Gäste gemeldet, die 666 Tausend Übernachtungen buchten.

März 2023: mehr Gäste und Übernachtungen als im März 2022

Das waren 43,3 Prozent mehr Ankünfte und 28,1 Prozent mehr Übernachtungen als im März 2022. Die Verweildauer pro Gast lag bei durchschnittlich 2,6 Tagen (März 2022: 2,9 Tage).

Abbildung 9: Baugenehmigungen für Gebäude

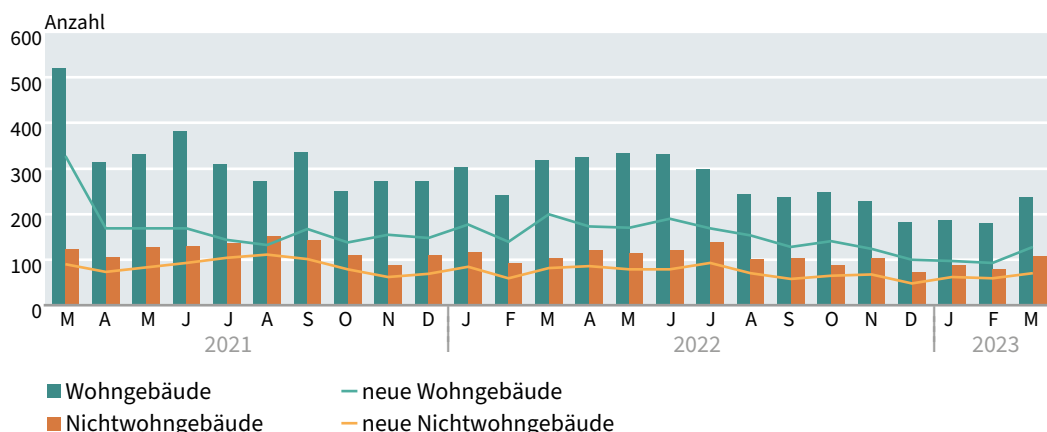
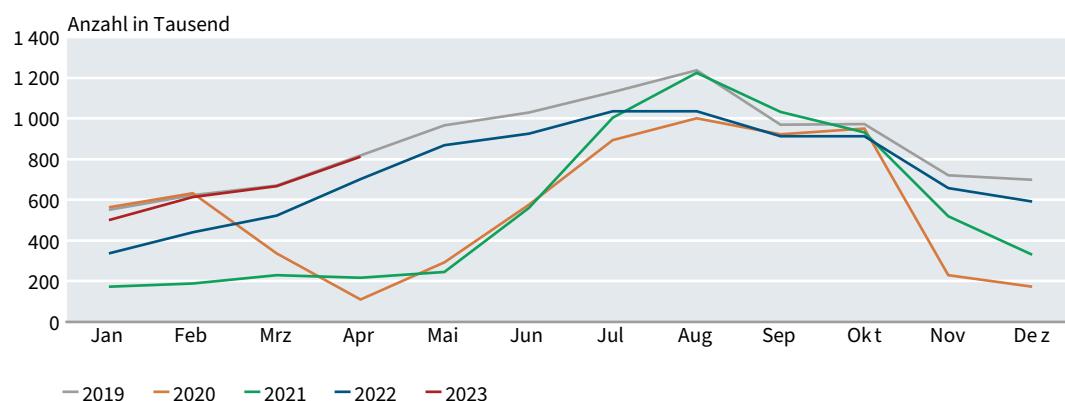


Abbildung 10: Übernachtungen in den Thüringer Beherbergungsbetrieben 2019 bis 2023



In Deutschland betrug die Zahl der Gästeankünfte im Betrachtungsmonat 12,6 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg hier die Zahl um 40,6 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 26,4 Prozent auf 31,7 Millionen. Die durchschnittliche Verweildauer lag mit 2,5 Tagen leicht unter dem Thüringenwert.

Im 1. Quartal 2023 wurden in den Thüringer Beherbergungsstätten und auf Campingplätzen insgesamt 657 Tausend Gästeankünfte gezählt. Das waren 53,4 Prozent mehr als im 1. Quartal 2022. Die Zahl der Übernachtungen stieg ebenfalls deutlich um 37,8 Prozent auf 1,8 Millionen. Die Verweildauer pro Gast lag mit durchschnittlich 2,7 Tagen leicht unter dem im Vorjahreszeitraum gemessenen Niveau (3,0 Tage).

Abbildung 11: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschließlich Campingplätze) Januar bis März 2023 nach Reisegebieten

Reisegebiet	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Tage
Altenburger Land	8880	31,8	20440	37,5	2,3
Eichsfeld	28320	85,8	82476	47,5	2,9
Erfurt	104739	79,4	185742	80,8	1,8
Saaleland	58706	57,5	145820	37,7	2,5
Südharz-Kyffhäuser	26578	34,1	81393	28,7	3,1
Thüringer Rhön	17016	56,9	86137	21,1	5,1
Thüringer Vogtland	29370	13,9	50469	13,0	1,7
Thüringer Wald	210747	40,8	708459	27,9	3,4
Weimar	65778	86,3	120549	78,2	1,8
Weimarer Land	24262	45,8	98983	23,0	4,1
Welterberegion Wartburg-Hainich	82475	57,1	202805	51,4	2,5
Thüringen	656871	53,4	1783273	37,8	2,7
davon					
Bundesrepublik Deutschland	620368	52,8	1687563	37,3	2,7
anderer Wohnsitz	36503	64,1	95710	46,8	2,6

Abbildung 12: Reisegebiete ab 1. Januar 2023



Auch deutschlandweit stieg in den ersten 3 Monaten 2023 sowohl die Zahl der Gäste (+54,0 Prozent) als auch die der Übernachtungen (+36,5 Prozent) stark an. 13,8 Millionen Übernachtungen entfielen auf ausländische Gäste (+76,7 Prozent) und 68,2 Millionen auf inländische Gäste (+30,4 Prozent).

In allen Reisegebieten erneut Zuwachs im Tourismus

Die regionale Betrachtung der Ankünfte und Übernachtungen im 1. Quartal 2023 zeigt in allen 11 Reisegebieten Thüringens einen Zuwachs gegenüber dem 1. Quartal 2022. Einen besonders starken Zuwachs bei den Ankünften und Übernachtungen konnten die Reisegebiete Weimar (Gäste: +86,3 Prozent; Übernachtungen: +78,2 Prozent), Eichsfeld (Gäste: +85,8 Prozent; Übernachtungen: +47,5 Prozent) und Erfurt (Gäste: +79,4 Prozent; +80,8 Prozent Übernachtungen) verzeichnen.

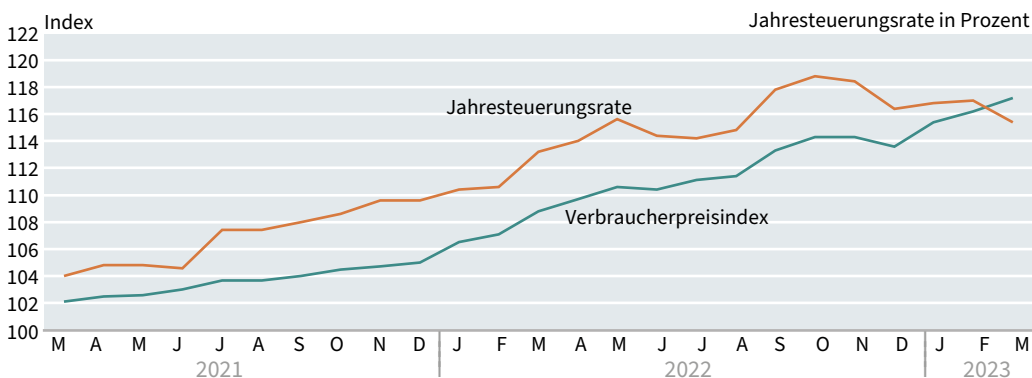
Verbraucherpreisindex

Im März 2023 erhöhten sich die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,7 Prozent. Im Vergleich zum Monat Februar stieg der Verbraucherpreisindex um durchschnittlich 0,9 Prozent und erreichte einen Indexstand von 117,2 (Basis: 2020=100).

Während im Vergleich zum Vorjahr hauptsächlich Teuerungen zu sehen waren, gaben einige Preise zum Vormonat etwas nach. Hier fällt vor allem der Rückgang bei Heizöl- und Kraftstoffpreisen (-0,3 Prozent) ins Gewicht. Molkereiprodukte und Butter waren im Vergleich zum Vormonat 0,7 Prozent billiger.

Die Jahresteuersatzrate sank von 8,5 Prozent im Monat Februar auf 7,7 Prozent im Monat März. Ohne den Rückgang bei Heizöl und Kraftstoffen läge die Jahresteuersatzrate bei 9,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Abbildung 13: Verbraucherpreisindex (Basis 2020 = 100) und Jahresteuerungsrate



Weiterhin starke Preisanstiege bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken

Den weiterhin größten Anstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichneten die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+23,4 Prozent). Für frisches Gemüse, einschließlich Kartoffeln, gaben Verbraucher 27,0 Prozent mehr aus als im Vorjahresmonat. Auch wenn die Preise für Molkereiprodukte und Butter zum Vormonat leicht nachgaben, war die Preissteigerung im Vergleich zum Vorjahresmonat mit 38,6 Prozent immer noch sehr hoch. Für einige Gemüsesorten wurden in den Geschäften besonders hohe Preissteigerungen beobachtet, z. B. Zwiebeln, Knoblauch oder Ähnliches (+82,4 Prozent), Paprika (+61,1 Prozent) und Blumenkohl (+42,1 Prozent).

Beachtliche Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr wurden auch für Bekleidung und Schuhe (+5,0 Prozent) verzeichnet. Ebenfalls stark im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Preise im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+8,4 Prozent) sowie bei den Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen (+11,9 Prozent).

Gewerbeanzeigen

In Thüringen lagen sowohl die Anzahl der Gewerbebeanmeldungen als auch die Anzahl von Gewerbeabmeldungen von Januar bis März 2023 über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes.

1. Quartal 2023: Mehr Gewerbebeanmeldungen als -abmeldungen

Die Anzahl der Anmeldungen stieg auf 3430 Anzeigen (+405 Anzeigen bzw. +13,4 Prozent). Die 3343 Gewerbeabmeldungen lagen mit 388 Anträgen (+13,1 Prozent) über dem Vorjahresniveau.

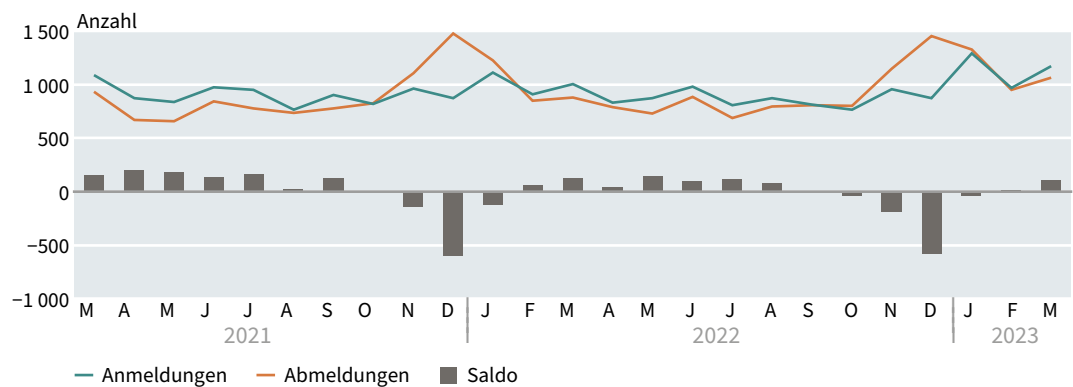
Auf 100 Anmeldungen kamen 97 Abmeldungen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 98 Abmeldungen.

Vier Fünftel (80,8 Prozent) aller Gewerbebeanmeldungen entfielen auf gewerbliche Neugründungen. Den größten Anteil an den Neugründungen machten die Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetriebe aus (78,2 Prozent). Die restlichen 21,8 Prozent waren sogenannte Betriebsgründungen mit größerer wirtschaftlicher Substanz wie Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Betriebe mit Beschäftigten.

Weniger Betriebsgründungen

Die Anzahl der Neugründungen stieg von Januar bis März 2023 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 318 Anträge (+13,0 Prozent) auf 2770 Anzeigen, die der Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetriebe um 327 Anmeldungen (+17,8 Prozent) auf 2166 Anzeigen. Die Betriebsgründungen lagen mit 604 Anträgen unter dem Vorjahresniveau (-9 Anträge bzw. -1,5 Prozent). Die übrigen Gewerbebeanmeldungen betrafen Zuzüge und Übernahmen (Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).

Abbildung 14: Gewerbean- und -abmeldungen



Hauptgrund für die 3343 Gewerbeabmeldungen von Januar bis März 2023 war mit 80,0 Prozent die vollständige Aufgabe des Gewerbes (+370 Anzeigen bzw. +16,1 Prozent), darunter 2014 Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetriebe sowie 660 Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Substanz. Die übrigen Gewerbeabmeldungen erfolgten durch Fortzüge und Übergaben (Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschafteraustritt).

Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit den meisten Gewerbeanzeigen

Die meisten Gewerbeanmeldungen (835 Anzeigen), aber auch die meisten Gewerbeabmeldungen (852 Anzeigen) gab es in den ersten 3 Monaten 2023 im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Auch bei den „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“, wie beispielsweise Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau, Zeitarbeitsfirmen, Reisebüros oder Reiseveranstalter, gab es viele Marktbewegungen. Hier wurden 456 Gewerbe an- und 437 Gewerbe abgemeldet.

2648 Anmeldungen (77,2 Prozent) stammten von Einzelunternehmen und 481 (14,0 Prozent) von Gesellschaften mit beschränkter Haftung einschließlich Unternehmensgesellschaften (haftungsbeschränkt) sowie 155 bzw. 4,5 Prozent der Anmeldungen von Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Anzeigen für andere Rechtsformen spielten eine eher untergeordnete Rolle.

Insolvenzen

Die Thüringer Amtsgerichte entschieden von Januar bis März 2023 über 583 Insolvenzverfahren. Das waren insgesamt 38 Anträge mehr als im Vorjahreszeitraum (+7,0 Prozent). 10,5 Prozent aller Verfahren entfielen auf Unternehmen und 89,5 Prozent auf übrige Schuldner (natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbständig Tätige, private Verbraucher sowie Nachlässe und Gesamtgut).

Deutlich mehr Insolvenzen von Unternehmen

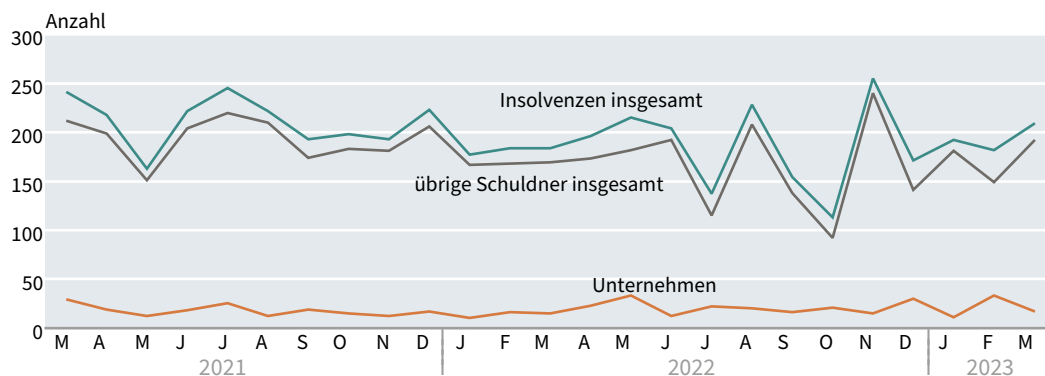
Während die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen deutlich anstieg (+48,8 Prozent) lagen die der übrigen Schuldner nur leicht über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes (+3,6 Prozent).

Mit 545 Verfahren wurden 93,5 Prozent (Vorjahr: 94,3 Prozent) aller Insolvenzverfahren eröffnet, 33 Verfahren bzw. 5,7 Prozent wurden mangels Masse abgewiesen und 5 Verfahren bzw. 0,9 Prozent endeten mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes.

Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen bezifferten die Gerichte auf rund 223 Millionen Euro. Pro Verfahren standen somit Forderungen von durchschnittlich 382 Tausend Euro aus (Vorjahr: 169 Tausend Euro).

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen stieg in den ersten 3 Monaten 2023 gegenüber 2022 auf 61 Verfahren an (1. Quartal 2022: 41 Verfahren).

Abbildung 15: Insolvenzverfahren nach Art des Schuldners



Diese insolventen Unternehmen beschäftigten zum Zeitpunkt des Antrages noch 564 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

von Januar bis März 2022. Weitere 122 Verfahren (Januar bis März 2022: 128 Verfahren) betrafen ehemals selbständig Tätige.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmensinsolvenzen lag mit jeweils 9 Verfahren in den 4 Bereichen Baugewerbe, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Gastgewerbe sowie Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum stieg die Anzahl der Insolvenzen im Baugewerbe um 1 Verfahren, im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen um 2 Verfahren sowie im Gastgewerbe und Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen um jeweils 6 Verfahren.

Leichter Anstieg der Verbraucherinsolvenzen

Bei den übrigen Schuldnern wurden in den ersten 3 Monaten dieses Jahres 522 Verfahren gezählt, 18 Verfahren bzw. 3,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Von 387 privaten Verbrauchern wurde von Januar bis März 2023 das Insolvenzrecht in Anspruch genommen, 20 Verfahren bzw. 5,4 Prozent mehr als

Arbeitsmarkt ¹⁾

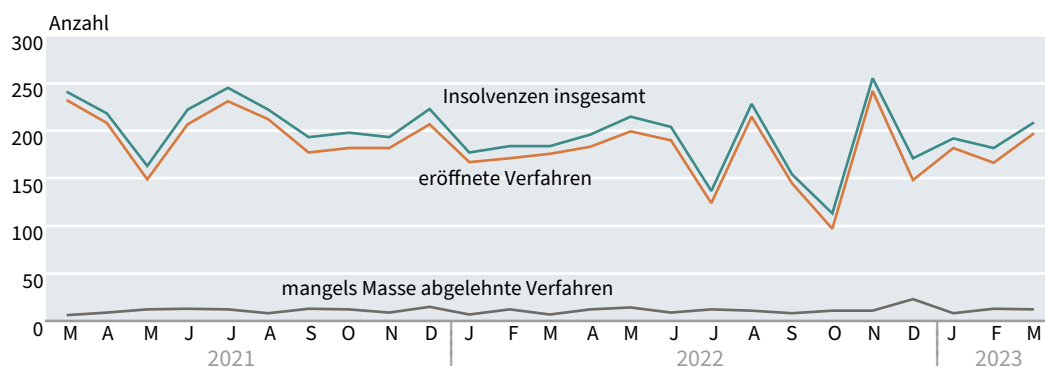
Die Zahl der Arbeitslosen ging im März 2023 gegenüber dem Vormonat erneut zurück.

Erneuter Rückgang der Arbeitslosenzahl gegenüber Vormonat

Mit 66 128 Arbeitslosen lag diese mit 799 Personen unter dem Vormonatsniveau (-1,2 Prozent). Dabei erfolgte der Rückgang deutlich stärker bei den Männern (-693 Personen bzw. -1,8 Prozent). Bei den Frauen verringerte sich die Zahl um 106 Personen (-0,4 Prozent).

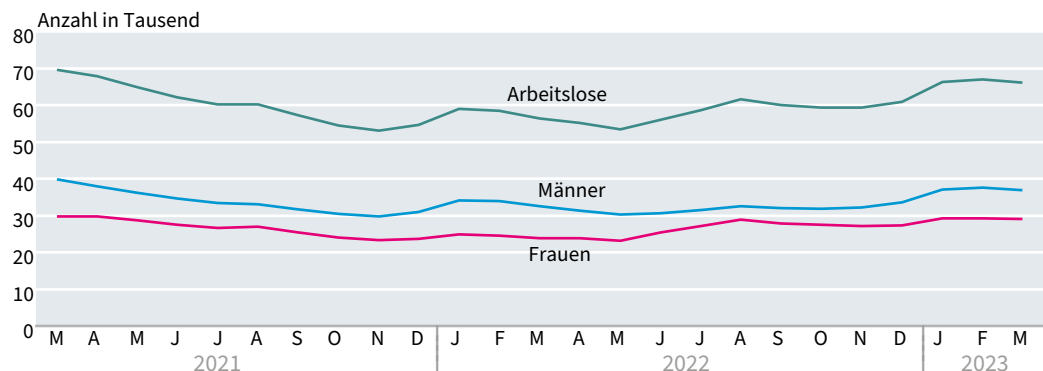
Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Zahl der Arbeitslosen um 9 750 Personen bzw. 17,3 Prozent. Dabei war der relative Anstieg bei den weiblichen Arbeitslosen höher (+22,1 Prozent) als bei den männlichen Arbeitslosen (+13,8 Prozent).

Abbildung 16: Insolvenzverfahren



1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 17: Arbeitsmarkt



Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) gegenüber dem Vormonat blieb gleich und lag bei 6,1 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg sie dagegen um 1,0 Prozentpunkte.

Auch deutschlandweit hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat verringert. Sie sank im März 2023 um 26 395 Personen bzw. 1,0 Prozent und erreichte einen Wert von fast 2,6 Millionen Arbeitslosen. Dabei wurden sowohl weniger arbeitslose Frauen (-0,6 Prozent) als auch Männer (-1,3 Prozent) registriert.

Gegenüber März 2022 ist die Zahl der Arbeitslosen um 9,8 Prozent gestiegen. Dabei wurde sowohl bei den Männern (+6,9 Prozent) als auch bei den Frauen (+13,5 Prozent) eine höhere Arbeitslosigkeit errechnet.

In den neuen Bundesländern entwickelte sich die Arbeitslosenzahl ähnlich wie in den alten Bundesländern. Hier wurden im März dieses Jahres 8,7 Prozent mehr Arbeitslose gemeldet als im Vorjahresmonat. In den alten Bundesländern stieg die Zahl um 10,1 Prozent.

Die Arbeitslosenquote lag deutschlandweit bei 5,7 Prozent und war damit niedriger als der Thü-

ringenwert. Im Vergleich zum Vormonat ist die Quote bundesweit gleichgeblieben und gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,6 Prozentpunkte gestiegen.

Leichter Rückgang der arbeitslosen Jugendlichen gegenüber Vormonat

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren ist in Thüringen im März 2023 gegenüber dem Vormonat um 139 Personen auf 5952 Personen gesunken, lag jedoch weiterhin über dem entsprechenden Vorjahreswert (+32,6 Prozent bzw. +1463 Personen). Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren sank gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozentpunkte und lag somit im Betrachtungsmonat bei 6,4 Prozent (März 2022: 5,0 Prozent).

Auf Bundesebene wurden im März dieses Jahres 223 073 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren registriert, 867 Personen bzw. 0,4 Prozent weniger als im Vormonat. Gegenüber März 2022 ist ein Zuwachs um 17,9 Prozent festzustellen (Thüringen: +32,6 Prozent). Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren (bezogen auf alle zivilen Erwerbsperso-

Abbildung 18: Arbeitslosenquote in Thüringen, Ostdeutschland und Deutschland

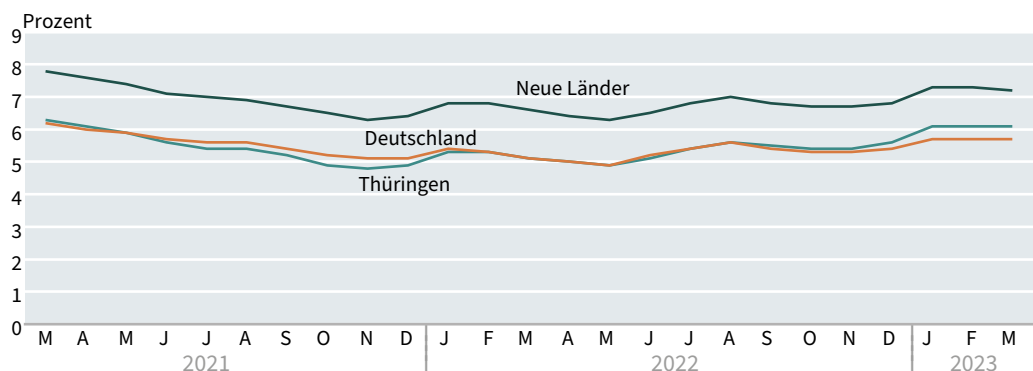
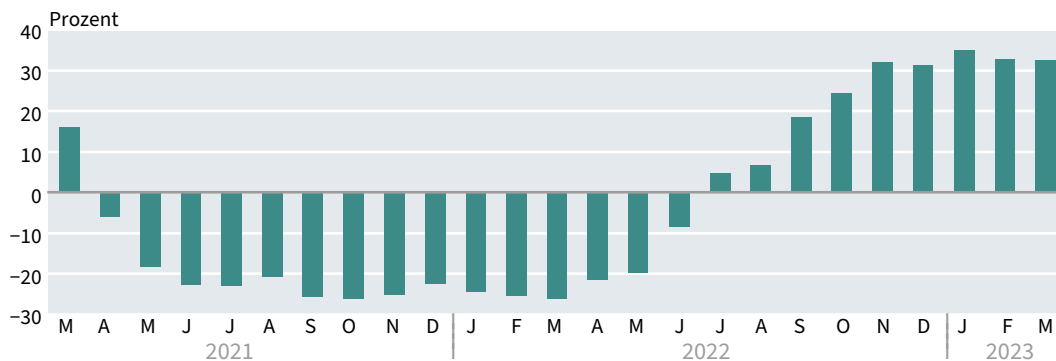


Abbildung 19: Veränderung der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren gegenüber dem Vorjahresmonat



nen) betrug im März dieses Jahres deutschlandweit 4,8 Prozent und lag damit um 1,6 Prozentpunkte unter dem Thüringenwert.

nat mit einem Plus von 167 Stellen weiter, lag aber mit 17357 Stellen spürbar unter dem Vorjahreswert (-5268 Stellen bzw. -23,3 Prozent).

Weniger offene Arbeitsstellen als im März 2022

Der Zugang an offenen Arbeitsstellen betrug 3335 Stellen (Vormonat: 3855 Stellen); 20,4 Prozent weniger als im März 2022.

Der Bestand an offenen Arbeitsstellen erhöhte sich in Thüringen im März 2023 gegenüber dem Vormo-

NEUAUFLAGE THÜRINGEN ATLAS WIRTSCHAFT

Die neueste Auflage des „Thüringen-Atlas Wirtschaft – Ausgabe 2023“ ist erschienen.

Dargestellt werden ökonomische Themen untergliedert in 8 Kategorien. Auf 26 Karten und verschiedenen Zusatzgrafiken werden u. a. Daten zum Arbeitsmarkt und zur Beschäftigung, zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, zum Baugewerbe und zur Bautätigkeit sowie zu den kommunalen Finanzen dargestellt. Die Form der Loseblattsammlung bietet Interessierten die Möglichkeit, sich bei Bedarf ein eigenes themenbezogenes Kartenwerk zusammenzustellen, das auch historische Entwicklungen widerspiegelt.



Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei kostenlos unter www.statistik.thueringen.de heruntergeladen werden. Bestellen können Sie die Printausgabe (Bestellnummer: 40506) ebenfalls kostenlos beim

Thüringer Landesamt für Statistik
 Postfach 90 01 63
 99104 Erfurt
 Telefon: 0361 57331-9642
 Fax: 0361 57331-9699
 E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de

Vorbereitung und Durchführung von Landtagswahlen in Thüringen

Cornelia Schönfuß

Büro des Landeswahlleiters

0361 57331-9122

Cornelia.Schoenfuss

@statistik.thueringen.de

Am Wahltag entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über die Zusammensetzung eines Parlaments.

Am Beispiel der Landtagswahl soll ein praxisbezogener Einblick zur organisatorischen Vorbereitung und Durchführung vermittelt werden. Dazu werden die allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze, die Aufgaben der Wahlorgane und die repräsentative Wahlstatistik grob umrissen.

Die rechtliche Grundlage für die Durchführung der Landtagswahl bilden unter anderem das Thüringer Landeswahlgesetz und die Thüringer Landeswahlordnung.

Allgemeine Wahlrechtsgrundsätze

Die Abgeordneten des Thüringer Landtages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für 5 Jahre gewählt (Artikel 46 Absatz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen). Eine weitere Rechtsgrundlage ist das aufgrund des Artikels 46 Absatz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen erlassene Thüringer Wahlgesetz für den Landtag (Thüringer Landeswahlgesetz). Die Durchführung des Thüringer Landeswahlgesetzes wird in der vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales erlassenen Thüringer Landeswahlordnung geregelt (§ 71 Thüringer Landeswahlgesetz).

Allgemein, unmittelbar,
frei, gleich, geheim

So dürfen alle Bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz in Thüringen haben, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Einkommen und Vermögensverhältnissen, Stand, Bildung oder Religionszugehörigkeit sowohl als Wähler oder Wählerin als auch als Wahlbewerber oder Wahlbewerberin an der Wahl teilnehmen.

Die Abgeordneten werden direkt gewählt.

Die Wahl findet unabhängig von der Meinungsbildung ohne Zwang oder sonstige unzulässige Beeinflussung statt.

Jede Person hat dieselbe Anzahl von Stimmen (Zählwertgleichheit) und jede Stimme das gleiche Gewicht (Erfolgswertgleichheit).

Die Wähler und Wählerinnen können ihr Wahlrecht so wahrnehmen, dass nicht nachvollziehbar ist, wie sie gewählt haben.

Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl ist ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil der Wahlhandlung (§ 50 Thüringer Landeswahlordnung). So sind die Wahlhandlung, mit Ausnahme der Stimmabgabe, und die Ergebnisermittlung öffentlich überprüfbar. Dies beinhaltet das Recht auf Anwesenheit im Wahlraum während der Wahlhandlung (§ 32 Thüringer Landeswahlgesetz), sowie während der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses durch den Wahlvorstand (§ 37 Thüringer Landeswahlgesetz).

Wahltermin

Gemäß Artikel 50 der Verfassung des Freistaats Thüringen findet eine Neuwahl grundsätzlich frühestens 57 und spätestens 61 Monate nach dem Beginn der laufenden Wahlperiode statt.

Wahltermin in Artikel 50 der Verfassung des Freistaats Thüringen geregelt

Die Wahlperiode beginnt mit der konstituierenden Sitzung des Landtages. Diese war für den 7. Thüringer Landtag am 26. November 2019. Somit liegt der Wahltag für die Wahl des 8. Thüringer Landtags voraussichtlich zwischen Dienstag, dem 27. August 2024 und Donnerstag, dem 26. Dezember 2024. Der Wahltag muss ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein (§ 18 Absatz 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz). Die Landesregierung, die den Wahltag festsetzt (§ 18 Absatz 1 Satz 1 Thüringer Landeswahlgesetzes), berücksichtigt dabei in der Regel die Ferienzeiten.

Wahlkreise

Für die Landtagswahl ist das Wahlgebiet, der Freistaat Thüringen, zurzeit in 44 Wahlkreise eingeteilt (§ 2 Absatz 1 in Verbindung mit der Anlage zu § 2 Absatz 1 Thüringer Landeswahlgesetz). Dabei sollen die Gemeindegrenzen nach Möglichkeit eingehalten werden (§ 2 Absatz 1 Halbsatz 2 Thüringer Landeswahlgesetz).

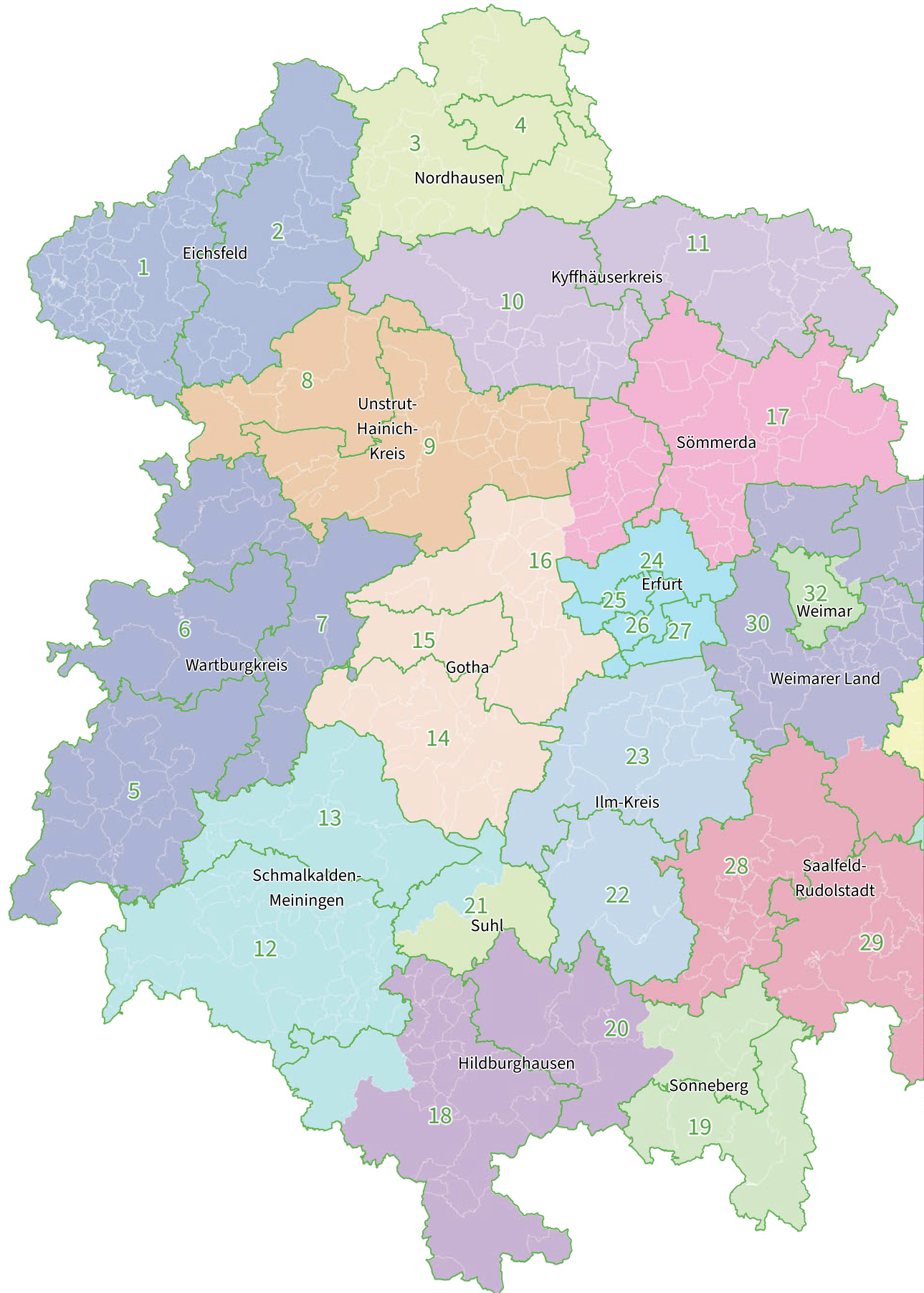
Die Größe eines Wahlkreises richtet sich nach der deutschen Bevölkerung. Dabei darf die deutsche Bevölkerung eines Wahlkreises nicht mehr als 25 Prozent von der durchschnittlichen Bevölkerung aller Wahlkreise abweichen (§ 2 Absatz 4 Thüringer Landeswahlgesetz).

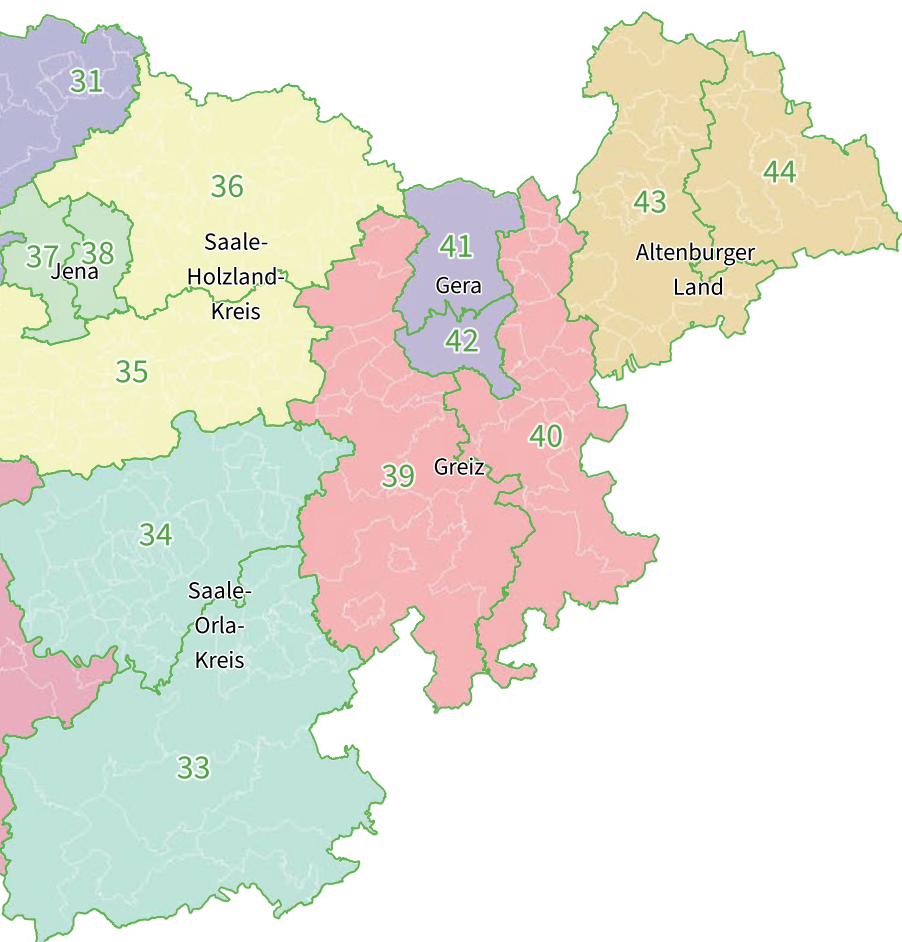
Größe der Wahlkreise abhängig von deutscher Bevölkerung

Die Landesregierung legt dem Landtag spätestens 27 Monate nach Beginn der Wahlperiode einen Bericht über die Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Wahlkreisen vor (§ 2 Absatz 4 Thüringer Landeswahlgesetz). Dieser Bericht soll Vorschläge zu Veränderungen der Wahlkreise enthalten, soweit dies durch die Veränderung der Bevölkerungszahlen geboten ist. Bei der Abweichung der Bevölkerung eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerung aller Wahlkreise um mehr als 25 Prozent muss neu eingeteilt werden. Über die Neueinteilung entscheiden die Abgeordneten.

Für die Wahl des 8. Thüringer Landtags ergab sich für den Wahlkreis 26 Erfurt III eine um mehr als 25 Prozent höhere Abweichung von der durchschnittlichen deutschen Bevölkerung aller Wahlkreise. Daher hat der Thüringer Landtag die Wahlkreise 26 Erfurt III und 27 Erfurt IV mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Thüringer Landwahlgesetzes vom 9. Februar 2023 neu abgegrenzt. So wird der Ortsteil Möbisburg-Rhoda bei der Wahl zum 8. Thüringer Landtag Bestandteil des Wahlkreises 27 Erfurt IV sein.

Abbildung 1: Einteilung der Wahlkreise zur Wahl des 8. Thüringer Landtags





- 1 Eichsfeld I
- 2 Eichsfeld II
- 3 Nordhausen I
- 4 Nordhausen II
- 5 Wartburgkreis I
- 6 Wartburgkreis II
- 7 Wartburgkreis III
- 8 Unstrut-Hainich-Kreis I
- 9 Unstrut-Hainich-Kreis II
- 10 Kyffhäuserkreis I
- 11 Kyffhäuserkreis II
- 12 Schmalkalden-Meiningen I
- 13 Schmalkalden-Meiningen II
- 14 Gotha I
- 15 Gotha II
- 16 Sömmerda I/Gotha III
- 17 Sömmerda II
- 18 Hildburghausen I/Schmalkalden-Meiningen III
- 19 Sonneberg I
- 20 Hildburghausen II/Sonneberg II
- 21 Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV
- 22 Ilm-Kreis I
- 23 Ilm-Kreis II
- 24 Erfurt I
- 25 Erfurt II
- 26 Erfurt III
- 27 Erfurt IV
- 28 Saalfeld-Rudolstadt I
- 29 Saalfeld-Rudolstadt II
- 30 Weimarer Land I/Saalfeld-Rudolstadt III
- 31 Weimar I/Weimarer Land II
- 32 Weimar II
- 33 Saale-Orla-Kreis I
- 34 Saale-Orla-Kreis II
- 35 Saale-Holzland-Kreis I
- 36 Saale-Holzland-Kreis II
- 37 Jena I
- 38 Jena II
- 39 Greiz I
- 40 Greiz II
- 41 Gera I
- 42 Gera II
- 43 Altenburger Land I
- 44 Altenburger Land II

Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens 3 Monaten in Thüringen ihren Wohnsitz haben oder sich dort gewöhnlich aufhalten und nicht nach § 14 des Thüringer Landeswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (§ 13 Thüringer Landeswahlgesetz). Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist, wer infolge eines Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt (§ 14 Thüringer Landeswahlgesetz).

Lebensmittelpunkt-Regelung ermöglicht es auch Personen, die ihren Hauptwohnsitz nicht in Thüringen haben, zu wählen

In Thüringen und somit in der Bundesrepublik einmalig ist die sogenannte Lebensmittelpunkt-Regelung (§ 13 Thüringer Landeswahlgesetz). Danach sind auf Antrag auch Personen wahlberechtigt, deren Hauptwohnung nach § 22 Absatz 1 des Bundesmeldegesetzes nicht in Thüringen liegt, die aber glaubhaft machen, dass sie seit mindestens 3 Monaten ihren Lebensmittelpunkt am Ort der Nebenwohnung in Thüringen haben.

Wählen kann aber nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat (§ 15 Absatz 1 Thüringer Landeswahlgesetz). Die Wählerverzeichnisse werden aufgrund der Melderegister der Meldebehörden aufgestellt. Wer am 42. Tag vor der Wahl mit Hauptwohnung in Thüringen gemeldet ist, wird von Amts wegen in ein Wählerverzeichnis eingetragen.

Wählbar sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahr im Wahlgebiet ihren Wohnsitz oder Lebensmittelpunkt (§ 13 Satz 2 oder 3 Thüringer Landeswahlgesetz) oder dauernden Aufenthalt haben (§ 16 Thüringer Landeswahlgesetz) und nicht infolge Richterspruchs von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind (§ 17 Thüringer Landeswahlgesetz). Der Nachweis des Lebensmittelpunktes muss mittels Antrag erfolgen.

Wahlorgane und ihre Aufgaben

Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung einer Landtagswahl sind verschiedene Wahlorgane zuständig (§ 7 Thüringer Landeswahlgesetz).

Wahlorgane sind:

- der Landeswahlleiter und der Landeswahlausschuss für das Wahlgebiet,
- ein Kreiswahlleiter oder eine Kreiswahlleiterin und ein Wahlkreisausschuss für jeden Wahlkreis,
- ein Wahlvorsteher oder eine Wahlvorsteherin und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
- mindestens ein Wahlvorsteher oder eine Wahlvorsteherin und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses (Briefwahlvorstand).

Wie viele Briefwahlvorstände in einem Wahlkreis letztendlich eingesetzt werden, ordnet der Kreiswahlleiter oder die Kreiswahlleiterin an.

Wahlorgane nicht an Weisungen gebunden

Die verschiedenen Wahlorgane haben unterschiedliche Aufgaben und sind nicht an Weisungen gebunden, aber die Entscheidungen und Maßnahmen sind mit Rechtsbehelfen sowie im Wahlprüfungsverfahren anfechtbar (§ 50 Thüringer Landeswahlgesetz).

Der derzeitige Landeswahlleiter in Thüringen ist Herr Dr. Holger Poppenhäger. Der Landeswahlleiter kann bestimmen, dass für mehrere benachbarte Wahlkreise ein gemeinsamer Kreiswahlleiter oder eine gemeinsame Kreiswahlleiterin bestellt und ein gemeinsamer Wahlkreisausschuss gebildet werden. In Thüringen wurden für die Wahl des 7. Thüringer Landtags vom Thüringer Minister für Inneres und Kommunales in Absprache mit dem Landeswahlleiter 22 Kreiswahlleiter oder Kreiswahlleiterinnen berufen.

Der Landeswahlleiter beruft die Mitglieder des Landeswahlausschusses. Die Kreiswahlleiter oder Kreiswahlleiterinnen berufen den Wahlkreisausschuss (§ 8 Absatz 2 Thüringer Landeswahlgesetz). Dabei sollen die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen angemessen berücksichtigt werden (§ 8 Absatz 2 Thüringer Landeswahlgesetz). Entscheidungen werden immer durch die Wahlausschüsse getroffen, wobei die Stimme des Landeswahlleiters, der Kreiswahlleiter oder der Kreiswahlleiterinnen bei Stimmgleichheit entscheidend ist (§ 11 Thüringer Landeswahlgesetz).

Am Wahltag helfen ca. 30000 Wahl- helferinnen und -helfer

Die Wahlvorstände werden durch die Gemeinden berufen. Ein Wahlvorstand besteht dabei aus dem Wahlvorsteher oder der Wahlvorsteherin, dem Stellvertreter oder der Stellvertreterin und weiteren 3 bis 7 Beisitzern oder Beisitzerinnen. Diese Wahl-ebene bildet die zahlenmäßig stärkste Gruppe. In Thüringen arbeiten am Wahltag in den Wahllokalen ca. 30000 Wahlhelfer.

Während die Ämter des Landeswahlleiters, des Kreiswahlleiters oder der Kreiswahlleiterin mit Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung besetzt werden, sind es in den Wahllokalen Wahlberechtigte. Es kann also jeder wahlberechtigte Bürger oder jede wahlberechtigte Bürgerin als Wahlhelfer berufen werden. Dabei ist jedes Amt in einem Wahlorgan ein Ehrenamt.

Aufgaben des Landeswahlleiters und des Landeswahlausschusses

Der Landeswahlleiter und sein Stellvertreter werden in Thüringen von der Landesregierung auf unbestimmte Zeit ernannt. Der Landeswahlleiter ist unter anderem zuständig für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Thüringer Landtag.

Nach der Auswertung der Wahl beginnt die Vorbereitung der nächsten Wahl. Dabei stellt der Landeswahlleiter die Veränderungen der Wahlkreise aufgrund von Gemeindeneugliederungen fest. Denn alle Gebietsveränderungen von Gemeinden, die nach dem 39. Monat nach Beginn der Wahlperiode wirksam werden, können erst in der darauffolgenden Wahlperiode in der Wahlkreiseinteilung umgesetzt werden (§ 2 Absatz 2 Satz 5 Thüringer Landeswahlgesetz). Dies dient der Rechtssicherheit für die Aufstellung der Wahlbewerber und Wahlbewerberinnen. Es ist also möglich, dass die Wähler und Wählerinnen einer Gemeinde in unterschiedlichen Wahlkreisen wählen. Bei der Landtagswahl 2019 waren 16 Gemeinden betroffen.

Wählerinnen und Wähler einer Gemeinde können in unterschiedlichen Wahlkreisen wählen

Der Landeswahlleiter unterstützt das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales bei der Berechnung der Abweichungen der deutschen Bevölkerung der einzelnen Wahlkreise vom Durchschnitt der Bevölkerung aller Wahlkreise und unterbreitet Vorschläge zur Optimierung des Landeswahlrechtes.

Als Vorsitzender des Landeswahlausschusses ist er für die Bildung desselben und die Vorbereitung der Sitzungen des Landeswahlausschusses verantwortlich.

Auch bei der Beschaffung von Formblättern und Vordrucken, z. B. der Merkblätter für die Briefwahl, unterstützt der Landeswahlleiter die Kreiswahlleiter und Kreiswahlleiterinnen sowie die Gemeinden.

Neben der Erteilung von Hinweisen gegenüber Parteien und politischen Vereinigungen, fordert er diese nach der Bestimmung des Wahltages durch eine öffentliche Bekanntmachung im Thüringer Staatsanzeiger auf, die Wahlvorschläge so früh wie möglich einzureichen (§ 30 Absatz 1 Thüringer Landeswahlordnung).

Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren, können einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens bis zum 90. Tag vor der Wahl ihre Beteiligung schriftlich angezeigt haben (§ 20 Absatz 2 Thüringer Landeswahlgesetz) und der Landeswahlausschuss die Parteieigenschaft festgestellt hat (§ 20 Absatz 4 Nummer 2 Thüringer Landeswahlgesetz). Die Anzeige muss den Namen und die Kurzbezeichnung, unter denen sich die Partei an der Wahl beteiligen will und die eigenhändigen Unterschriften von 3 Mitgliedern des Landesvorstandes, darunter dem oder der Vorsitzenden oder seiner beziehungsweise ihrer Stellvertretung, enthalten. Die schriftliche Satzung, das Programm und ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Landesvorstandes sind beizufügen. Außerdem sollen Nachweise über die Parteieigenschaft eingereicht werden.

Parteien, die aktuell nicht im Bundestag oder einem Landtag vertreten sind, müssen spätestens 90 Tage vor der Wahl Beteiligung anzeigen

Diese Unterlagen müssen unverzüglich nach Eingang durch den Landeswahlleiter geprüft werden (§ 20 Absatz 3 Thüringer Landeswahlgesetz in Verbindung mit § 31 Absatz 1 Thüringer Landeswahlordnung). Sind die formellen Voraussetzungen nicht erfüllt, benachrichtigt der Landeswahlleiter die Partei und bittet die Mängel bis zum 90. Tag vor der Wahl zu beseitigen.

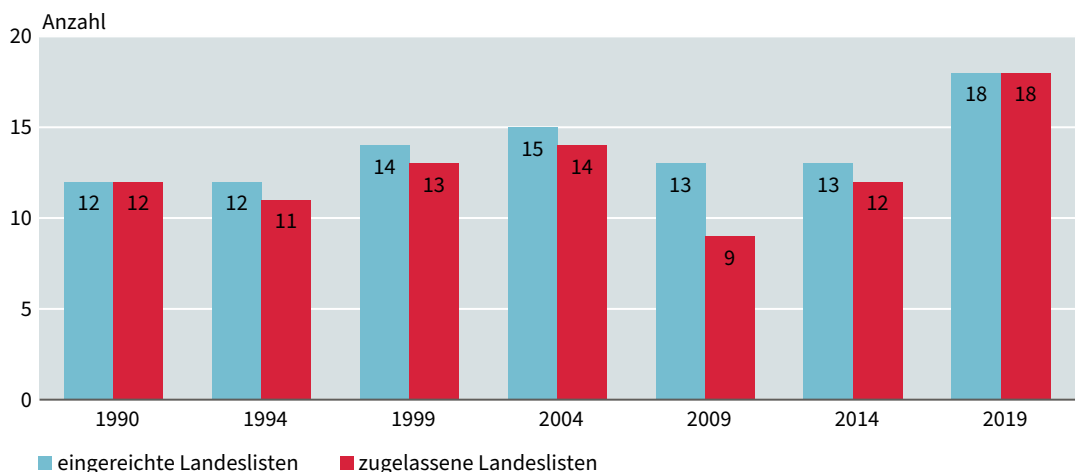
Des Weiteren müssen politische Vereinigungen die Voraussetzung des § 2 Parteiengesetz erfüllen. Dazu nimmt der Landeswahlleiter eine materiell-rechtliche Prüfung hinsichtlich der Ernsthaftigkeiten der Vereinigung an der politischen Willensbildung vor.

Für die Gesamtwürdigung sind folgende Kriterien ausschlaggebend:

- die Dauer des Bestehens der politischen Vereinigung,
- die Zahl ihrer ausländischen Mitglieder insgesamt und im Vorstand,
- der Ort des Sitzes der Vereinigung oder der Geschäftsleitung und
- der Umfang und die Festigkeit der Organisation; insbesondere
 - > die Gesamtzahl der Mitglieder,
 - > die Zahl und Art ihrer Gebietsverbände,
 - > der Umfang und die Tätigkeit der Organe,
 - > die bisherige Teilnahme an politischen Wahlen aufgrund eigener Wahlvorschläge und
 - > das Hervortreten in der Öffentlichkeit, zum Beispiel in Form von öffentlichen Auftritten, Versammlungen, Berichterstattung in den Medien, Informationsstände, Schriftenwerbung oder anderer Wahlwerbung.

In der Sitzung des Landeswahlausschusses am 72. Tag vor der Wahl stellt der Landeswahlausschuss für alle Wahlorgane verbindlich fest, welche Parteien im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren und welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Partei anzuerkennen sind (§ 20 Absatz 4 Thüringer Landeswahlgesetz).

Abbildung 2: Eingereichte und zugelassene Landeslisten zu Landtagswahlen in Thüringen



Mängel in Landesliste müssen am 66. Tag vor der Wahl behoben sein

Haben die Parteien ihre Landeslisten beim Landeswahlleiter eingereicht, werden diese unverzüglich auf Mängel überprüft. Denn bis zum Abgabetermin für die Landeslisten, am 66. Tag vor der Wahl, müssen alle Mängel, die die Gültigkeit einer Landesliste betreffen, behoben sein. Der Landeswahlausschuss entscheidet dann in seiner Sitzung, am 58. Tag vor der Wahl, über die Zulassung der Landeslisten. Dabei können auch einzelne Bewerber oder Bewerberinnen, die die geforderten Unterlagen nicht bis zum Abgabetermin der Landesliste beigebracht haben, von der Landesliste gestrichen werden (§ 30 Absatz 1 Satz 3 Thüringer Landeswahlgesetz).

Für die zugelassenen Parteien wird die Reihenfolge auf dem Stimmzettel festgelegt und den Kreiswahlleitern und Kreiswahlleiterinnen mitgeteilt.

2019 das erste Mal seit 1990 alle eingereichten Landeslisten zugelassen

Werden Wahlkreisvorschläge durch die Wahlkreisausschüsse nicht zugelassen, haben die Bewerber und Bewerberinnen die Möglichkeit eine Beschwerde einzulegen. Über diese Beschwerde entscheidet der Landeswahlausschuss spätestens am 52. Tag vor der Wahl.

Der Landeswahlleiter gibt für die Gewährleistung eines einheitlichen Wahlablaufes Hinweise an die Kreiswahlleiter und Kreiswahlleiterinnen sowie Kommunen. In Thüringen wird den Kreiswahlleitern und Kreiswahlleiterinnen sowie den Kommunen zum Beispiel eine vom Thüringer Landesamt für Statistik in enger Zusammenarbeit mit dem Landeswahlleiter entwickelte Wahlsoftware für die Erfassung der Wahlergebnisse zur Verfügung gestellt. Diese Software wurde durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) geprüft und als sicher eingestuft.

Am Wahlsonntag wird mit Hilfe der Wahlsoftware das vorläufige Wahlergebnis ermittelt und durch den Landeswahlleiter bekannt gegeben.

In Vorbereitung der Sitzung des Landeswahlausschusses prüft der Landeswahlleiter das vorläufige Wahlergebnis mittels der Niederschriften der Wahlkreisausschüsse. Der Landeswahlausschuss stellt dann das endgültige Wahlergebnis und die über die Landeslisten gewählten Bewerber und Bewerberinnen fest. Lehnt ein gewählter Bewerber oder eine gewählte Bewerberin sein Mandat ab, beruft der Landeswahlleiter einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin.

Nach der Wahl überprüft der Landeswahlleiter diese auf ihre ordnungsgemäße Durchführung mit dem Recht des Einspruchs im Wahlprüfungsverfahren.

Während der gesamten Vorbereitung und Durchführung einer Landtagswahl unterstützt der Landeswahlleiter die Kreiswahlleiter und Kreiswahlleiterinnen sowie die Kommunen.

Aufgaben der Kreiswahlleiter und -leiterinnen

Auch die Kreiswahlleiter und Kreiswahlleiterinnen haben bei der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl umfangreiche Aufgaben zu erfüllen.

So werden durch die Kreiswahlleiter und Kreiswahlleiterinnen die Wahlkreisvorschläge vorgeprüft und durch die Wahlkreisausschüsse zugelassen. Der Druck und die Verteilung der Stimmzettel werden durch den Kreiswahlleiter und die Kreiswahlleiterinnen organisiert. Über Einsprüche zur Wahlberechtigung entscheidet der Kreiswahlleiter oder die Kreiswahlleiterin. Die Prüfung der Gemeindeergebnisse und Vorbereitung der Sitzung des Wahlkreisausschusses zur Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses im Wahlkreis erfolgt durch den Kreiswahlleiter beziehungsweise die Kreiswahlleiterin.

Aufgaben der Gemeinden

Die Gemeindebehörden übernehmen eine Vielzahl an Vorbereitungsarbeiten für die Landtagswahl. So müssen für Personen, die einen Wahlkreisvorschlag oder eine Landesliste unterstützen möchten, Wahlrechtsbescheinigungen ausgestellt werden. Für Wahlbewerber und Wahlbewerberinnen müssen sie deren Wählbarkeit bescheinigen.

Wählbarkeit von Wahlbewerberinnen und -bewerbern muss bescheinigt werden

Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten sind sowie Einzelbewerber in Wahlkreisen müssen für einen Wahlkreisvorschlag 250 und für eine Landesliste 1000 Unterstützungsunterschriften sammeln und mit den Wahlvorschlägen einreichen (§§ 22 Absatz 2 und 3, 29 Absatz 1 Thüringer Landeswahlgesetz). Dazu muss auf dem Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift das Wahlrecht der den Wahlvorschlag unterstützenden Person durch die Gemeindebehörde bestätigt werden. Das Wahlrecht muss zum Zeitpunkt der Unterzeichnung bestehen. Jeder Wahlberechtigte darf jeweils nur einen Wahlkreisvorschlag und eine Landesliste unterstützen. Hat jemand mehrere Wahlvorschläge unterstützt, so ist seine Unterschrift auf allen Wahlvorschlägen ungültig. Die Unterstützungsunterschriften sollen die Ernsthaftigkeit und eine nennenswerte Zahl von Anhängern bei den Wählern und Wählerinnen zum Ausdruck bringen.

Wählbarkeitsbescheinigungen bestätigen, dass der Bewerber beziehungsweise die Bewerberin am Wahltag Deutscher beziehungsweise Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz ist und nicht nach § 17 Thüringer Landeswahlgesetz von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist.

Weiterhin müssen die Gemeindebehörden die Gemeinde in Wahlbezirke einteilen. Für jeden Wahlbezirk muss ein Wahlraum (Wahllokal), in dem die Wahl durchgeführt wird, eingerichtet werden.

Einrichtung eines Wahlraums in jedem Wahlbezirk

Gemäß § 11 Absatz 2 der Thüringer Landeswahlordnung soll kein Wahlbezirk mehr als 1500 Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten darf andererseits aber auch nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Wird am Wahlabend in einem Wahllokal festgestellt, dass weniger als 50 Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, muss die Gemeinde den Transport der Wahlurne und weiterer Unterlagen in ein anderes Wahllokal zur gemeinsamen Auszählung organisieren (§ 63 Absatz 2 Thüringer Landeswahlordnung).

Hat der Kreiswahlleiter oder die Kreiswahlleiterin einen überregionalen Briefwahlbezirk festgelegt, muss ebenfalls in der für die Briefwahl verantwortlichen Gemeinde ein Wahlraum hergerichtet werden.

Nur Personen, die im Wählerverzeichnis erfasst sind, oder einen Wahlschein besitzen, können wählen

Für jeden Wahlbezirk ist ein Wählerverzeichnis anzulegen. Denn wählen kann nur, wer in einem Wählerverzeichnis erfasst ist oder einen Wahlschein besitzt (§ 15 Absatz 1 Thüringer Landeswahlgesetz). In das Wählerverzeichnis werden die Wahlberechtigten, die am 42. Tag vor der Wahl mit Hauptwohnung in der Gemeinde gemeldet sind, mit Familienname, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift von Amts wegen aufgenommen (§ 14 Absatz 1 Thüringer Landeswahlordnung).

Das Wählerverzeichnis ist für die Wahlberechtigten vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl während der allgemeinen Öffnungszeiten der Kommune auszulegen (§ 19 Absatz 1 Satz 3 Thüringer Landeswahlgesetz, § 19 Absatz 1 Thüringer Landeswahlordnung). Die Wahlberechtigten können so die Richtigkeit und Vollständigkeit der eingetragenen Daten zu ihrer Person überprüfen.

Die Gemeindebehörden versenden ab dem 41. Tag vor der Wahl die Wahlbenachrichtigungen. Bis zum 21. Tag vor der Wahl sollen alle in ein Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten ihre Wahlbenachrichtigung erhalten haben (§ 17 Absatz 1 Satz 1 Thüringer Landeswahlordnung). Die Wahlbenachrichtigung enthält den Familiennamen und die Vornamen, den Wahlraum und die Wahlzeit sowie die Nummer unter der der oder die Wahlberechtigte im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Des Weiteren soll für jeden Wahlraum angegeben werden, ob er barrierefrei ist. Die Wahlbenachrichtigung sollte am Wahlsonntag in das Wahllokal mitgenommen werden. Sie dient dem Wahlvorstand als Nachweis der Wahlberechtigung. Sollte der Wahlvorstand Bedenken zu einer Person haben, kann er verlangen, dass sich diese mittels Personalausweis oder Reisepass ausweist.

Wahlscheine für Personen, die nicht im Wählerverzeichnis eingetragen, aber wahlberechtigt sind

Für Personen, die nicht im Wählerverzeichnis eingetragen wurden, aber wahlberechtigt sind, stellt die Gemeinde einen Wahlschein aus. Ein Wahlschein kann auch mittels Antrag, welcher sich auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung befindet, beantragt werden. Wer einen Wahlschein besitzt, kann in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises seine Stimme abgeben oder per Briefwahl an der Wahl teilnehmen.

Wahlscheine und Briefwahlunterlagen können bis Freitag vor der Wahl, 18 Uhr, beantragt werden (§ 25 Absatz 3 Satz 1 Thüringer Landeswahlordnung). Allerdings sollten die Briefwahlunterlagen bei postalischem Versand bis spätestens Donnerstag vor der Wahl zur Rücksendung an die Gemeinde in

einen Briefkasten eingeworfen worden sein. In bestimmten gesetzlich vorgegebenen Ausnahmefällen können Wahlscheine und Briefwahlunterlagen auch noch bis zum Wahlsonntag 15 Uhr beantragt werden (§ 25 Absatz 3 Satz 2 und 3 Thüringer Landeswahlordnung). Briefwahlunterlagen, die am Freitag vor der Wahl oder später beantragt werden, sollten direkt bei der auf dem Wahlbrief angegebenen Stelle abgegeben werden.

Die Ausgabe oder der Versand der Briefwahlunterlagen kann frühestens nach dem Druck der Stimmzettel erfolgen. Dies ist in der Regel 4 bis 5 Wochen vor der Wahl.

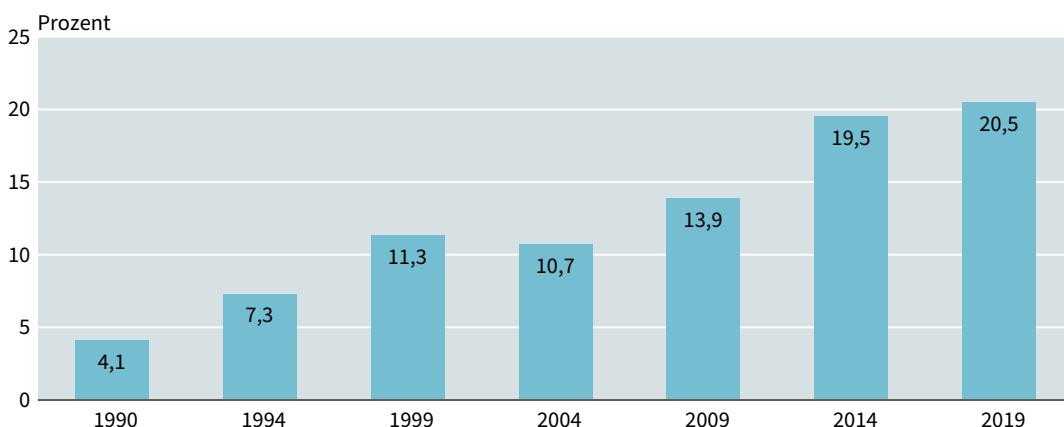
Am Wahlsonntag um 18 Uhr ist die Wahlhandlung durch den Wahlvorsteher grundsätzlich als beendet zu erklären. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen auch die Wahlbriefe bei der dafür zuständigen Stelle vorliegen, damit die Auszählung der Stimmen beginnen kann.

Briefwahlanteil, mit Ausnahme 2004, stetig angestiegen

Der Briefwahlanteil ist bei den Landtagswahlen in Thüringen seit 1990 mit einer Ausnahme im Jahr 2004 stetig angestiegen. Haben 1990 nur 4,1 Prozent der Wähler ihre Stimme per Briefwahl abgegeben, so waren es 2019 schon 20,5 Prozent, also jeder Fünfte.

Um die Wahlvorstände und Briefwahlvorstände ausreichend besetzen zu können, müssen die Kommunen eine Vielzahl von Personen gewinnen, die ehrenamtlich tätig sind. Die Wahlvorstände setzen sich jeweils aus dem Wahlvorsteher oder der Wahlvorsteherin und deren Stellvertreter oder Stellvertreterin sowie weiteren 3 bis 7 Beisitzenden zusammen. Hierfür werden in der Regel rund 30000 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger benötigt.

Abbildung 3: Anteil der Briefwähler zu den Landtagswahlen in Thüringen



Ergebnisermittlung

Am Wahlsonntag werden nach Ablauf der Wahlzeit in den Wahlbezirken die vorläufigen Wahlergebnisse ermittelt. Dazu gibt der Wahlvorsteher oder die Wahlvorsteherin um 18 Uhr das Ende der Wahlzeit bekannt. Alle Wahlberechtigten die sich im Wahlraum oder aus Platzgründen vor dem Wahllokal befinden, dürfen ihre Stimmen noch abgeben. Dabei hat der Wahlvorstand sicher zu stellen, dass nur die bis 18 Uhr Anwesenden ihr Wahlrecht noch ausüben können.

Nachdem der Wahlvorsteher oder die Wahlvorsteherin die Wahlhandlung für beendet erklärt hat, beginnt die Auszählung der Wählerverzeichnisse und Stimmzettel. Es werden die Zahlen der Wahlberechtigten, der Wähler und der Stimmen auf die einzelnen Wahlvorschläge mittels Stapelbildung der Stimmzettel ermittelt. Hat der Wahlvorstand das Ergebnis für den Wahlbezirk festgestellt, wird dieses auf schnellstem Wege, meistens telefonisch, an die Gemeindebehörde weitergegeben. Die Gemeindebehörde fasst die Ergebnisse der einzelnen Wahlbezirke zu einem Gemeindeergebnis zusammen und übermittelt dieses dem Kreiswahlleiter oder der Kreiswahlleiterin.

Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses nach Ende der Wahlzeit

Der Kreiswahlleiter oder die Kreiswahlleiterin ermittelt aus den Gemeindeergebnissen das Ergebnis für den Wahlkreis und leitet es an den Landeswahlleiter weiter. Der Landeswahlleiter stellt das vorläufige Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet zusammen und gibt es noch in der Wahlnacht bekannt.

Die endgültigen Wahlergebnisse werden durch die Wahlkreisausschüsse und den Landeswahlausschuss festgestellt. Anhand der Wahl Niederschriften aus den

Wahlbezirken prüft der Kreiswahlleiter oder die Kreiswahlleiterin die vorläufigen Ergebnisse und schlägt dem Wahlkreisausschuss eventuelle Korrekturen vor. Der Wahlkreisausschuss stellt in seiner Sitzung das endgültige Ergebnis für den Wahlkreis und den gewählten Wahlkreis Kandidaten fest. Die Ergebnisse werden an den Landeswahlleiter weitergeleitet. Der Landeswahlleiter legt dem Landeswahlausschuss die Wahl Niederschriften der Wahlkreise und die Sitzberechnung vor, um das Ergebnis für das Wahlgebiet ermitteln zu können. Der Landeswahlausschuss legt außerdem fest, welche Landeslistenkandidaten gewählt sind.

Sitzberechnung

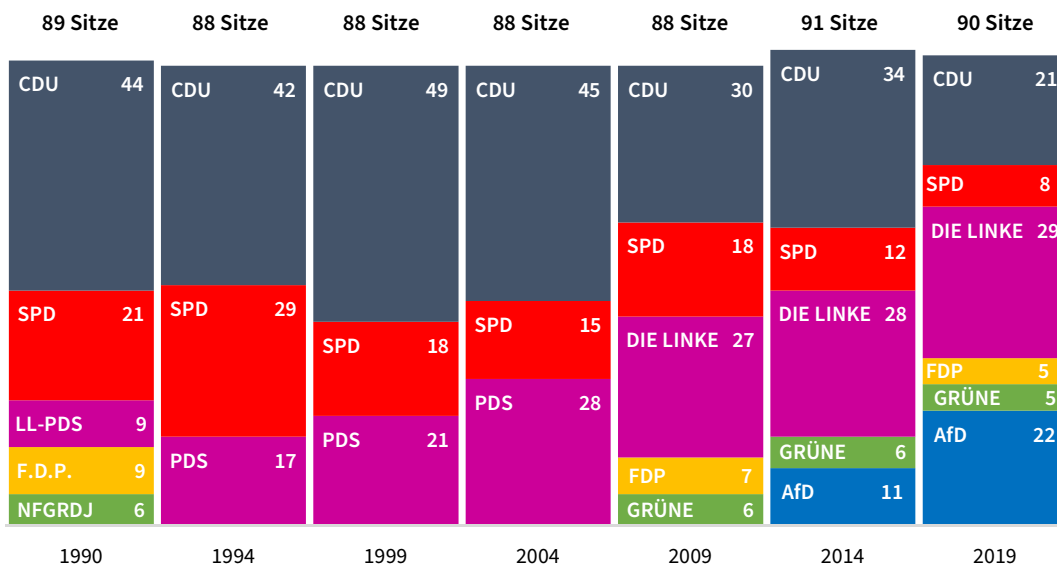
Die 88 Sitze des Thüringer Landtags berechnen sich aus den 44 Wahlkreis Abgeordneten und 44 Abgeordneten aus Landeslisten.

Sollte bei der Berechnung der Sitze für die Parteien die Sitzanzahl aus dem Landesstimmenanteil kleiner sein als die errungenen Wahlkreismandate, entstehen Überhangmandate. Es erhöht sich also die Anzahl der Sitze im Landtag. Damit sich das Landesstimmenverhältnis im Landtag widerspiegelt, werden die Überhangmandate entsprechend ausgeglichen. Bei der Sitzberechnung werden nur Parteien berücksichtigt, die mehr als 5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben.

Sitze des Landtags werden unter Wahlkreisabgeordneten und Abgeordneten aus Landeslisten aufgeteilt

Nach der Benachrichtigung der Gewählten durch die Kreiswahlleiter und den Landeswahlleiter sowie der Annahme der Wahl findet die konstituierende Sitzung des neuen Landtags spätestens 30 Tage nach der Wahl statt.

Abbildung 4: Sitzverteilung im Thüringer Landtag seit 1990



Repräsentative Wahlstatistik

Nach der Feststellung der endgültigen Ergebnisse beginnt die Auswertung nach Alter und Geschlecht, die sogenannte repräsentative Wahlstatistik, durch das Thüringer Landesamt für Statistik.

Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht eine Analyse des Wahlverhaltens von Männern und Frauen nach altersspezifischen Kriterien sowie der Struktur der Wähler und Nichtwähler. Hierzu wurden zur Landtagswahl 2019 insgesamt 86 Wahlbezirke, davon 68 Urnenwahlbezirke und 18 Briefwahlbezirke, zufällig ausgewählt.

Die amtlichen Stimmzettel in den ausgewählten Wahlbezirken werden mit einem Unterscheidungsaufdruck nach Geschlecht und Altersgruppe versehen. Auf diese Weise können Angaben über die Stimmabgabe der Wähler für die einzelnen Parteien nach Geschlecht und Alter gewonnen werden ohne das Wahlgeheimnis zu beeinträchtigen.

Auswertung der Wahl nach Alter und Geschlecht – repräsentative Wahlstatistik

Die Altersgruppen für die Stimmabgabe sind derzeit in 6 Geburtsjahresgruppen für Männer und Frauen wie folgt festgelegt:

- 18 bis 24 Jahre,
- 25 bis 34 Jahre,
- 35 bis 44 Jahre,
- 45 bis 59 Jahre,
- 60 bis 69 Jahre und
- 70 Jahre und älter.

Abbildung 5: Stimmverhalten zur Landtagswahl 2019 in Thüringen der Altersgruppen für die Parteien

Altersgruppe	CDU	DIE LINKE	SPD	AfD	GRÜNE	FDP	Sonstige
	Prozent						
18-24	12,40	22,35	8,27	17,29	16,37	7,45	15,88
25-34	16,19	24,00	7,16	23,08	11,80	5,99	11,78
35-44	21,79	20,79	6,12	28,28	7,95	6,39	8,67
45-59	21,40	26,06	6,89	27,34	6,92	6,04	5,35
60-69	23,19	35,94	8,00	21,56	4,06	4,33	2,94
70 und älter	26,82	40,96	12,30	13,08	2,46	2,81	1,56

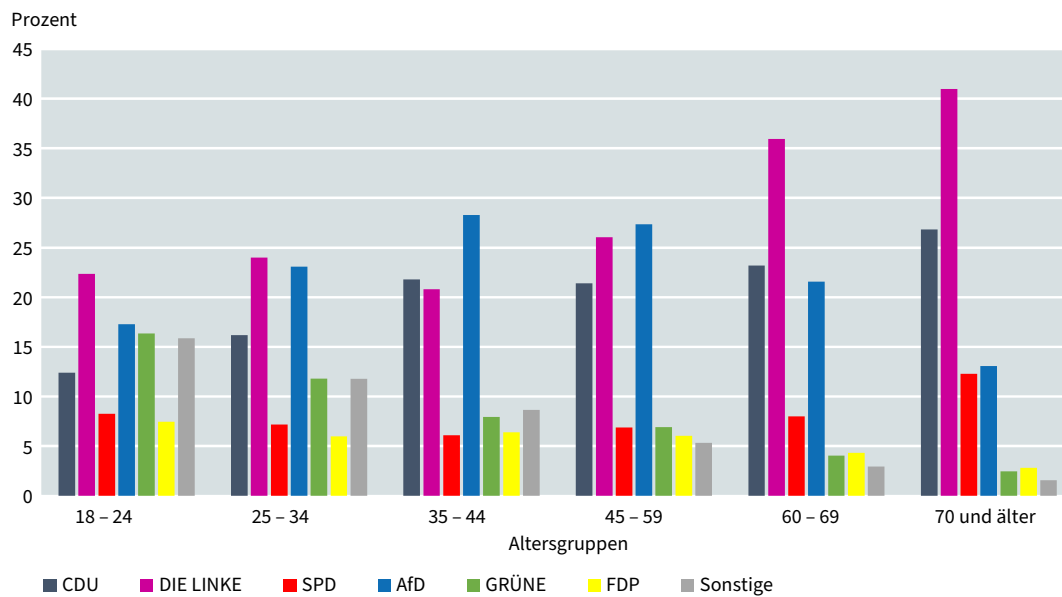
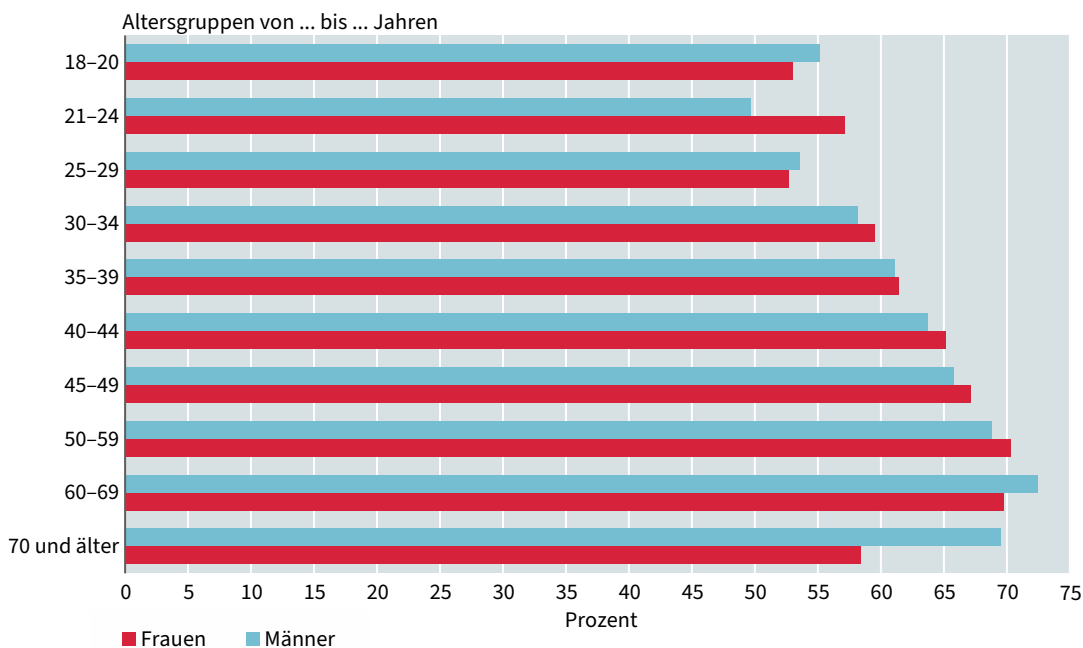


Abbildung 6: Wahlbeteiligung zur Landtagswahl 2019 in Thüringen nach Altersgruppen und Geschlecht



Des Weiteren werden durch die repräsentative Wahlstatistik durch Auszählung der Wählerverzeichnisse in den ausgewählten Wahlbezirken die Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten sowie ihre Wahlbeteiligung erfasst. Hierbei werden die Männer und Frauen in 10 Altersgruppen unterteilt.

Weitere Informationen zu Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen werden auf der Internetseite des Landeswahlleiters unter www.wahlen.thueringen.de dargestellt.

Rechtsgrundlagen

Verfassung des Freistaats Thüringen vom 23. Oktober 1993 (GVBl. Seite 625), die zuletzt durch Gesetz vom 11. Oktober 2004 (GVBl. Seite 745) geändert worden ist.

Thüringer Wahlgesetz für den Landtag (Thüringer Landeswahlgesetz - ThürLWG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2012 (GVBl. Seite 309), das zuletzt durch Gesetz vom 9. Februar 2023 (GVBl. Seite 27) geändert worden ist.

Thüringer Landeswahlordnung (ThürLWO) vom 12. Juli 1994 (GVBl. Seite 817), die zuletzt durch Verordnung vom 7. Juli 2021 (GVBl. Seite 317) geändert worden ist.



Dr. Werner

Münzenmaier

Referent im
Statistischen Landesamt
und Referatsleiter im
Finanzministerium a. D.
Baden-Württemberg.
Er lebt inzwischen in Erfurt.

Baden-Württemberg und Thüringen im Vergleich: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1991 bis 2021^{*)}

Am 3. Oktober 2022 wurde in Erfurt der Tag der Deutschen Einheit unter dem Motto „zusammen wachsen“ gefeiert. Damit angesprochen sind Fragen wie: Ist die Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland 32 Jahre nach der Wiedervereinigung wirklich zusammengewachsen? Wachsen die neuen und die alten Länder inzwischen zusammen, also gemeinsam, im Gleichschritt? Besonders der zweite Aspekt steht hier im Fokus einer Analyse der beiden Länder Baden-Württemberg und Thüringen.

Warum Baden-Württemberg und Thüringen? Beide Länder weisen bemerkenswerte Gemeinsamkeiten auf:

- Vor der Wiedervereinigung lagen beide Länder im Südwesten des jeweiligen Gebiets, also im früheren Bundesgebiet bzw. in der ehemaligen DDR.
- Internationalen Bekanntheitsgrad erfahren beide Länder durch touristische Highlights: Zum einen Schwarzwald, Schwäbische Alb und Bodensee bzw. Thüringer Wald und Südharz, zum anderen sehenswerte Städte, Burgen, Schlösser und Gärten mit beeindruckender Geschichte.
- Beide Länder umfassen jeweils etwa ein Sechstel der Bevölkerung, der Erwerbstätigen und der Wirtschaftskraft in ihrem Teilgebiet (West- bzw. Ostdeutschland).
- Die Gebiete beider Länder waren politisch jahrhundertlang Flickenteppiche und sind erst nach verschiedenen Fusionsprozessen in ihrer heutigen Form entstanden; nähere Ausführungen finden sich im i-Punkt „Geschichte beider Länder nach 1800“.

- Ohne größere Bodenschätze entwickelten sich im 19. Jahrhundert in beiden Ländern aus Handwerk und Gewerbe weltberühmte Unternehmen mit Schwerpunkten in den Bereichen Maschinen- und Fahrzeugbau, Feinmechanik, Optik und Uhren, Medizintechnik, Spiel- und Schmuckwaren.
- Die damit verbundenen technologischen Pionierleistungen sind heute noch sichtbar. Baden-Württemberg weist unter allen und Thüringen unter den ostdeutschen Ländern die mit Abstand höchste Patentedichte auf: 2021 hatte Baden-Württemberg 122, Thüringen 25 Anmeldungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Bevölkerungsentwicklung

In Abbildung 1 ist die Entwicklung der Bevölkerung beider Länder nach der Wiedervereinigung zwischen 1991 und 2021 dargestellt, und zwar nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).¹⁾ Während in Baden-Württemberg die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mehr oder weniger kontinuierlich angestiegen ist und 2021 um 12,2 Prozent höher lag als 1991, hat in Thüringen ein stetiger Rückgang stattgefunden mit dem Ergebnis eines 2021 um 18,4 Prozent niedrigeren Bevölkerungsumfangs als 1991. Baden-Württemberg konnte seinen Anteil an der Bevölkerung Deutschlands von 12,4 Prozent auf 13,4 Prozent und an der Bevölkerung Westdeutschlands von 16 Prozent auf 16,6 Prozent kontinuierlich ausbauen. Das Land Thüringen musste nicht nur einen stetigen Anteilsverlust innerhalb Deutschlands von 3,2 Prozent auf 2,5 Prozent hinnehmen, es hat auch Anteile an der Bevölkerung in Ostdeutschland verloren (Rückgang von 17,7 Prozent auf 16,9 Prozent). 2021 lebten in Baden-Württemberg 11,11 Millionen Menschen, in Thüringen 2,11 Millionen.

Aus Abbildung 2 geht der jährliche Verlauf dieser Entwicklungen hervor. Deutlich wird ein beson-

^{*)} Die Erstveröffentlichung dieses Beitrages erfolgte vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg im Statistischen Monatsheft 4/2023. Das Thüringer Landesamt für Statistik dankt dem Autor und dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

¹⁾ Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021, Berechnungsstand November 2021/Februar 2022. Stuttgart, März 2022.

Abbildung 1: Bevölkerung in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021

Jahr	Baden-Württemberg				Thüringen			
	Bevölkerung	Entwicklung	Anteil an		Bevölkerung	Entwicklung	Anteil an	
			Deutschland	Westdeutschland ¹⁾			Deutschland	Ostdeutschland ¹⁾
	1000	1991 = 100	Prozent		1000	1991 = 100	Prozent	
1991	9904,0	100	12,4	16,0	2590,6	100	3,2	17,7
1996	10260,1	103,6	12,6	16,0	2486,4	96,0	3,1	17,7
2001	10408,2	105,1	12,8	16,1	2400,4	92,7	2,9	17,6
2006	10519,0	106,2	13,0	16,2	2292,1	88,5	2,8	17,5
2011	10495,5	106,0	13,1	16,3	2189,5	84,5	2,7	17,4
2016	10915,8	110,2	13,3	16,5	2164,4	83,6	2,6	17,2
2021	11110,3	112,2	13,4	16,6	2112,6	81,6	2,5	16,9

1) Jeweils ohne Berlin.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; eigene Berechnungen.

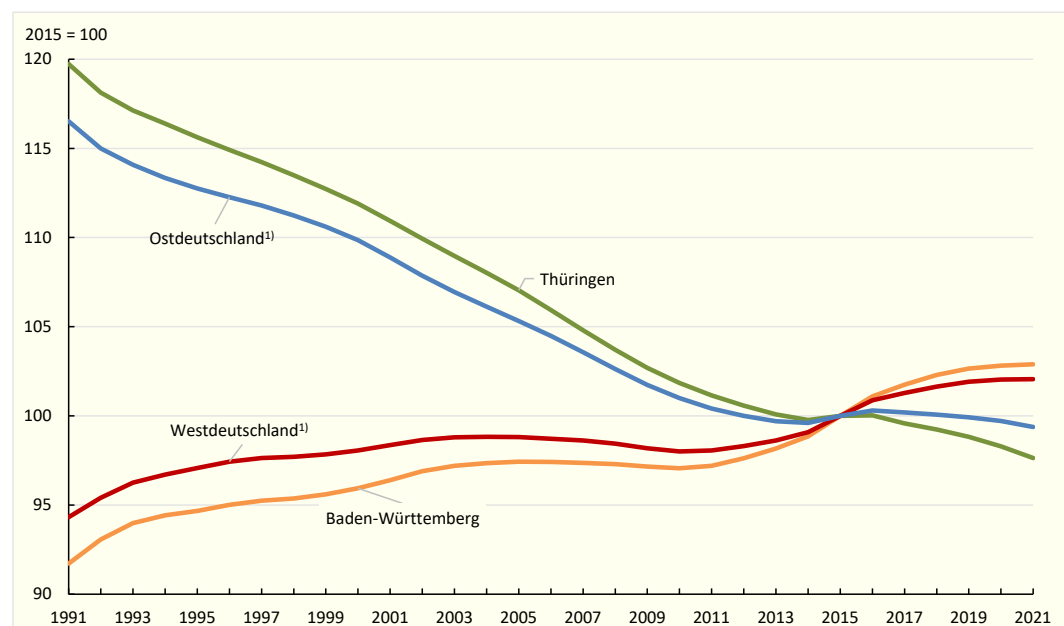
ders starker Anstieg der Bevölkerungszahlen in Baden-Württemberg und in Westdeutschland in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, der offensichtlich zulasten der ostdeutschen Länder und insbesondere auch Thüringens gegangen ist. Dieses Auseinanderdriften hat sich danach in etwas moderaterer Form fortgesetzt, wobei zwischen 2005 und 2010 in Baden-Württemberg bzw. 2004 und 2010 in Westdeutschland ebenfalls ein leichter Bevölkerungsverlust zu beobachten war. Danach gingen die Bevölkerungszahlen in Baden-Württemberg und Westdeutschland wieder nach oben, besonders stark nach 2014 im Zuge der Aufnahme von Geflüchteten. Aufgrund dessen ist in Thüringen und in Ostdeutschland, bei ansonsten anhaltendem Bevölkerungsrückgang, zwischen 2014 und 2016

ein leichter Bevölkerungsanstieg eingetreten. Außerdem wird deutlich, dass der Bevölkerungsaufbau in Baden-Württemberg kräftiger ausgefallen ist als in Westdeutschland, und der Bevölkerungsrückgang in Thüringen stärker ausgeprägt war als in der Summe der ostdeutschen Flächenländer.

Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland

Verantwortlich für diese Entwicklungen sind vor allem die Binnenwanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland.²⁾ Abbildung 3 zeigt einen Wanderungsverlust der ostdeutschen Länder durch sehr

Abbildung 2: Entwicklung der Bevölkerung in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021

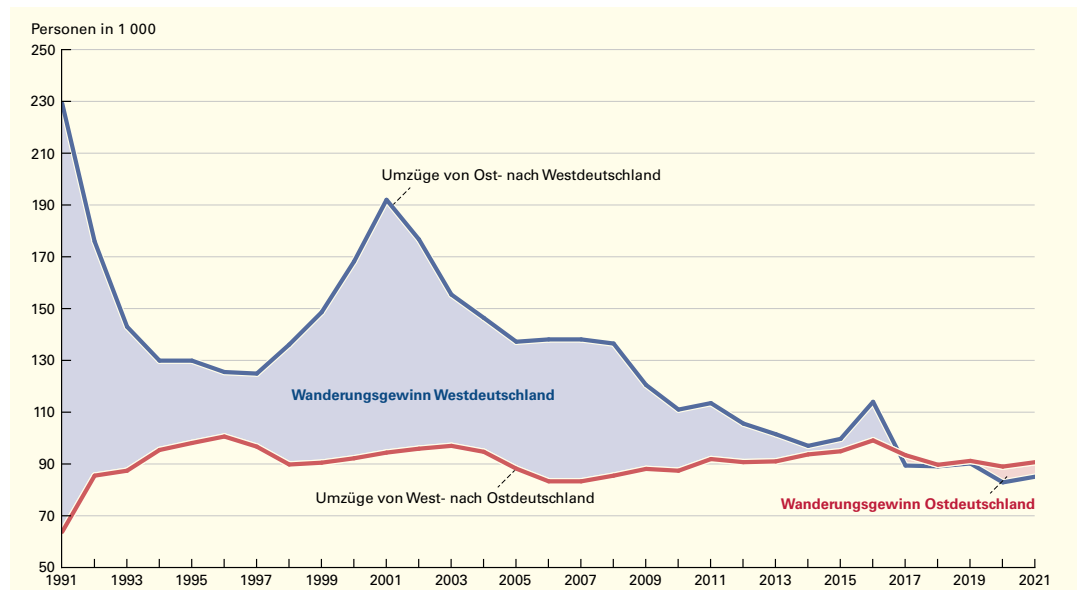


1) Jeweils ohne Berlin.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

2) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland (1991 bis 2020) https://www.bib.bund.de/Permalink.html?cms_permaid=1217906 (Abruf: 27.02.2023).

Abbildung 3: Entwicklung der Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland^{*)} 1991 bis 2021



*) Jeweils ohne Berlin.
Datenquelle: Wanderungsstatistik.

umfangreiche Fortzüge nach Westdeutschland vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. 1991 sind 229 200 Menschen von Ost- nach Westdeutschland umgezogen, aber nur 63 800 Personen haben den umgekehrten Weg gewählt, woraus sich ein Binnenwanderungssaldo in Höhe von 165 400 Personen ergibt.³⁾ Bis Mitte der 1990er-Jahre hat sich dieser Saldo deutlich verringert (1996: 24 900 Personen), danach ist er wieder angestiegen (bis 2001 auf 97 600 Personen) und anschließend mehr oder weniger kontinuierlich zurückgegangen. Ab 2017 hat sich sogar ein Wanderungssaldo zugunsten Ostdeutschlands eingestellt.

Bemerkenswerterweise haben sich die Zuzüge von West- nach Ostdeutschland – nach 1991 mit den genannten 63 800 Personen – über die Jahre hinweg in relativ engen Bahnen bewegt: Die Spitze wurde 1996 mit 100 600 Personen erreicht, die geringsten Werte 2006 und 2007 mit jeweils 83 300 Personen erzielt. Demgegenüber waren die Fortzüge aus Ost- nach Westdeutschland erheblichen Schwankungen unterworfen. Die Abwanderung aus dem Osten belief sich 1991 auf 229 200 Personen und ging danach über 175 900 Personen im Jahr 1992, 143 000 Personen im Jahr 1993 und je 129 900 Personen in den Jahren 1994 und 1995 auf 124 900 Personen im Jahr 1997 zurück; es wurde also zunächst eine gewisse Konsolidierung erreicht. Anschließend erfolgte wieder ein recht steiler Anstieg bis auf 192 000 Abwanderungen im Jahr 2001, bedingt durch einen kurzzeitigen wirtschaftlichen Boom, der vor allem die westdeutschen Länder erreicht hat und an den

ostdeutschen Ländern ziemlich vorbeigegangen ist. Nach einem fast spiegelbildlichen, starken Rückgang auf 120 500 Abwanderungen im Jahr 2009 folgte eine deutlich verlangsamte Verringerung bzw. Verstetigung auf zuletzt 85 100 abgewanderte Personen im Jahr 2021.

Im Zeitraum 1990 bis 2021 haben sich die Umzüge von Ost- nach Westdeutschland auf 4,43 Millionen Personen summiert, die Umzüge von West- nach Ostdeutschland auf 2,85 Millionen Personen. Hieraus errechnet sich ein Bevölkerungsgewinn Westdeutschlands durch Binnenwanderung in Höhe von 1,57 Millionen Menschen, das sind mehr Menschen als die Wohnbevölkerung von München (1,49 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner). Bezogen auf die Bevölkerungszahl 1991 in Ostdeutschland sind dies stattliche 10,6 Prozent, in Bezug auf Westdeutschland immerhin 2,6 Prozent.

3) Nach einer Statistik mit Ostdeutschland einschließlich Ost-Berlin und Westdeutschland einschließlich West-Berlin belief sich der Abwanderungssaldo aus dem Beitrittsgebiet 1991 auf 169 000 Personen, bedingt durch 250 000 Fortzüge und 80 000 Zuzüge gegenüber der früheren Bundesrepublik. Im Vorjahr 1990 war die Situation mit 395 000 Fort- und 36 000 Zuzügen sowie einem Saldo in Höhe von 359 000 Personen noch dramatischer.

•

I Geschichte beider Länder nach 1800

Auf dem Gebiet des heutigen **Baden-Württembergs** hatten bis 1806 rund 300 Staaten territoriale Rechte inne, danach entstanden im Zuge der Auflösung des alten Deutschen Reiches mit dem Königreich Württemberg, dem Großherzogtum Baden und den Fürstentümern Hohenzol-

lern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen zunächst vier, nach dem Zusammenschluss der beiden Fürstentümer zu den Hohenzollerschen Landen 1850 drei Staaten bzw. Exklaven. Diese Staaten existierten ab 1919 weiter, bis 1933 unter demokratischen Verfassungen. Nach 1945 wurden zunächst drei Besatzungszonen gebildet, aus denen die Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden entstanden. Nach einer Volksabstimmung haben sich diese drei Länder 1952 zum Land Baden-Württemberg zusammengeschlossen.

Thüringen war bis Anfang des 19. Jahrhunderts ein Flickenteppich verschiedener kleiner Fürstentümer mit oft nicht zusammenhängenden Gebieten, außerdem zwei Reichsstädten und den kurmainzischen Besitzungen Erfurt und Eichsfeld. Mit dem Reichsdeputationshauptschluss wurden die Reichsstädte und die geistlichen Fürstentümer aufgehoben. Nach dem Aussterben von Fürstenlinien gab es ab 1826 auf dem Gebiet des heutigen Thüringen acht Herzog- bzw. Fürstentümer und drei Preußische Regierungsbezirke. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden aus den Fürsten- und Herzogtümern Freistaaten mit republikanischer Verfassung, die sich durch Volksabstimmung 1920 zum Land Thüringen mit der Hauptstadt Weimar vereinigten. Die Preußischen Bezirke und damit auch Erfurt blieben außen vor, ebenso das Land Coburg, das sich Bayern angeschlossen hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand das Land Thüringen, nun unter Einschluss der ehemals Preußischen Regierungsbezirke, mit der Hauptstadt Erfurt. Allerdings wurde das Land Thüringen bereits 1952 im Zuge umfassender DDR-Verwaltungsreformen wieder aufgelöst und im Wesentlichen in die drei Bezirke Erfurt, Gera und Suhl aufgeteilt. Erst nach der Wiedervereinigung wurde Thüringen als eigenständiges Land mit Erfurt als Landeshauptstadt wieder hergestellt.

Binnenwanderungssalden Baden-Württembergs und Thüringens gegenüber anderen Ländern

Wie haben sich in diesem Rahmen die Binnenwanderungen Baden-Württembergs und Thüringens bewegt? Hierzu gibt eine Sonderauswertung der Binnenwanderungssalden durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Auskunft.⁴⁾ Danach hat Baden-Württemberg nur im Zeitraum 2000 bis 2009 einen nennenswerten Überschuss bei der Binnenwanderung in Höhe von zwei Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Jahr

erzielt, höhere Pro-Kopf-Wanderungsüberschüsse hatten Hamburg, Schleswig-Holstein und Bayern aufgewiesen. Im Zeitraum 1991 bis 1999 war der Binnenwanderungssaldo Baden-Württembergs nur leicht positiv, im Zeitraum 2010 bis 2014 ausgeglichen und im Zeitraum 2015 bis 2020 sogar leicht negativ. Während im Zeitraum 1991 bis 1999 mit Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hessen ausschließlich westdeutsche Länder besser abgeschnitten haben als Baden-Württemberg, war dies ab 2010 auch bei einigen ostdeutschen Ländern der Fall: Im Zeitraum 2010 bis 2014 bei Brandenburg und Sachsen und im Zeitraum 2015 bis 2020 zusätzlich noch in Mecklenburg-Vorpommern. Baden-Württemberg hat mithin seit der Wiedervereinigung unter dem Strich nicht übermäßig stark von der Binnenwanderung profitiert.

In Thüringen war der Binnenwanderungssaldo im gesamten Zeitraum 1991 bis 2020 negativ. Jeweils bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag er im Zeitraum 1991 bis 1999 pro Jahr bei vier Personen, im Zeitraum 2000 bis 2009 bei fünf Personen, im Zeitraum 2010 bis 2014 bei drei Personen und im Zeitraum 2015 bis 2020 bei zwei Personen. Zwischen 1991 und 2009 haben nur Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern schlechter abgeschnitten als Thüringen, im Zeitraum 2010 bis 2014 nur Sachsen-Anhalt und im Zeitraum 2015 bis 2020 nur Bremen. Der auf Ost-West-Wanderungen zurückzuführende Bevölkerungsrückgang war also in Sachsen-Anhalt und in Thüringen besonders ausgeprägt.

Der Wanderungssaldo Thüringens war, zumindest ab 2000, sowohl gegenüber Westdeutschland insgesamt als auch gegenüber der Summe der anderen Länder Ostdeutschlands durchweg negativ.⁵⁾ Das Abwanderungsdefizit gegenüber Westdeutschland belief sich 2000 bis 2008 auf jährlich etwa 10 000 bis 14 000 Personen, reduzierte sich danach aber recht kontinuierlich auf weniger als 1 000 im Jahr 2021. Gegenüber den anderen ostdeutschen Ländern lag der Verlust bis 2003 unter 1 000 Personen, nahm dann stetig zu bis auf knapp 2 300 Personen im Jahr 2006 und bewegte sich im Zeitraum 2007 bis 2017 bei 1 600 bis 3 200 Personen. Nach 2017 erfolgte eine Verringerung bis auf knapp 1 400 Personen im Jahr 2021 und war damit – wie schon 2019 – höher als der Abwanderungssaldo nach Westdeutschland. Insgesamt gesehen erfolgte also in den letzten Jahren eine gewisse Normalisierung bei den Wanderungsverlusten gegenüber den anderen Ländern Deutschlands.

4) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Binnenwanderungssalden nach Bundesländern (1991 bis 2020) https://www.bib.bund.de/Permalink.html?cms_permaid=1217566 (Abruf: 27.02.2023).

5) Thüringer Landesamt für Statistik: Wanderungssaldo nach Herkunfts-/ Zielgebiet, Altersgruppen und Geschlecht in Thüringen. Erfurt, 2022.

Bis 2012 waren die Abwanderungsüberschüsse Thüringens gegenüber Bayern am höchsten, im Anschluss lag Sachsen als Zielland ganz vorne. Unter den westdeutschen Ländern hat Baden-Württemberg bis 2008 hinter Bayern und noch vor Hessen die meisten Thüringerinnen und Thüringer aufgenommen. Danach hat sich die Abwanderung vormals Thüringer Bürgerinnen und Bürger gleichmäßiger auf die westdeutschen Länder verteilt, in den letzten Jahren haben sich im Verhältnis zu einigen Westländern, so auch zu Baden-Württemberg, teilweise sogar leichte Zuwanderungsüberschüsse Thüringens eingestellt. Weitgehend positiv war der Wanderungssaldo Thüringens über die Jahre hinweg nur gegenüber dem Nachbarland Sachsen-Anhalt.

Binnenwanderung zwischen Baden-Württemberg und Thüringen

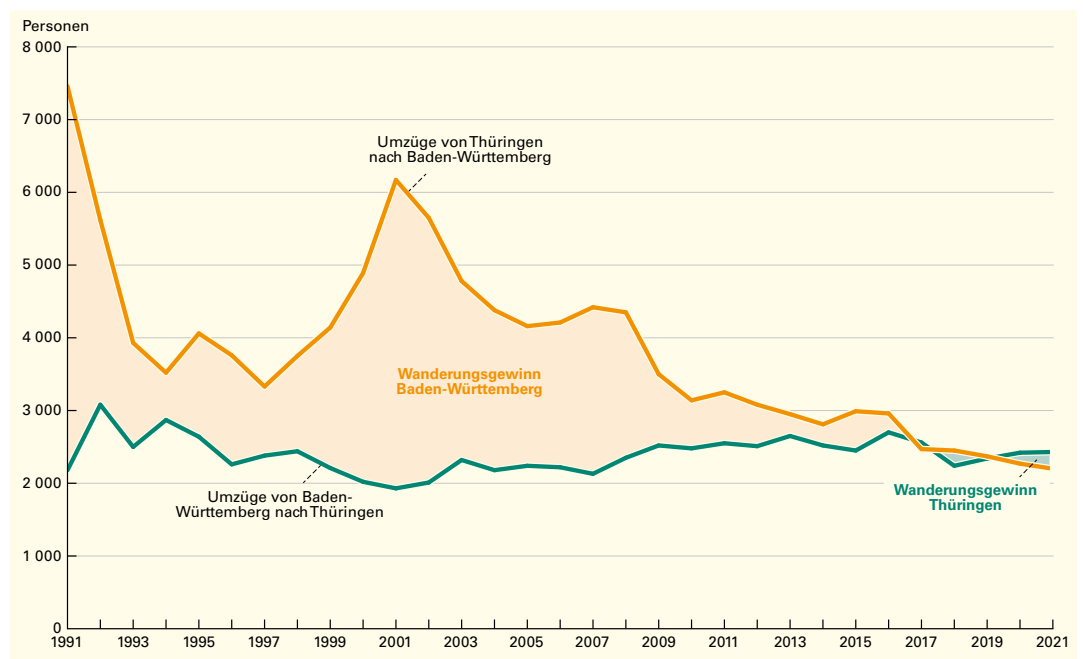
Die Wanderungsbewegungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen sind in Abbildung 4 aufgezeichnet. Das Bild der Zu- und Abwanderungen sowie des Wanderungssaldos zwischen beiden Ländern entspricht weitgehend dem Muster für Ost-West-Wanderungen innerhalb Deutschlands (Abbildung 3). Insbesondere sind die Umzüge von Baden-Württemberg nach Thüringen deutlich ruhiger verlaufen als die Umzüge von Thüringen nach Baden-Württemberg

temberg. Die Fortzüge von Baden-Württemberg nach Thüringen haben nur 1992 mit 3 080 Personen die 3 000er-Grenze übertroffen, in den anderen Jahren lagen sie zwischen 1 930 Personen (2001) und 2 870 Personen (1994) recht nahe beieinander. Die Fortzüge aus Thüringen nach Baden-Württemberg beliefen sich 1991 auf 7 460 Personen und haben sich bis 1994 auf 3 520 Personen mehr als halbiert und nach einem leichten Auf und Ab 1998 mit 3 750 Personen dieses Niveau ungefähr wieder erreicht. Anschließend gingen die Zuzüge aus Thüringen nach Baden-Württemberg recht steil nach oben bis auf 6 170 Personen im Jahr 2001, im Anschluss bis 2005 mit 4 160 Personen ebenso steil nach unten; nach einem Zwischenhoch bis 2008 erfolgte dann ein ziemlich kontinuierlicher Rückgang auf 2 200 Personen im Jahr 2021.

Der Wanderungsgewinn Baden-Württembergs gegenüber Thüringen war 1991 mit 5 280 Personen am höchsten, er hat bis 1994 deutlich auf 650 Personen abgenommen und ist erst nach 1998 wieder nennenswert auf 4 240 Personen im Jahr 2001 angestiegen. In den nachfolgenden Jahren hat er sich stetig verringert, 2017 sowie 2020 und 2021 hat Thüringen sogar einen Wanderungsüberschuss gegenüber Baden-Württemberg erzielt.

Interessant ist die Altersstruktur der Zu- und Fortzüge von Thüringen nach Baden-Württemberg und

Abbildung 4: Entwicklung der Wanderungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen 1991 bis 2021



Datenquelle: Wanderungsstatistik.

Abbildung 5: Wanderungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen 1991 bis 2021 nach Altersgruppen

Jahr	Umzüge aus Thüringen nach Baden-Württemberg							Umzüge aus Baden-Württemberg nach Thüringen						
	Insgesamt	darvon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Insgesamt	darvon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 18	18–25	25–30	30–50	50–65	65 und älter		unter 18	18–25	25–30	30–50	50–65	65 und älter
1991	7458	1585	2607	1093	1744	325	104	2178	232	661	424	714	95	52
1992	5623	1451	1334	784	1580	329	145	3076	365	941	652	891	151	76
1993	3931	974	951	522	1044	257	183	2502	339	691	507	741	129	95
1994	3519	868	811	460	941	258	181	2872	454	652	573	883	186	124
1995	4055	954	933	517	1144	283	224	2642	433	565	507	816	170	151
1996	3757	806	934	549	1058	251	159	2261	377	484	390	703	174	133
1997	3330	636	854	513	964	223	140	2377	408	504	348	762	166	189
1998	3752	720	1102	555	1062	204	109	2442	429	553	378	741	180	161
1999	4138	739	1245	609	1178	223	144	2210	364	556	316	667	172	135
2000	4894	874	1498	711	1410	259	142	2021	304	558	309	582	142	126
2001	6173	1108	1965	837	1819	294	150	1926	236	652	316	517	121	84
2002	5647	835	1989	871	1557	276	119	2011	256	670	315	536	145	89
2003	4779	660	1728	783	1240	240	128	2322	311	809	417	566	125	94
2004	4380	518	1662	834	1021	234	111	2184	250	756	417	525	152	84
2005	4159	481	1488	939	968	175	108	2243	312	704	476	533	132	86
2006	4206	442	1492	957	993	196	126	2218	277	668	459	537	174	103
2007	4420	513	1459	1055	1039	212	142	2134	258	653	489	520	110	104
2008	4346	520	1375	1071	1062	208	110	2352	306	693	538	564	152	99
2009	3498	343	1067	915	865	195	113	2524	281	797	550	647	151	98
2010	3135	335	910	758	806	197	129	2478	275	681	560	657	202	103
2011	3250	359	926	820	822	190	133	2554	314	786	507	681	173	93
2012	3083	309	798	776	884	181	135	2507	275	786	516	666	160	104
2013	2949	282	709	761	884	188	125	2646	282	803	513	716	216	116
2014	2806	283	627	756	844	199	97	2521	319	700	480	726	190	106
2015	2993	332	728	742	886	175	130	2445	269	664	475	727	205	105
2016	2963	317	740	745	844	199	118	2701	311	706	508	770	267	139
2017	2473	217	618	602	710	197	129	2556	306	684	418	756	248	144
2018	2445	233	647	572	699	174	120	2241	266	575	354	697	244	105
2019	2369	237	640	504	696	162	130	2343	251	622	351	672	278	169
2020	2266	260	627	455	619	161	144	2417	275	604	340	720	291	187
2021	2196	231	622	456	622	119	146	2433	321	517	376	731	309	179

Datenquelle: Wanderungsstatistik.

umgekehrt. Aus Abbildung 5 wird zunächst deutlich, dass sich die Umzüge von Baden-Württemberg nach Thüringen im Zeitraum 1991 bis 2021 nicht nur insgesamt, sondern auch in den einzelnen Altersgruppen in recht engen Bandbreiten bewegt haben. Lediglich bei den 50- bis unter 65-Jährigen und in abgeschwächter Form auch bei den 65-Jährigen und Älteren ist in den letzten Jahren ein signifikanter Anstieg festzustellen, der auch für die Umkehrung des Wanderungssaldos zwischen beiden Ländern ab 2017 verantwortlich gezeichnet hat. Bei den anderen, quantitativ bedeutsameren Altersgruppen ist dagegen keine klare Tendenz erkennbar. Auffallend ist allenfalls die relativ hohe Anzahl von Zuwanderungen in den drei Altersgruppen von 18 bis unter 50 Jahren zu Beginn der 1990er-Jahre.

Anders sieht es bei den Umzügen von Thüringen

nach Baden-Württemberg aus: Die Abwanderungen aus Thüringen blieben bei den 65-Jährigen und Älteren über die Jahre auf niedrigem Niveau recht konstant, bei den 50- bis unter 65-Jährigen waren sie in der Tendenz rückläufig. Unter Einbeziehung der genannten Entwicklung dieser Altersgruppen bei den Zuwanderungen nach Thüringen scheint dieses Land also für Senioren attraktiver zu sein als Baden-Württemberg; die Motive können persönlicher Natur oder auf geringere Lebenshaltungskosten in Thüringen zurückzuführen sein.

Entscheidend für den Binnenwanderungssaldo ist jedoch Umfang und Entwicklung der Umzüge von Thüringen nach Baden-Württemberg bei den jüngeren Jahrgängen, die das in Abbildung 4 wieder-gegebene Bild der Gesamtwanderung weitgehend allein bestimmen. Bei den unter 18-Jährigen war der

Anteil in den ersten Jahren nach der Grenzöffnung (1991 bis 1996) im Zuge einer Übersiedlung vieler junger Familien mit 21 Prozent bis 26 Prozent besonders hoch, ging in den Folgejahren aber zurück. Ein starkes Gewicht hatte über die Jahre hinweg die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen: Im Jahr 1991 war ihr Anteil an den gesamten Umzügen von Thüringen nach Baden-Württemberg mit 35 Prozent sehr umfangreich, er hat sich bis 1996 auf rund ein Viertel reduziert und ist in den Folgejahren innerhalb des Rahmens von einem Viertel bis gut einem Drittel geblieben. Besonders hohe Zuwanderungen haben wieder in den Jahren 1999 bis 2008 stattgefunden, als der Arbeitskräftebedarf der baden-württembergischen Wirtschaft infolge eines wirtschaftlichen Aufschwungs besonders ausgeprägt war. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Altersjahrgänge der 25- bis unter 30-Jährigen und der 30- bis unter 50-Jährigen, die ebenfalls zu der erwerbsaktiven Bevölkerungsgruppe gehören.

Geburten

Aus den Zahlen wird deutlich: Der umfangreiche Bevölkerungsrückgang in Thüringen bzw. in Ostdeutschland bei gleichzeitigem Bevölkerungszuwachs in Baden-Württemberg und in Westdeutschland, insbesondere in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, ist auf immense Wanderungsbewegungen von Ost- nach Westdeutschland zurückzuführen. Hinzu kommt eine in den Anfangsjahren deutlich gesunkene Zahl an Geburten in den neuen Ländern.

Für Baden-Württemberg und Thüringen ist die Entwicklung seit 1991 in Abbildung 6 wiedergegeben. Danach ist die Anzahl der Lebendgeborenen in Baden-Württemberg, ausgehend von 118 580 Geborenen im Jahr 1990, zunächst moderat, dann

aber etwas stärker auf 88 820 Geborene im Jahr 2011 zurückgegangen – das ist die geringste Anzahl im gesamten Betrachtungszeitraum und ein Viertel weniger als 1990. Im Anschluss erfolgte ein recht steiler Anstieg – 2021 wurde mit 113 530 Geborenen das Niveau des Jahres 1996 fast wieder erreicht. Der Anteil Baden-Württembergs an der Anzahl aller Lebendgeborenen in Deutschland hat sich über die Jahre hinweg in relativ engen Bandbreiten bewegt (13,4 Prozent bis 14,4 Prozent). Die Schwankungen der Anteilswerte erklären sich zu großen Teilen durch die Entwicklung in Ostdeutschland, wo die Geburten nach 2000 wieder kräftig zu-, nach 2016 aber wieder merklich abgenommen haben.

Ein gutes Beispiel hierfür ist Thüringen. Wie in allen ostdeutschen Ländern war bereits 1991 ein kräftiger Einbruch der Geburten festzustellen: Die Anzahl der Lebendgeborenen hat sich gegenüber 1990 mit damals 28 780 Geborenen auf 17 470 Geborene und damit innerhalb eines Jahres um etwa zwei Fünftel verringert. Im Zuge der Abwanderung junger Menschen, aber auch starker Verunsicherungen und Zukunftsängste der Menschen im Beitrittsgebiet hat sich die Zahl der Lebendgeborenen weiter reduziert; der Tiefpunkt in Thüringen wurde 1994 mit 12 720 Geborenen und damit 56 Prozent weniger als 1990 erreicht. Danach ging es zunächst ziemlich stetig aufwärts bis auf 18 480 Lebendgeborene im Jahr 2016, womit aber immer noch über ein Drittel weniger Geburten registriert wurde als 1990. Im Anschluss hat sich die Zahl der Lebendgeborenen aber wieder deutlich verringert und 2021 mit 15 380 Geborenen das relativ niedrige Niveau des Jahres 1996 fast wieder erreicht. Der Anteil Thüringens an der Gesamtzahl aller in Deutschland Lebendgeborenen hat sich nach 2,1 Prozent im Jahr 1991 über 1,9 Prozent (1996) bis auf 2,6 Prozent (2011) zunächst recht deutlich erhöht, ist danach aber wieder auf 1,9 Prozent im Jahr 2021 zurückgefallen. Bemerkenswert

Abbildung 6: Lebendgeborene in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021

Jahr	Baden-Württemberg			Thüringen		
	Lebendgeborene	Entwicklung	Anteil an Deutschland	Lebendgeborene	Entwicklung	Anteil an Deutschland
	1000	1990 = 100	Prozent	1000	1990 = 100	Prozent
1991	117,53	99,1	14,2	17,47	60,7	2,1
1996	114,66	96,7	14,4	15,26	53,0	1,9
2001	101,36	85,5	13,8	17,35	60,3	2,4
2006	91,96	77,6	13,7	16,40	57,0	2,4
2011	88,82	74,9	13,4	17,07	59,3	2,6
2016	107,49	90,7	13,6	18,48	64,2	2,3
2021	113,53	95,8	14,3	15,38	53,4	1,9

Datenquelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung.

sind nicht nur die ausgeprägten Schwankungen der Anteilswerte im Zeitablauf, sondern auch die bereits angedeutete spiegelbildliche Entwicklung im Vergleich zu Baden-Württemberg.

Es gibt zwei wesentliche Ursachen für die Unterschiede in der Geburtenentwicklung in Baden-Württemberg und in Thüringen. Zum einen sind, wie bei der Kommentierung von Abbildung 5 für Baden-Württemberg und Thüringen ausgeführt, gerade in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung viele junge Menschen, teilweise mit Kindern, von Ost- nach Westdeutschland gezogen. Dadurch hat sich die Altersstruktur dauerhaft verschoben mit dem Ergebnis, dass eine merkliche Anzahl von Menschen im Alter der Familiengründungsphase nun in West- und nicht mehr in Ostdeutschland lebt.

Zum zweiten, und das ist für den jährlichen Verlauf ausschlaggebend, hat sich die zusammengefasste Geburtenziffer sehr unterschiedlich entwickelt. Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die Verhältnisse des betrachteten Jahres von ihrem 15. bis zu ihrem 49. Lebensjahr gelten würden. Sie wird durch Addition der altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten des betreffenden Jahres für die Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren ermittelt. Die Ziffer ist insofern frei von Einflüssen der jeweiligen Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung und ergänzt so die genannten Einwirkungen der nach Altersklassen differenzierten Binnenwanderung.

Nach einer Auswertung des Statistischen Bundesamtes⁶⁾ hat 1990 die zusammengefasste Geburtenziffer in der Dimension „Kinderzahl je Frau“ in Ostdeutschland mit 1,52 diejenige in Westdeutschland in Höhe von 1,45 noch übertroffen, ging im Anschluss aber viel stärker zurück. 1995 lag sie mit 0,84 nicht nur um 45 Prozent unter dem Wert von 1990, sondern auch deutlich niedriger als die Ziffer Westdeutschlands mit 1,34. Auch danach blieb die Geburtenziffer in Westdeutschland mit 1,41 (2000) und 1,36 (2005) zunächst über den Vergleichswerten in Ostdeutschland mit 1,21 bzw. 1,30. Ab 2010 hat aber die Geburtenziffer Ostdeutschlands diejenige Westdeutschlands zunächst übertroffen, bis 2015 um jeweils 0,06 bis 0,08 Punkte. Im Jahr 2016 wurde sowohl in Ostdeutschland mit 1,64 als auch in Westdeutschland mit 1,60 die höchste zusammengefasste Geburtenziffer erzielt. Danach erfolgte in Ostdeutschland ein etwas stärkerer Rückgang als in Westdeutschland, und 2021 war die Geburtenziffer im Westen mit 1,60 erstmals wieder merklich höher als im Osten mit 1,54.

2021 hat Baden-Württemberg hinter Niedersachsen die höchste zusammengefasste Geburtenziffer (1,63) erzielt, während Thüringen (1,53) insoweit nur Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland hinter sich gelassen hat.

Beteiligung am Erwerbsleben

Die genannten Verschiebungen in der Altersstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland im Zuge der Ost-West-Binnenwanderungen haben außerdem erhebliche Auswirkungen auf die Beteiligung der Menschen am Erwerbsleben in beiden Gebieten. In Abbildung 7 sind die Daten zum Erwerbsleben für Baden-Württemberg und Thüringen zusammengestellt, sie basieren auf den Erhebungen des Mikrozensus bzw. der EG-Stichproben über Arbeitskräfte. Die Definitionen werden im i-Punkt „Definitionen und Begriffsbestimmungen“ näher erläutert.

Auffallend ist zunächst ein kontinuierlicher Bevölkerungs- und Erwerbspersonenzuwachs in Baden-Württemberg und ein ebenso kontinuierlicher Bevölkerungs- und Erwerbspersonenrückgang in Thüringen. Vor allem aber hat sich durch die erwähnte Konzentration der Ost-West-Umzüge auf Altersjahrgänge im erwerbsfähigen Alter ein überproportionales Auseinanderdriften bei den Erwerbspersonen eingestellt. Im Zeitraum 1991 bis 2021 hat in Baden-Württemberg die Zahl der Erwerbspersonen mit + 20,6 Prozent deutlich stärker zugenommen als die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit + 12,2 Prozent, und umgekehrt hat sich in Thüringen die Zahl der Erwerbspersonen mit – 26,2 Prozent erheblich kräftiger verringert als die Bevölkerung mit – 19,7 Prozent. Dementsprechend ist die Erwerbsquote, also der Anteil der Erwerbspersonen an der ortsansässigen Bevölkerung, in Baden-Württemberg kontinuierlich angestiegen (von 50,6 Prozent im Jahr 1991 auf 54,4 Prozent im Jahr 2021), in Thüringen tendenziell gesunken (von 55 Prozent im Jahr 1991 auf 50,5 Prozent im Jahr 2021). Trotzdem, und das ist genauso bemerkenswert, blieb die Erwerbsquote in Thüringen bis 2011 über derjenigen in Baden-Württemberg. Dies dürfte hauptsächlich auf die traditionell deutlich höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen in der früheren DDR zurückzuführen sein, die offensichtlich nach der Wende noch angehalten hat.

6) Statistisches Bundesamt: Geburtenziffer 2021 erstmals seit 2017 gestiegen. Pressemitteilung Nr. 326 vom 3. August 2022.

1 Definitionen und Begriffsbestimmungen

Die in den Abschnitten **Bevölkerung** und **Erwerbstätigkeit** verwendeten Begriffe folgen den Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

Zu den **Einwohnerinnen und Einwohnern** gehören demnach alle Personen (Deutsche und Ausländerinnen bzw. Ausländer), die in Deutschland bzw. im betreffenden Land ihren ständigen Wohnsitz haben, nicht jedoch die Angehörigen ausländischer Missionen und Streitkräfte. Die Einwohnerinnen und Einwohner werden in den VGR prinzipiell als Jahresdurchschnittszahl ausgewiesen. Die in den VGR verwendete Darstellung der **Erwerbstätigkeit** folgt dem Inlandskonzept (Erwerbstätige am Arbeitsort). Erfasst werden alle erwerbstätigen Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendlerinnen bzw. Einpendler in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Für die Zuordnung als Erwerbstätige ist es außerdem unerheblich, ob aus dieser Tätigkeit der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der oder die Erwerbstätige nur einmal gezählt (Personenkonzept). Grundlage für diese Definition bilden die von der International Labour Organization (ILO) aufgestellten Normen, die auch in das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 eingegangen sind.

Die im Abschnitt **Beteiligung am Erwerbsleben** dargestellten Größen beziehen sich stets auf die ortsansässige Bevölkerung (Inländer- oder Wohnortkonzept). Die verwendeten Begriffe entsprechen ebenfalls den Definitionen der International Labour Organization (ILO). Innerhalb der Bevölkerung ist zunächst zu unterscheiden zwischen Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen.

Die **Erwerbspersonen** setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen. **Erwerbstätige** im Sinne der ILO-Definition sind

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die mindestens 1 Stunde in der Woche gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen oder selbstständig ein Gewerbe, einen freien Beruf, ein Handwerk oder eine Landwirtschaft betreiben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitgliedes mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen. Einbezogen sind ferner Soldatinnen und Soldaten und Personen in Freiwilligendiensten. Als Erwerbstätige gelten auch Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (zum Beispiel Urlauber/-innen, Kranke, Streikende, Mutterschafts- und Elternurlauber/-innen, Schlechtwettergeldempfänger/-innen). Die Bedeutung des Ertrages der Tätigkeit für den Lebensunterhalt ist hierbei unerheblich.

Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit im Alter von 15 bis 74 Jahren, die sich in den letzten 4 Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, das heißt innerhalb von 2 Wochen für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob eine Person bei einer Arbeitsagentur als arbeitslos gemeldet ist oder nicht. Diese Abgrenzung folgt dem Labour-Force-Konzept der ILO. Die Unterschiede zwischen den Erwerbslosen und den **Arbeitslosen** der Bundesagentur für Arbeit sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitssuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine Tätigkeit von weniger als 15 Wochenstunden ausüben, nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose, sondern als Erwerbstätige.

Nichterwerbspersonen sind Personen, die im Berichtszeitraum weder erwerbstätig noch erwerbslos waren. Rentnerinnen und Rentner und Pensionärinnen und Pensionäre sowie Personen, die sich in Bildung befinden, werden ebenfalls den Nichterwerbspersonen zugeordnet.

Die im Abschnitt **Arbeitslosigkeit** untersuchten **Arbeitslosenquoten** sind definiert als registrierte Arbeitslose, bezogen auf die Anzahl der zivilen Erwerbspersonen zum Berichtsmonat Juli des betreffenden Jahres. Die Arbeitslosenquoten werden für den Wohnort der Arbeitslosen bzw. der Erwerbspersonen ermittelt.

Abbildung 7: Bevölkerung in Baden-Württemberg und Thüringen 1991 bis 2021 nach Beteiligung am Erwerbsleben

Jahr ^{1) 2)}	Baden-Württemberg					Thüringen					
	Bevölkerung insgesamt	davon				Bevölkerung insgesamt	davon				
		Erwerbspersonen					Nichterwerbspersonen	Erwerbspersonen			
		zusammen	davon		Erwerbslose ³⁾			zusammen	davon		Erwerbslose ³⁾
			Erwerbstätige	Erwerbslose ³⁾					Erwerbstätige	Erwerbslose ³⁾	
1000											
1991	9860	4991	4831	160	4869	2598	1428	1259	170	1170	
1996	10331	5119	4764	355	5212	2499	1319	1082	237	1180	
2001	10538	5229	4977	252	5309	2426	1282	1079	202	1144	
2006	10739	5525	5174	351	5214	2324	1235	1041	194	1089	
2011	10494	5530	5334	196	4964	2187	1174	1085	89	1014	
2016	10935	5973	5790	182	4962	2169	1110	1053	57	1059	
2021	11063	6018	5825	194	5045	2086	1054	1017	36	1032	
	Anteil an der Bevölkerung in Prozent										
1991	100	50,6	49,0	1,6	49,4	100	55,0	48,4	6,5	45,0	
1996	100	49,6	46,1	3,4	50,5	100	52,8	43,3	9,5	47,2	
2001	100	49,6	47,2	2,4	50,4	100	52,8	44,5	8,3	47,2	
2006	100	51,5	48,2	3,3	48,6	100	53,1	44,8	8,4	46,9	
2011	100	52,7	50,8	1,9	47,3	100	53,7	49,6	4,1	46,4	
2016	100	54,6	53,0	1,7	45,4	100	51,2	46,8	2,6	48,8	
2021	100	54,4	52,6	1,8	45,6	100	50,5	48,8	1,7	49,5	

1) Ab 2005: Umstellung auf ein unterjähriges Erhebungskonzept. Die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren (Berichtswochenkonzept) ist daher nur bedingt gegeben. – 2) Ab 2011: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. – 3) Ab 2005: Nur Erwerbslose, die kurzfristig, das heißt innerhalb von 2 Wochen für eine Beschäftigung verfügbar waren und in den letzten 4 Wochen aktiv eine Beschäftigung gesucht haben. – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Datenquellen: Mikrozensus, EG-Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte.

Nach den Daten des Mikrozensus hat sich nach der Wiedervereinigung die Zahl der in Baden-Württemberg wohnenden Erwerbstätigen ziemlich parallel zur Zahl der Erwerbspersonen entwickelt, der Zuwachs von 1991 auf 2021 betrug jeweils + 20,6 Prozent. Der Anteil der Erwerbslosen an der Bevölkerung war 2021 mit 1,8 Prozent ähnlich niedrig wie 1991 mit 1,6 Prozent; vor allem aus konjunkturellen Gründen haben sich während dieser gut 30 Jahre teilweise höhere Erwerbslosenquoten eingestellt, beispielsweise 1996 mit 3,4 Prozent. In Thüringen stellt sich die Situation ganz anders dar: Schon 1991 war die Erwerbslosenquote mit 6,5 Prozent merklich größer als in Baden-Württemberg und hat sich bis 1996 noch einmal auf 9,5 Prozent erhöht. Oder von einer anderen Seite betrachtet: Die Zahl der in Thüringen wohnenden Erwerbstätigen hat sich 1996 gegenüber 1991 um 177 000 Personen oder 14,1 Prozent verringert, der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung ist von 48,4 Prozent auf 43,3 Prozent zurückgegangen. Danach hat sich jedoch eine merkliche Entspannung eingestellt: Der Rückgang der Erwerbstätigenzahlen hat sich abgeflacht, die Erwerbslosenquote ist ziemlich stetig gesunken und hat 2021 mit nur noch 1,7 Prozent sogar den

Wert für Baden-Württemberg knapp unterschritten. Allerdings konnte der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in Thüringen 2021 mit 48,8 Prozent das Niveau von 1991 mit 48,4 Prozent nur leicht übertreffen, während für Baden-Württemberg in diesem Zeitraum eine Zunahme von 49 Prozent auf 52,6 Prozent ermittelt wurde. Die Abweichungen hängen letztlich mit den Unterschieden in den Erwerbsquoten zusammen, die auf die erwähnten Verschiebungen in der Altersstruktur beider Länder zurückzuführen sind. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung ist in Thüringen signifikant höher als in Baden-Württemberg.

Erwerbstätigkeit

In Abbildung 8 ist die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg und Thüringen dargestellt,⁷⁾ und zwar nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), das im i-Punkt „Definitionen und Begriffsbestimmungen“ näher erläutert ist. Dadurch bestehen konzeptionelle Abweichungen zu den in Abbildung 7 dargestellten, über den Mikrozensus erhobenen Erwerbstätigen-

7) Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021, Berechnungsstand November 2021/Februar 2022, a. a. O.

Abbildung 8: Erwerbstätige in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021

Jahr	Baden-Württemberg				Thüringen			
	Erwerbstätige	Entwicklung	Anteil an		Erwerbstätige	Entwicklung	Anteil an	
			Deutschland	Westdeutschland ¹⁾			Deutschland	Ostdeutschland ¹⁾
	1000	1991 = 100	Prozent		1000	1991 = 100	Prozent	
1991	5 174,5	100	13,3	17,0	1 227,6	100	3,2	18,1
1996	5 152,3	99,6	13,5	17,0	1 053,2	85,8	2,8	17,4
2001	5 556,7	107,4	13,9	17,2	1 057,7	86,2	2,7	18,0
2006	5 563,4	107,5	14,1	17,2	1 017,1	82,9	2,6	17,8
2011	5 803,6	112,2	14,0	17,1	1 049,3	85,5	2,5	17,9
2016	6 167,3	119,2	14,1	17,2	1 041,2	84,1	2,4	17,6
2021	6 307,0	121,9	14,0	17,1	1 018,5	83,0	2,3	17,2

1) Jeweils ohne Berlin.

Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; eigene Berechnungen.

zahlen. Über erhebungs- bzw. ermittlungstechnische Unterschiede hinaus ist zu beachten, dass die in Abbildung 8 dargestellten Erwerbstätigen dem Arbeitsort zugeordnet sind, während die in Abbildung 7 aufgeführten Erwerbstätigen, wie alle dort zusammengestellten Indikatoren, am Wohnort gezählt werden. Diese inhaltlichen Unterschiede spielen bei umfangreichen Berufspendlersalden eine erhebliche Rolle, so auch im Falle von Baden-Württemberg und Thüringen. Tatsächlich liegen die Zahlen der in Abbildung 8 dargestellten Erwerbstätigen am Arbeitsort Baden-Württemberg über die Jahre hinweg deutlich über den in Abbildung 7 aufgeführten Erwerbstätigen am Wohnort Baden-Württemberg, was den großen Saldo an Berufseinpendlenden in den Südwesten widerspiegelt. Umgekehrt verhält es sich bei Thüringen, das einen Saldo an berufsbedingt Auspendelnden in andere Länder aufweist.⁸⁾

Die Entwicklung beider Erwerbstätigenziffern ist weitgehend parallel verlaufen: Im Zeitraum 2021 gegenüber 1991 hat sich in Baden-Württemberg bei den über den Mikrozensus erfassten Erwerbstätigen am Wohnort (Abbildung 7) eine Zunahme um 20,6 Prozent ergeben, bei den im Rahmen der VGR ermittelten Erwerbstätigen am Arbeitsort (Abbildung 8) ein Anstieg um 21,9 Prozent. In Thüringen stehen sich Abnahmen um 19,2 Prozent (Mikrozensus/Wohnort) und 17 Prozent (VGR/Arbeitsort) gegenüber.

Die jährliche Entwicklung der Erwerbstätigen an den Arbeitsorten Baden-Württemberg und Thüringen bzw. West- und Ostdeutschland geht aus Abbildung 9 hervor. Auffallend ist vor allem der kräftige Rückgang der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland und in Thüringen zwischen 1991 und 1992: Ostdeutschland hat innerhalb eines Jahres 824 800 der bisher dort

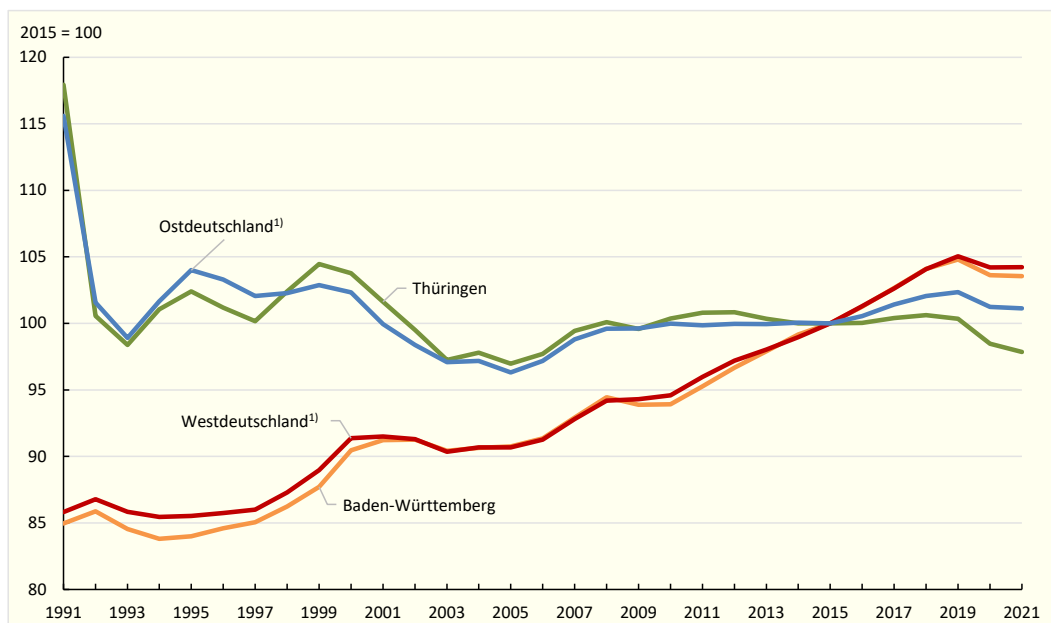
erwerbstätigen Personen verloren, das entspricht einem Rückgang um 12,1 Prozent. Ein Teil dieser zuvor im Osten erwerbstätigen Menschen hat einen Arbeitsplatz in Westdeutschland gefunden, die Zahl der dort Erwerbstätigen ist von 1991 auf 1992 um 340 900 Menschen oder um 1,1 Prozent angestiegen. Überdies zeigt die Wanderungsstatistik für die ersten beiden Jahre nach der Wiedervereinigung die umfangreichsten Umzüge von Ost- nach Westdeutschland (Abbildung 3). Ein nicht geringer Teil der 1991 noch in Ostdeutschland erwerbstätigen Männer und Frauen hat sich jedoch in der Arbeitslosigkeit wiedergefunden: Zwischen 1991 und 1992 hat sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland um 273 600 Menschen auf 1,279 Millionen Personen erhöht, das ist der höchste Arbeitslosenstand in den neuen Ländern. Allerdings ist in diesem Zeitraum auch die Arbeitslosenzahl im früheren Bundesgebiet angestiegen, wenn auch deutlich geringer um 102 800 Personen auf 1,699 Millionen Arbeitslose.

In Thüringen ist der Rückgang der dort beschäftigten Erwerbstätigen zwischen 1991 und 1992 mit – 14,7 Prozent noch drastischer ausgefallen als in Ostdeutschland, 180 800 Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren. Die Erwerbstätigenzunahme in Baden-Württemberg belief sich auf 56 700 Personen, das sind (wie in Westdeutschland) + 1,1 Prozent.

Von 1992 auf 1993 hat sich in West- und Ostdeutschland wie auch in Baden-Württemberg und Thüringen eine leichte Abnahme der Erwerbstätigkeit eingestellt. Bis 1995 sind im Zuge eines Zwischenhochs die Erwerbstätigenzahlen in Ostdeutschland und in Thüringen merklich angestiegen, aber in Westdeutschland und in Baden-Württemberg leicht zurückgegangen. Danach ging es in Westdeutschland

8) Münzenmaier, Werner/Weiß, Reinhold: Auswirkungen einer geänderten Lohnsteuerzerlegung – Quantifizierung pendlerbedingter Zerlegungseffekte und Bedeutung der zentralen Lohnsteuerabführung. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistische Analysen, Heft 2/2014. Stuttgart, April 2015.

Abbildung 9: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg und in Thüringen 1991 bis 2021



1) Jeweils ohne Berlin.
 Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

und in Baden-Württemberg bis 2001/2002 kontinuierlich nach oben, während in Ostdeutschland und Thüringen, nach ausgeprägten Schwankungen und einem konjunkturbedingten Rückgang nach 1999, im Jahr 2002 das Niveau von 1993 ungefähr wieder erreicht wurde. Die nachfolgende Erholung verlief dann in den vier Vergleichsgebieten bis 2008 recht parallel. Im Anschluss hat sich bis 2018/2019 in Westdeutschland und in Baden-Württemberg ein ausgesprochen kontinuierlicher Erwerbstätigenaufbau eingestellt, während vor allem in Thüringen der Erwerbstätigenstand stagniert hat. Der anschließende Rückgang der Erwerbstätigkeit bis 2021 war dann in Ostdeutschland und insbesondere in Thüringen wieder ausgeprägter als im Westen.

Betrachtet man die ökonomischen Hintergründe, ist es keinesfalls so, dass im Osten nach der Wiedervereinigung kein wirtschaftlicher Aufbau stattgefunden hat. So ist im Zeitraum 1991 bis 2005 das reale, also preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland um stattliche 65,8 Prozent und in Thüringen sogar um 79,8 Prozent angestiegen, in Westdeutschland und in Baden-Württemberg ist das Wirtschaftswachstum mit jeweils +14,9 Prozent deutlich geringer ausgefallen. Im sich anschließenden Zeitraum 2005 bis 2021 ist dann das Wachstum mit +20,7 Prozent in Westdeutschland und +25,8 Prozent in Baden-Württemberg etwas kräftiger gewesen als in Ostdeutschland mit +18,6 Prozent und in Thüringen mit +17,1 Prozent.⁹⁾ Dass die Er-

werbstätigenentwicklung im Osten mit der starken gesamtwirtschaftlichen Aufbauphase nicht Schritt halten konnte, ist durch eine im Zuge der technologischen und wirtschaftlichen Transformation erfolgte massive Produktivitätssteigerung zu erklären. Allein zwischen 1991 und 1994 ist die Arbeitsproduktivität, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, in Ostdeutschland um 56,5 Prozent und in Thüringen sogar um 73,1 Prozent angestiegen, während sie in Baden-Württemberg und in Westdeutschland stagniert hat. Zwischen 1991 und 2005 waren es in Ostdeutschland +98,9 Prozent und damit mehr als elfmal so viel wie in Westdeutschland mit +8,8 Prozent, und in Thüringen mit +118,5 Prozent sogar 16-mal so viel wie in Baden-Württemberg mit +7,6 Prozent. Nach 2005 lagen die Veränderungsraten der Arbeitsproduktivität in den vier Vergleichsgebieten wieder näher beieinander. Dennoch beliefen sich im gesamten Zeitraum 1991 bis 2021 die Produktivitätssteigerungen in Ostdeutschland mit +115,8 Prozent auf das 8,1-fache der entsprechenden Ausweitungen in Westdeutschland mit +14,3 Prozent. Und in Thüringen war es mit +153,7 Prozent das 8,3-fache im Vergleich zu Baden-Württemberg mit +18,5 Prozent.

Arbeitslosigkeit

Der Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland und Thüringen hat erhebliche Auswirkungen auf die Er-

9) Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021, Berechnungsstand November 2021/Februar 2022, a. a. O.

werbs- und Arbeitslosigkeit. Dies geht bereits aus den Erwerbslosenzahlen für Thüringen hervor, die in Abbildung 7 für ausgewählte Jahre wiedergegeben wurden. Betrachtet man die Erwerbslosenquote als Anteil der Erwerbslosen an der Bevölkerung in allen Jahren, so wurden in Thüringen in den Jahren 1993 und 1998 mit 10 Prozent ausgesprochen hohe Werte ermittelt, 1991 waren es noch 6,5 Prozent. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg waren es 1,6 Prozent im Jahr 1991, dann 3 Prozent im Jahr 1993 und 3,6 Prozent im Jahr 1998.

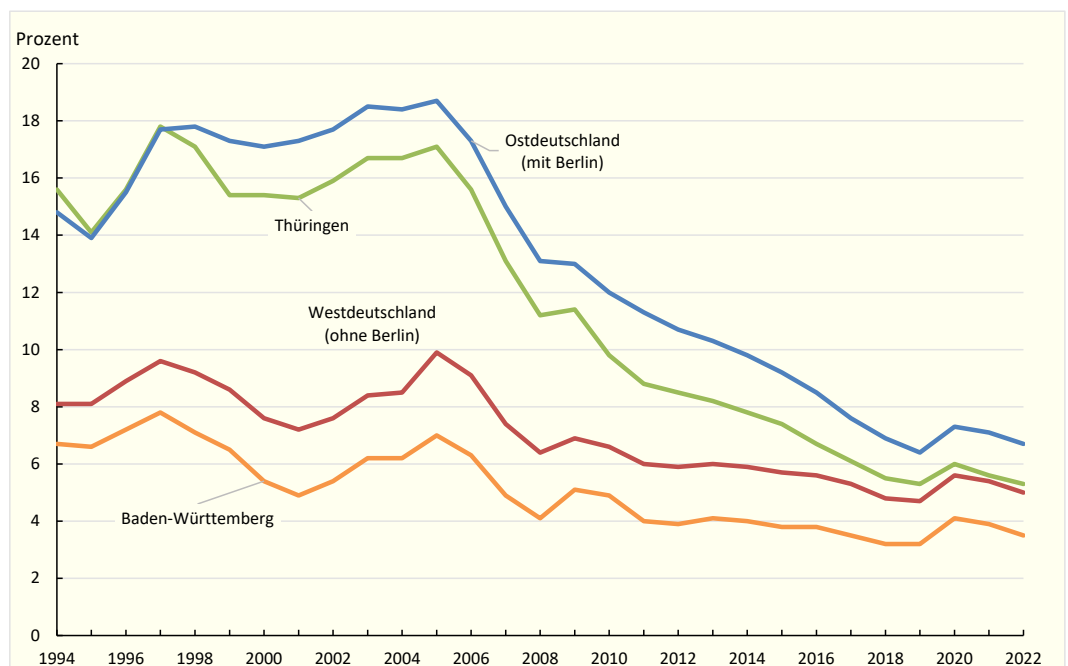
Für die Jahre 1991 bis 1993 sind Arbeitslosenquoten in der Definition „Arbeitslose je abhängige zivile Erwerbspersonen“ für die beiden Teilgebiete Deutschlands verfügbar. Die so definierte Arbeitslosenquote ist in Westdeutschland (ohne Berlin) von 6,2 Prozent im Jahr 1991 über 6,4 Prozent und 8 Prozent in den Jahren 1992 und 1993 auf 9 Prozent im Jahr 1994 angestiegen. In Ostdeutschland (mit Berlin) war das Niveau deutlich höher, außerdem der Anstieg, ausgehend von 10,2 Prozent im Jahr 1991 über 14,4 Prozent (1992) und 15,4 Prozent (1993) bis 15,7 Prozent im Jahr 1994 etwas steiler.

Für die Jahre ab 1994 liegen Arbeitslosenquoten in der Definition „Arbeitslose je zivile Erwerbspersonen insgesamt“ für alle Länder vor. Die so bestimmte Arbeitslosenquote ist im i-Punkt „Definitionen und Begriffsbestimmungen“ näher erläutert, die Zahlen für

West- und Ostdeutschland bzw. Baden-Württemberg und Thüringen finden sich für den Zeitraum 1994 bis 2022 in Abbildung 10. Im ersten dort aufgezeichneten Jahr 1994 waren die Arbeitslosenquoten in Thüringen (15,6 Prozent) und in Ostdeutschland mit Berlin (14,8 Prozent) ungefähr doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg (6,7 Prozent) und in Westdeutschland ohne Berlin (8,1 Prozent). Nach einem Rückgang im Jahr 1995 auf 14,1 Prozent in Thüringen bzw. 13,9 Prozent in Ostdeutschland folgte bis 1997 ein deutlicher Anstieg auf 17,8 Prozent in Thüringen und 17,7 Prozent in Ostdeutschland. Während damit für Thüringen bereits die höchste Quote erreicht würde, ging es in Ostdeutschland mit Unterbrechungen weiter nach oben bis auf 18,7 Prozent im Jahr 2005. Überhaupt hat sich die Arbeitslosigkeit in Thüringen danach günstiger entwickelt und lag, bei ansonsten parallelem Verlauf, immer unter dem Niveau in Ostdeutschland. 2022 erreichte die Arbeitslosenquote in Thüringen den (vorläufigen) Tiefpunkt mit 5,3 Prozent gegenüber 6,7 Prozent in Ostdeutschland.

In Westdeutschland und in Baden-Württemberg ist die Arbeitslosenquote über die Jahre hinweg, trotz deutlich ausgeprägter konjunktureller Schwankungen, insgesamt gesehen ruhiger verlaufen und immer unter dem Niveau von Ostdeutschland und Thüringen geblieben. Im Zeitraum 1998 bis 2005 betrug die Abstände zwischen Ost- und Westdeutschland 8,6 Prozentpunkte (1998) bis 10,2 Pro-

Abbildung 10: Entwicklung der Arbeitslosenquoten^{*)} in Baden-Württemberg und in Thüringen 1994 bis 2022



^{*)} Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen.
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.

zentpunkte (2001 und 2002), zwischen Thüringen und Baden-Württemberg 8,9 Prozentpunkte (1999) und 10,5 Prozentpunkte (2002 bis 2004). Danach hat sich im Zuge einer unübersehbaren Entspannung im Osten eine schrittweise Annäherung ergeben – in den Jahren 2020 bis 2022 lagen die Arbeitslosenquoten in Thüringen nur noch um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland; gegenüber Baden-Württemberg haben sich die Unterschiede auf 1,7 bis 1,9 Prozentpunkte verringert. Auffallend ist schließlich, dass im Rahmen der unterschiedlichen Trends die konjunkturbedingten Schwankungen schon ab 1997, besonders deutlich aber ab 2001 in Ost- und Westdeutschland bzw. in Thüringen und in Baden-Württemberg etwa gleich ausgeprägt waren.

Unter allen Ländern haben Bayern und Baden-Württemberg im gesamten Betrachtungszeitraum die geringsten Arbeitslosenquoten aufgewiesen, in den Jahren 2001 bis 2008 waren sie in Baden-Württemberg sogar am niedrigsten. Im Osten wurden unter den Flächenländern in den Jahren 1994 bis 1997 in Brandenburg und in Sachsen und außerdem in Berlin die geringsten Arbeitslosenquoten gemessen, ab 1998 war Thüringen das ostdeutsche Land mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten. Auch gegenüber den westdeutschen Flächenländern Nordrhein-Westfalen (ab 2013) und Saarland (ab 2016) sowie den beiden anderen Stadtstaaten Bremen (ab 2008) und Hamburg (ab 2016) hat Thüringen insoweit besser abgeschnitten. Das gute Ranking Thüringens wird allerdings durch die Nähe zu den westdeutschen Ländern Niedersachsen, Hessen und Bayern begünstigt, in denen viele Berufspendelnde mit Wohnsitz in Thüringen Arbeit finden. Aus diesen Gründen werden seit langem in den Landkreisen Eichsfeld, Wartburgkreis, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg und Saale-Holzland-Kreis mit die niedrigsten Arbeitslosenquoten Thüringer Kreise registriert.

Zusammenfassung

Wachsen die bis 1990 getrennten Teile Deutschlands nach über 30 Jahren inzwischen zusammen? Oder haben sich Unterschiede verfestigt? Diesen Fragen wird im vorliegenden Beitrag mit besonderem Blick auf die beiden Länder Baden-Württemberg und Thüringen anhand demografischer und ökonomischer Eckdaten nachgegangen.

Zwischen 1991 und 2021 hat, wesentlich bedingt durch umfangreiche Ost-West-Binnenwanderungen, in Westdeutschland eine Bevölkerungszunahme (+ 8,2 Prozent) und in Ostdeutschland ein Bevölkerungsrückgang (– 14,7 Prozent) stattgefunden;

innerhalb beider Teilgebiete war der Bevölkerungsaufbau in Baden-Württemberg mit + 12,2 Prozent überdurchschnittlich stark ausgeprägt, ebenso der Bevölkerungsabbau in Thüringen mit – 18,4 Prozent. Die Umzüge von Ost- nach Westdeutschland waren vor allem in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung (1991: 229 200 Personen), außerdem im Zuge eines wirtschaftlichen Aufschwungs in Westdeutschland um die Jahrtausendwende (2001: 192 000 Personen) besonders umfangreich. Danach haben sie stetig abgenommen und sich inzwischen bei unter 90 000 Personen pro Jahr eingependelt. Dagegen haben sich die Umzüge von West- nach Ostdeutschland ab 1992 auf deutlich niedrigerem Niveau und vor allem in sehr engen Bandbreiten (zwischen 83 000 und 100 000 Personen) bewegt, wodurch sich in den letzten Jahren sogar ein leichter Wanderungsgewinn der neuen Länder eingestellt hat. Die Wanderungsbewegungen haben sich also deutlich normalisiert, es hat eine Annäherung stattgefunden. Dennoch: Im Zeitraum 1990 bis 2021 hat Westdeutschland durch Binnenwanderung netto 1,57 Millionen neue Einwohnerinnen und Einwohner aus Ostdeutschland gewonnen, das sind immerhin 10,6 Prozent bezogen auf die Bevölkerungszahl Ostdeutschlands im Jahr 1991 und entspricht mehr als der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Münchens (1,49 Millionen).

Thüringen hat, gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, über die Jahre hinweg besonders viele Einwohnerinnen und Einwohner verloren – und zwar nicht nur an westdeutsche Länder wie vor allem Bayern und Hessen, aber auch Baden-Württemberg, sondern ebenso an ostdeutsche Länder, insbesondere Sachsen. In den letzten Jahren war jedoch auch in Thüringen der Wanderungssaldo zu einzelnen westdeutschen Ländern ausgeglichen oder leicht positiv. Baden-Württemberg hat seit der Wiedervereinigung zahlreiche ehemalige Bürgerinnen und Bürger ostdeutscher Länder aufgenommen.

Die Wanderungsbewegungen zwischen Baden-Württemberg und Thüringen entsprechen ziemlich genau dem Muster der Ost-West-Binnenwanderungen: Umfangreiche Fortzüge aus Thüringen nach Baden-Württemberg vor allem 1991 (7 460 Personen) und um die Jahrtausendwende (2001: 6 170 Personen), relativ gleichbleibende Fortzüge aus Baden-Württemberg nach Thüringen (zwischen knapp 2 000 und gut 3 000 Personen) und ein zuletzt ausgeglichener oder sogar leicht positiver Wanderungssaldo Thüringens.

Auffallend bei den Umzügen von Ost- nach Westdeutschland ist die Konzentration auf jüngere Altersgruppen. Beispielsweise waren in den ersten

Jahren nach der Wiedervereinigung gut ein Fünftel bis über ein Viertel aller von Thüringen nach Baden-Württemberg umgezogenen Menschen jünger als 18 Jahre, und über die Jahre hinweg machten die 18- bis unter 25-Jährigen ein Viertel bis ein Drittel der Übersiedlerinnen und Übersiedler von Thüringen nach Baden-Württemberg aus. Der Zuzug dieser und weiterer erwerbsaktiver Altersgruppen in den Südwesten war vor allem in wirtschaftlichen „Boomjahren“ recht ausgeprägt. Die damit einhergehenden Verschiebungen in der Altersstruktur beider Länder haben Auswirkungen auf wichtige Lebensbereiche.

So hat sich durch den Umzug von Kindern bzw. jungen Menschen der Anteil von Frauen und Männern im Alter der Familiengründungsphase im Westen dauerhaft erhöht, im Osten verringert. Darüber hinaus hat sich die zusammengefasste Geburtenziffer, die 1990 in Ostdeutschland noch höher lag als in Westdeutschland (1,52 gegenüber 1,45 Geburten je Frau), unmittelbar nach der Wende in Ostdeutschland fast halbiert und 1995 mit 0,84 den Wert in Westdeutschland (1,34) deutlich unterboten. Diese Diskrepanz hat sich in den Folgejahren zwar verringert und in einzelnen Jahren sogar umgekehrt, inzwischen liegt der Westen aber wieder vorne. Im Ergebnis hat die Zahl der Lebendgeborenen zwischen 1990 und 2021 in Baden-Württemberg lediglich um 4,2 Prozent, in Thüringen aber um stattliche 46,6 Prozent abgenommen.

Die Veränderungen im Altersaufbau im Zuge der Ost-West-Binnenwanderungen haben sich außerdem auf die Beteiligung der Menschen am Erwerbsleben ausgewirkt. Zwischen 1991 bis 2021 hat die Zahl der Erwerbspersonen in Baden-Württemberg (+ 20,6 Prozent) deutlich stärker zugenommen als die Bevölkerung (+ 12,2 Prozent), in Thüringen war die Entwicklung mit einem Erwerbspersonenrückgang um 26,2 Prozent bei einem Bevölkerungsabbau um 19,7 Prozent gerade umgekehrt. Dementsprechend hat in diesem Zeitraum die Erwerbsquote in Baden-Württemberg tendenziell zu-, in Thüringen tendenziell abgenommen.

Ein beträchtlicher Teil der in Thüringen lebenden Menschen im erwerbsfähigen Alter geht seiner täglichen Arbeit in einem anderen Land nach. Die Zahl der in Thüringen wohnenden Berufspendlerinnen und Berufspendler ist, durch die Nähe zu benachbarten westdeutschen Ländern, sogar recht hoch. Umgekehrt verhält es sich in Baden-Württemberg mit einem starken Sog an einpendelnden Beschäftigten. Die Erwerbstätigen am Arbeitsort haben im Zeitraum 1991 bis 2021 in Baden-Württemberg um 21,9 Prozent zu-, in Thüringen um 17 Prozent abgenommen. Dabei

hat sich in Thüringen allein zwischen 1991 und 1993 mit – 16,6 Prozent bzw. einem Arbeitsplatzabbau um 203 500 Menschen ein besonders starker Rückgang der Erwerbstätigenzahlen eingestellt. Nach verschiedenen Auf- und Abschwungphasen wurde 2021 mit 1,02 Millionen Erwerbstätigen der Stand von 1993 fast wieder erreicht. In Baden-Württemberg hat die Zahl der Erwerbstätigen im Rahmen konjunktureller Schwankungen von 1991 bis 2021 um 21,9 Prozent zugenommen, begünstigt durch den Zustrom zahlreicher Menschen, die zuvor in Ostdeutschland gelebt und gearbeitet haben.

Obwohl der drastische Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland durch den Umzug erwerbsfähiger Menschen in westdeutsche Länder bzw. ins Ausland abgemildert wurde, ist die Arbeitslosigkeit im Osten erheblich angewachsen. Die Arbeitslosenquoten betragen 1994 in Thüringen (15,6 Prozent) und in Ostdeutschland (14,8 Prozent) ungefähr das Doppelte wie in Baden-Württemberg (6,7 Prozent) bzw. in Westdeutschland (8,1 Prozent). Die höchste Arbeitslosenquote wurde in Thüringen 1997 mit 17,8 Prozent erreicht, in Ostdeutschland 2005 mit 18,7 Prozent. Danach erfolgte im gesamten Osten im Zuge gesamtwirtschaftlicher Verbesserungen eine merkliche Entspannung mit einer Arbeitslosenquote 2022 in Thüringen von 5,3 Prozent und in Ostdeutschland von 6,7 Prozent. Seit 1998 kann Thüringen die geringste Arbeitslosenquote aller ostdeutschen Länder für sich verbuchen. In Westdeutschland und in Baden-Württemberg sind die Arbeitslosenquoten immer niedriger gelegen als in Ostdeutschland bzw. in Thüringen. Zuletzt haben sich jedoch die Abstände von Thüringen zu Westdeutschland auf 0,3 Prozentpunkte und zu Baden-Württemberg auf 1,8 Prozentpunkte im Jahr 2022 erheblich verringert.

In der Gesamtbetrachtung kann festgestellt werden: Es gibt Bereiche, bei denen sich Ost- und Westdeutschland bzw. Thüringen und Baden-Württemberg nach anfangs erheblichen Unterschieden deutlich angeglichen haben, so beim Saldo der Binnenwanderungen und bei der Arbeitslosenquote. Gleichwohl haben die Netto-Abwanderungen über die Jahre in Ostdeutschland eine beträchtliche Lücke hinterlassen: Nicht nur in der beachtlichen Größenordnung von 1,57 Millionen Menschen, sondern auch in der Verschiebung der Altersstruktur mit Gewinnen Westdeutschlands an jungen Menschen im Alter der Familiengründung und der Erwerbsfähigkeit. Innerhalb Westdeutschlands hat Baden-Württemberg bei den hier untersuchten Indikatoren besser, innerhalb Ostdeutschlands hat Thüringen – abgesehen von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit – eher schlechter abgeschnitten.

TROCKENE ZAHL

210

GASTHÖRERINNEN UND GASTHÖRER

MELDETEN DIE THÜRINGER HOCHSCHULEN FÜR
DAS WINTERSEMESTER 2022/23

(DAS DURCHSCHNITTSALTER BETRUG 57,0 JAHRE)



Foto: BS/Destatis

Ruth Brand ist seit 2023 Präsidentin des Statistischen Bundesamts und Bundeswahlleiterin.

Seit Jahresbeginn führt die Wirtschaftswissenschaftlerin Dr. Ruth Brand das Statistische Bundesamt (Destatis).

Sie kam 2001 in die Organisation und kennt die Behörde wie ihre eigene Westentasche. Warum sie trotzdem Zeit zur Einarbeitung braucht und wie sich die Arbeit bei Destatis verändert hat, erklärt sie im Gespräch mit Dr. Eva-Charlotte Proll und Matthias Lorenz.

Amtliche Statistik ist ein Gemeinschaftswerk

Dr. Ruth Brand über Statistik, Kommunikation und Online-Wahlen im Interview mit dem **Behörden Spiegel** ^{*)}

Behörden Spiegel: Frau Brand, Sie sind jetzt wenige Monate im Amt, waren aber bereits fast 20 Jahre beim Statistischen Bundesamt. Sie konnten direkt loslegen, oder?

Brand: Ich habe mir bewusst die Zeit genommen, um mit allen Bereichen des Hauses zu sprechen. Ich habe zwar lange hier gearbeitet, war dann aber drei Jahre Präsidentin des Beschaffungsamtes des BMI. In dieser Zeit hat sich sehr viel verändert, bedingt durch die Corona-Krise oder durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Auch das Statistische Bundesamt hat darauf reagiert: Es hat neue statistische Bedarfe gedeckt, seine Statistiken verändert und insbesondere schneller gemacht. Die reguläre Veröffentlichung des BIP erfolgt jetzt schon nach 30 anstatt nach 45 Tagen. Die Veröffentlichung der Sterbefallzahlen ist sehr viel schneller geworden. Die Kolleginnen und Kollegen haben in den letzten drei Jahren sehr viel geleistet. Ich bin hier gut angekommen, lerne aber jeden Tag etwas Neues.

Behörden Spiegel: Das BMI übt die Dienstaufsicht über Destatis aus, in fachlichen Fragen untersteht das Amt der Fachaufsicht der jeweiligen Bundesministerien. Wie führt man eine solche Behörde mit 2400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich?

Brand: Indem man auf ihr Knowhow setzt, mit ihnen spricht und ihnen zuhört, sich dann berät und gemeinsam entscheidet. Man selbst gibt die Leitlinien vor, aber innerhalb jedes Fachbereichs müssen die Expertinnen und Experten wissen, was sie tun. Deswegen habe ich in den ersten Tagen viele Gespräche geführt. Viele Dinge kenne auch ich nicht, also können wir nur gemeinsam erfolgreich sein. Wir sind eine bunte Behörde. Man muss akzeptieren, dass jeder in seinem Fachbereich vernetzt ist. Dies ist die Stärke von Destatis.

Behörden Spiegel: Welche persönlichen Schwerpunkte möchten Sie denn in Ihrer Amtszeit setzen?

Brand: Wir sind der führende Anbieter hochwertiger statistischer Informationen und das müssen wir auch in einer sich ständig wandelnden Umwelt bleiben. Wir müssen dieses Datenangebot bei gleichmäßig hoher Qualität liefern. Dabei gilt es, die neuen Rahmenbedingungen wie Open Data nicht nur zu berücksichtigen, sondern auch aktiv umzusetzen und zu fördern. Wir unterstützen auch die Verwaltungsmodernisierung, etwa mit dem Basisregister für Unternehmen. Das wird sicherlich auch weiterhin ein Schwerpunkt sein. Ganz wesentlich für mich ist es aber, dass wir uns gemeinsam im Amt mit unseren Stärken weiterentwickeln. Und zwar so, dass wir uns an geänderte Bedarfe und an geänderte Umweltbedingungen anpassen können. Dies ist ein zentraler Schwerpunkt der nächsten Jahre. Dazu zählt, dass faktenbasiertes Wissen für die gesamte Bevölkerung verständlich und leicht zugänglich dargestellt wird. Auch hier stehen wir vor einer Herausforderung, die mit dem gesellschaftlichen Wandel nicht zu unterschätzen ist.

Behörden Spiegel: Was meinen Sie mit geänderten Bedarfen und Umweltbedingungen?

Brand: Ich denke hier beispielsweise an geänderte Informationsbedürfnisse. Menschen möchten heute anders informiert werden als vor 20 Jahren und übrigens auch anders als vor fünf Jahren. Wenn ich hingegen fünf Jahre in die Zukunft blicke, kann es wieder völlig andere Soziale Medien geben, über die wir mit den Menschen in Deutschland in Kontakt treten müssen. Darüber hinaus können sich auch wirtschaftliche oder finanzielle Rahmenbedingungen ändern. Diese Dinge stellen für uns unsere Umwelt dar, weil wir ja auch Daten von Unternehmen und Behörden bekommen.

^{*)} Der Artikel ist erstmalig im Behörden Spiegel, Ausgabe Mai 2023, unter dem Titel „Häufiger stärker verteidigen“ - Dr. Ruth Brand über Statistik, Kommunikation und Online-Wahlen, erschienen. Das Thüringer Landesamt für Statistik dankt Frau Brand und dem Behörden Spiegel für die freundliche Nachdruckgenehmigung

„Wir müssen unser Knowhow ständig anpassen.“

Behörden Spiegel: Sie haben gerade angesprochen, dass Menschen heute anders informiert werden wollen. Müssen Sie denn die Fakten, die Sie publizieren, heutzutage auch stärker verteidigen?

Brand: Wir müssen sie häufiger stärker verteidigen. Schon immer sind in der Gesellschaft kritische Diskussionen geführt worden, denken Sie an die Euro-Teuro-Debatte bei der Währungsumstellung. Diese Debatten haben sich aber meist auf einzelne Punkte beschränkt und sind viel sachorientierter geführt worden. Heutzutage merkt man, dass Statistiken in den Sozialen Netzwerken häufig auf eine nicht sehr fundierte Art und Weise angegriffen werden. Der Aufwand, sich damit auseinanderzusetzen, wird sehr viel höher. Hierfür müssen wir auch sehr viel mehr Personal einsetzen. Trotzdem setzen wir stark auf Social Media, weil wir ja auch junge Menschen erreichen wollen.

Behörden Spiegel: Welche Auswirkungen hat das?

Brand: Früher war das Schlimmste, was passieren konnte, der Journalist, der noch kurz vor dem Wochenende etwas haben wollte. Heute müssen wir auch am Wochenende die Sozialen Medien beobachten. Das gab es früher nicht. Hierbei ist es wichtig, dass man objektiv und neutral bleibt, weil wir alle Menschen mitnehmen wollen. Wenn aber Sachen falsch dargestellt oder missbräuchlich verwendet werden, ist es unsere Aufgabe, einzuschreiten, Dinge klarzustellen und Falschinformationen entgegenzuwirken.

Behörden Spiegel: Wie läuft die Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder?

Brand: Im Vergleich zu vielen anderen Bereichen arbeiten wir sehr eng mit unseren Partnern in den Ländern zusammen. Amtliche Statistik ist immer eine Art Gemeinschaftswerk, weil rund zwei Drittel der Bundesstatistiken dezentral sind. Im Übrigen verlangt das Bundesstatistikgesetz auch ganz klar nach Arbeitsteilung. Das Statistische Bundesamt entwickelt eine einheitliche Methodik und sorgt für

die termingerechte Durchführung. Wir machen also die methodische und technische Vorbereitung und koordinieren und veröffentlichen die Statistiken für die Bundeszwecke. Die Datenerhebung sowie die -aufbereitung liegen bei den dezentralen Bundesstatistiken immer im Bereich der Länder. Damit die Zusammenarbeit gelingt, pflegen wir enge Austauschformate wie Amtsleitungskonferenzen und Gremien auf Arbeitsebene. Die Amtsleitungskonferenz existiert schon seit den 1950er-Jahren. Uns eint das gemeinsame Ziel, die Nutzerinnen und Nutzer in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit guten Informationen zu versorgen. Wir auf Bundeseite schätzen den Perspektivwechsel, den die Länder reinbringen, immer sehr. Das dient auch der Qualitätssicherung, weil man in einer Gemeinschaft aufeinander achtet und miteinander diskutiert, sich also gegenseitig nach vorne bringt. Insofern können wir auch die Chancen der Verwaltungsmodernisierung mit den Ländern gemeinsam nutzen.

Behörden Spiegel: Wo liegen die Potenziale der Digitalisierung für die Ausführung der Aufgaben der amtlichen Statistik?

Brand: Die Potenziale sind ziemlich groß. Wir können durch digitale Formate wie Open Data eine Menge erreichen. Im Bereich der Datengewinnung liegt viel Potenzial, weil durch die Digitalisierung der Gesellschaft neue Datenquellen anfallen, die wir nutzen können. Ein aktuelles Beispiel ist der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex. Dazu kommt, dass wir nun auch neue Endgeräte für unsere Erhebungen einsetzen können. Besonders im Bereich der Haushaltsbefragungen nutzen wir inzwischen Erhebungen, bei denen die Menschen ihre Antworten auf dem Smartphone geben können. Hier geht es unter anderem um Tagebuch-gestützte Erhebungen, die ungleich komplexer sind als beispielsweise der Zensus. So gesehen bietet die Digitalisierung sehr viele Chancen, aber es braucht die Ressourcen dafür. Wir müssen unser Know-how ständig anpassen. Solche Daten müssen nämlich teilweise anders analysiert oder aufbereitet werden.

Behörden Spiegel: Gibt es bei Ihnen im Haus den klassischen Statistiker? Was macht ihn aus?

Brand: Natürlich gibt es bei uns noch den klassischen Statistiker und die klassische Statistikerin. Diese müssen die Theorie ihres Arbeitsbereiches beherrschen. Hier geht es um ein statistisch-theo-

retisches Methodenwissen. Sie müssen die Verfahren zur Datengewinnung kennen und sich immer über aktuelle Entwicklungen in ihrem Fachgebiet informieren, weil sich die Datenerhebung in den letzten Jahren, wie eben beschrieben, stark verändert hat. Die privaten Haushalte bevorzugen inzwischen andere Medien, die Gesellschaft hat sich verändert. Daneben braucht man ein gutes Verständnis von IT, denn Statistik ist digital. Die Umsetzung muss also die Umsetzung in einem IT-Projekt sein. Für die Auswertung sind Kenntnisse in den entsprechenden Programmen vonnöten, beispielsweise SAS oder R. Man muss bereit sein, sich mit neuen Dingen wie KI oder Machine Learning auseinanderzusetzen. Im digitalen Zeitalter ist es wichtig, den Spaß an der Sache zu behalten, die Motivation und die Kreativität. Wir erlernen neue Kenntnisse und reagieren so auf die veränderte Umwelt. Deshalb ist unser Haus auch so vielfältig. Und deswegen gibt es heute viele Berufsfelder, die Statistikerinnen und Statistiker ausmachen. Ich rede hier von der klassischen Mathematikerin genauso wie vom Data Scientist.

Behörden Spiegel: Sie üben auch die Funktion der Bundeswahlleiterin aus. Steigt die Gefahr der Sabotage von Wahlen?

Brand: Dass eine Wahl wirklich angegriffen wird, ist aufgrund des Wahlprozesses sehr schwierig. Es werden sehr unterschiedliche rechtliche und organisatorische Vorkehrungen getroffen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ist ein wichtiger Partner, genauso wie die anderen Wahlorgane, mit denen wir uns eng abstimmen. Der Wahlakt selbst kann nicht angegriffen werden, weil die Stimmabgabe nach wie vor analog auf Zetteln erfolgt. Auch bei der Briefwahl ist alles immer auf Papier dokumentiert. Über das Wählerregister stellt man sicher, dass es keine Doppelungen gibt oder gefälschte Briefwahlstimmen abgegeben werden können. Natürlich könnte man die Auszählung angreifen. Diese erfolgt aber öffentlich im Wahllokal, was ein wichtiger Schutz ist. Es ist eine bewusste Entscheidung, dass wir in Deutschland analog wählen. Denn wir möchten auch die Möglichkeit der Nachzählung erhalten.

Behörden Spiegel: Also eher keine E-Voting-Option bei der nächsten Bundestagswahl?

Brand: Ich schließe nichts aus, aber in der näheren Zukunft sehe ich das nicht. Online-Wahlen sind ein sehr komplexes Thema. Sie haben Vor- und Nachteile. Für die Bundestags- und Europawahlen haben wir uns aber entschieden, aufgrund gewichtiger rechtlicher und technischer Gründe nicht dafür zu votieren. Experten sind sich einig, dass es bis zur Einführung eines E-Votings für bundesweite Wahlen noch ein weiter Weg ist. Der Hauptgrund war und ist, dass nach den Wahlvorschriften die Bundestags- und Europawahlen wirklich geheim und frei erfolgen müssen. Dies müssen wir sicherstellen. Deswegen müssen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes alle wesentlichen Schritte der Wahl öffentlich nachvollziehbar sein. Das ist bei Online-Wahlen derzeit nicht umsetzbar.

„E-Voting bei Bundestagswahlen sehe ich in näherer Zukunft nicht. Online-Wahlen sind ein sehr komplexes Thema.“

Behörden Spiegel: Warum sind Sie dem Staat so lange treu?

Brand: Ich arbeite gerne für die Allgemeinheit. Mir ist es genauso wie vielen jungen Leuten wichtig, dass ich etwas tue, in dem ich einen Sinn sehe. Deshalb arbeite ich gerne für den Staat und bin stolz darauf. Es ist für mich ein Ansporn, mit der Verbreitung von Fakten dazu beizutragen, dass unsere Gesellschaft funktioniert und wir in einer wissenschaftsbasierten Demokratie leben.

TROCKENE ZAHL

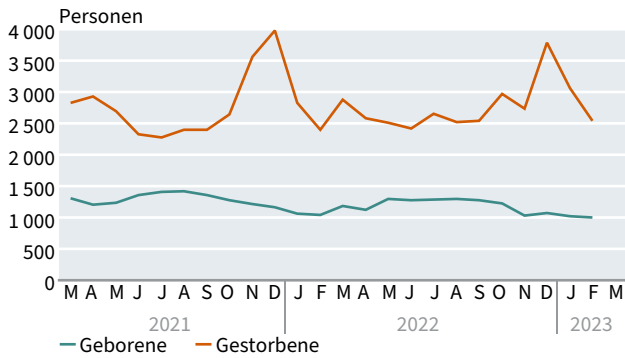
660
PERSONEN

MIT ANERKANNTER STAATENLOSIGKEIT WURDEN AM
JAHRESENDE 2022 IN THÜRINGEN ERFASST

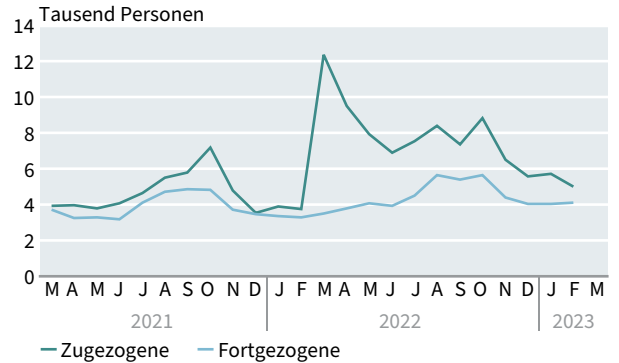
(DEUTSCHLANDWEIT WAREN ES 29 455 PERSONEN)

GRAFIKEN

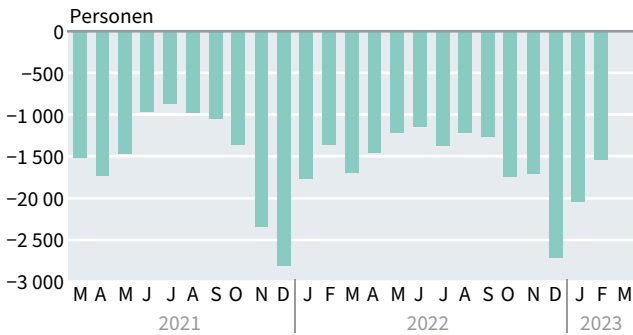
Geborene und Gestorbene



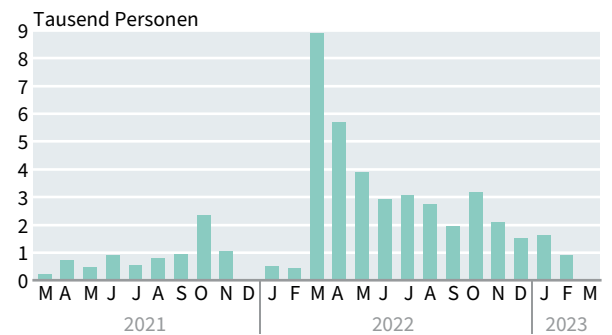
Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene



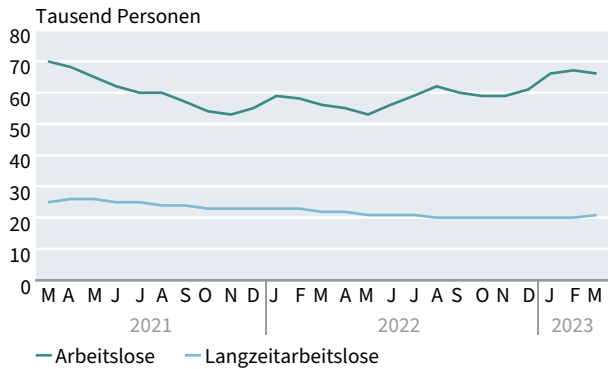
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



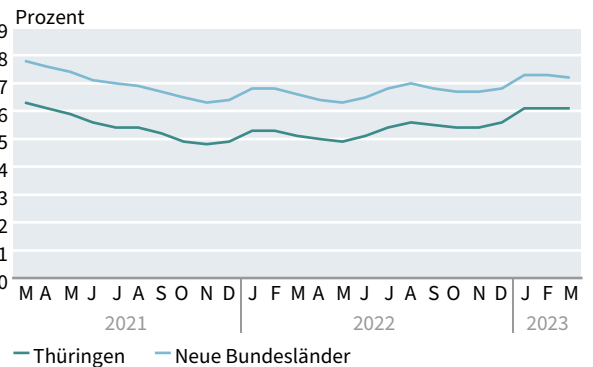
Wanderungsgewinn bzw. Verlust (-)



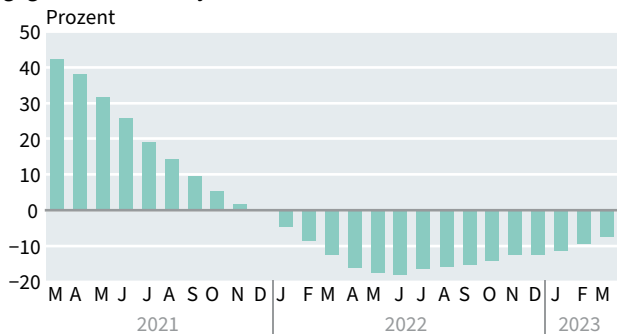
Arbeitsmarkt



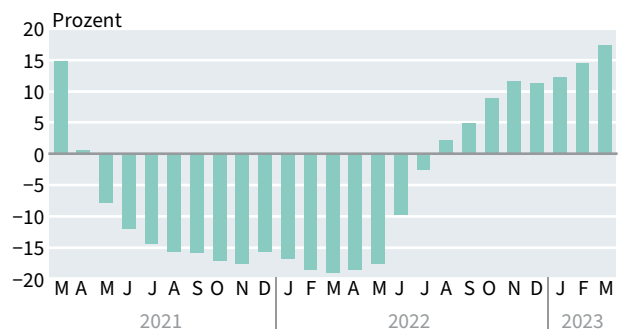
Arbeitslosenquote



Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat

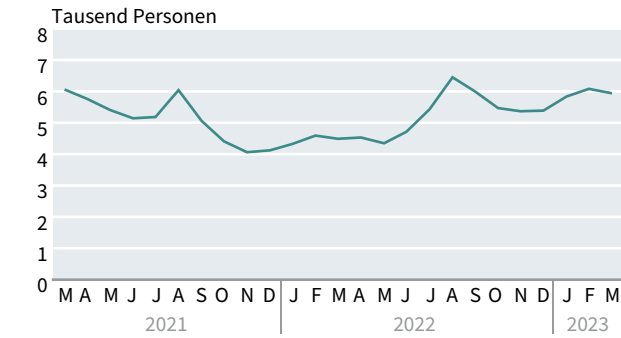


Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



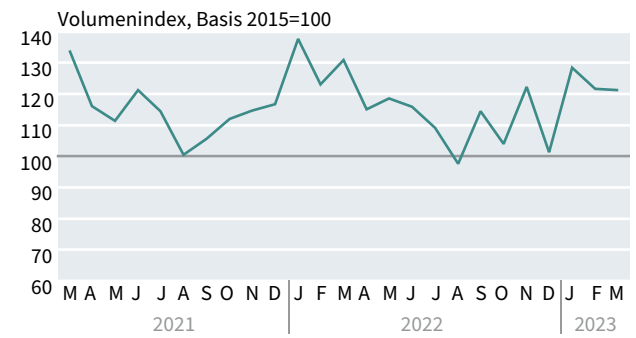
Arbeitsmarkt

Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

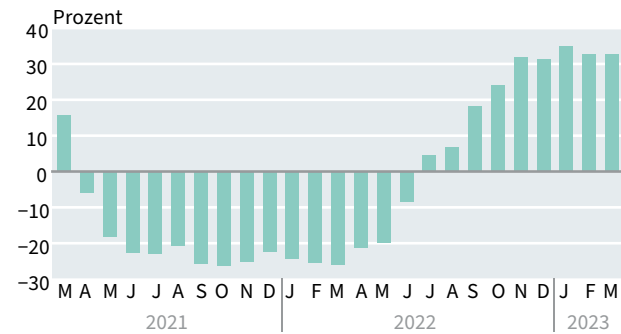


Auftragseingangindex

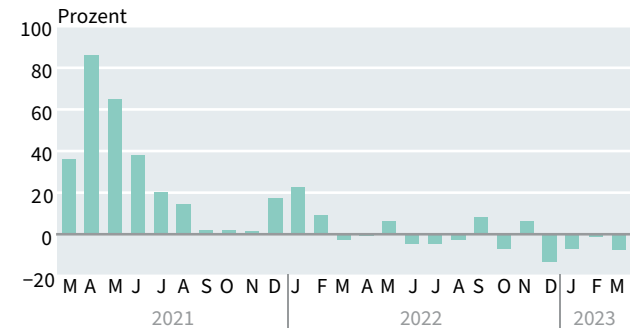
Verarbeitendes Gewerbe



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

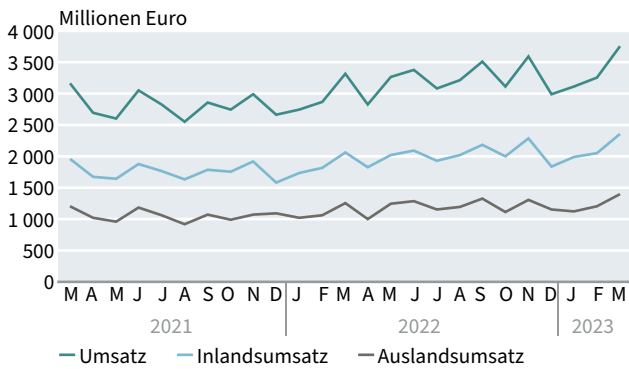


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



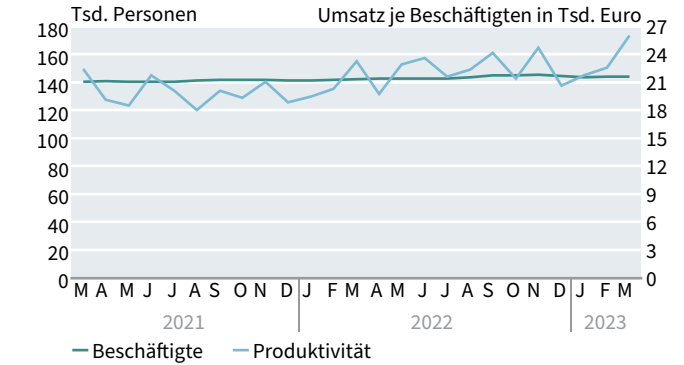
Umsatz

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

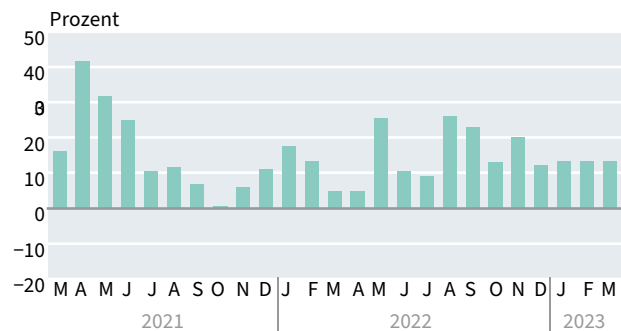


Beschäftigte und Produktivität

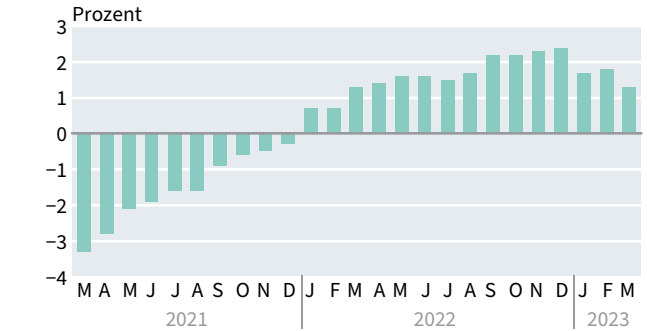
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat



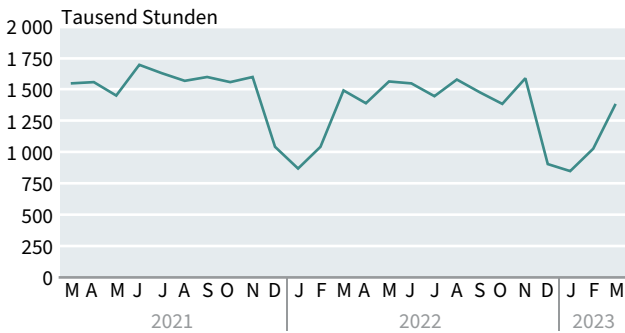
Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



GRAFIKEN

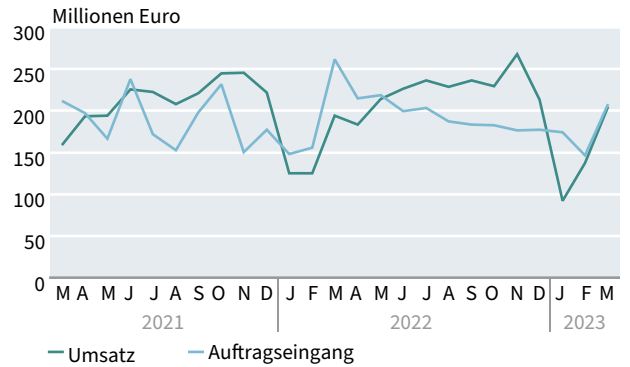
Geleistete Arbeitsstunden

Bauhauptgewerbe

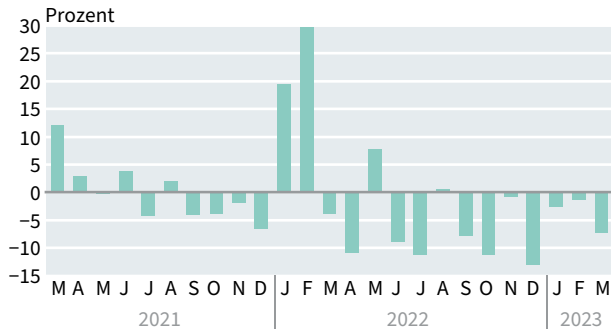


Umsatz und Auftragseingang

Bauhauptgewerbe

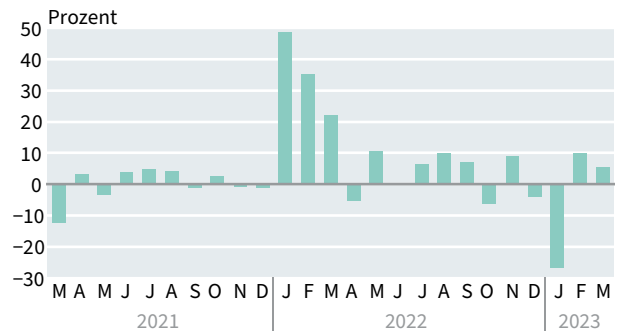


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



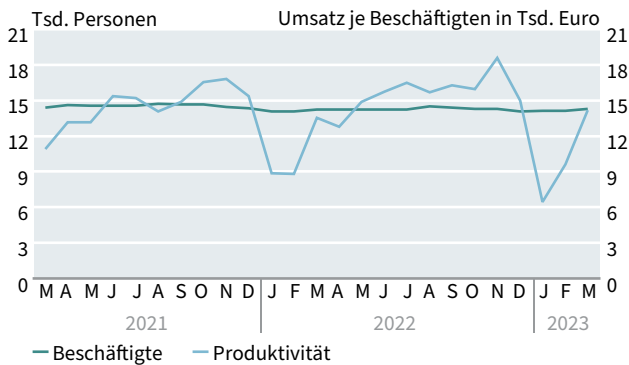
Veränderung des Umsatzes

gegenüber dem Vorjahresmonat



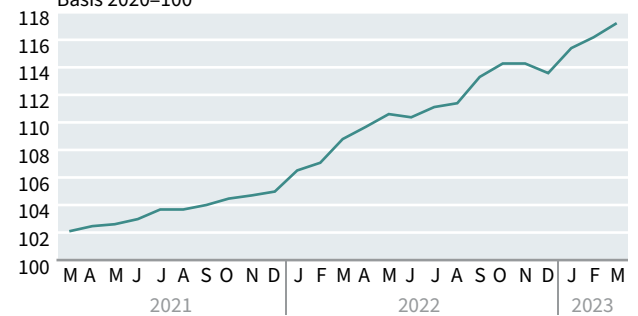
Beschäftigte und Produktivität

Bauhauptgewerbe

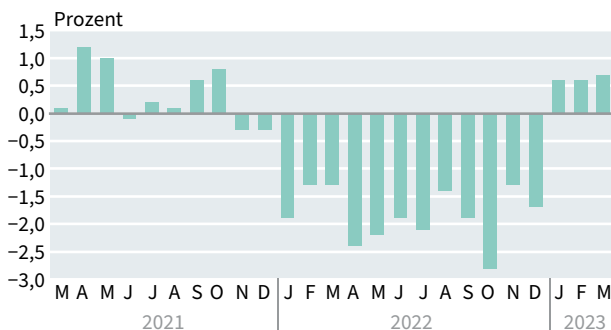


Verbraucherpreisindex

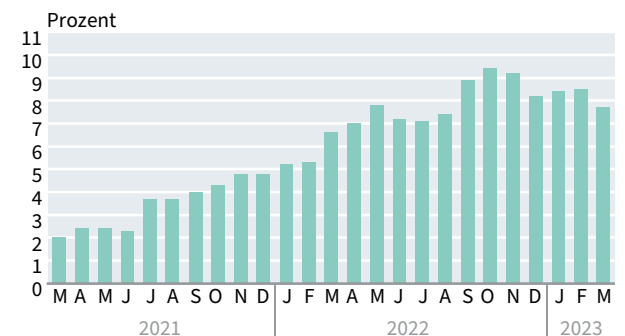
Basis 2020=100



Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat

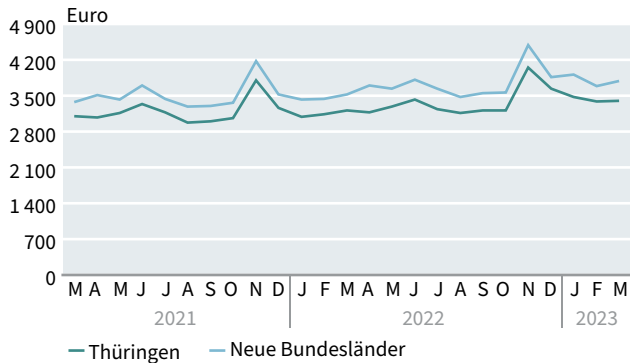


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

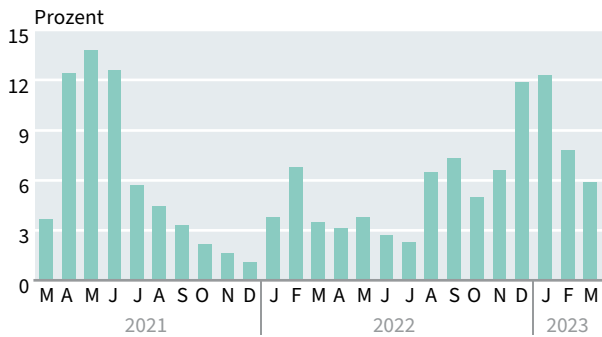


Entgelte je Beschäftigten

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

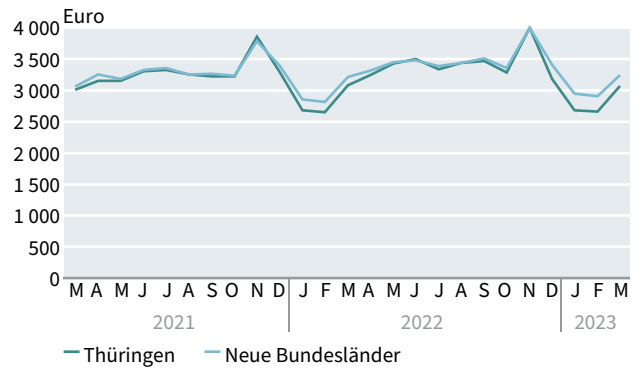


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

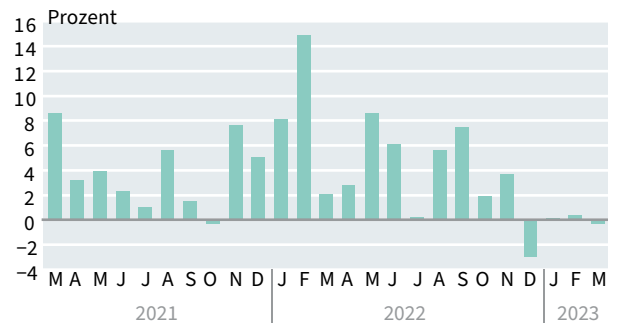


Entgelte je Beschäftigten

Bauhauptgewerbe

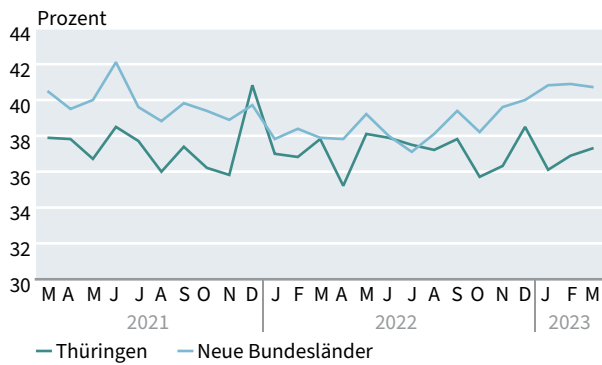


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

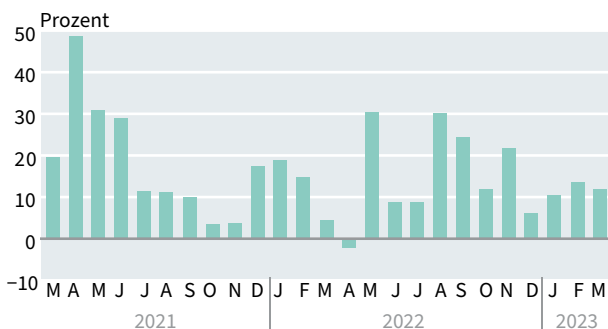


Exportquote

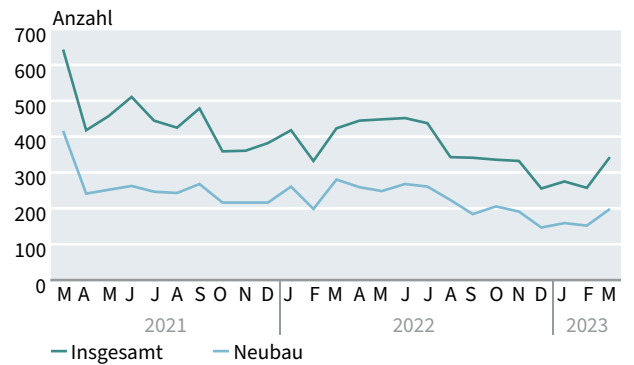
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



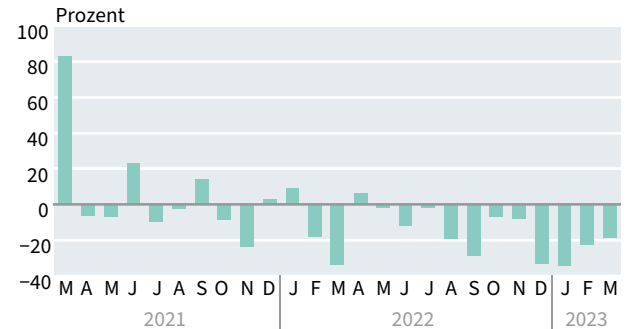
Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



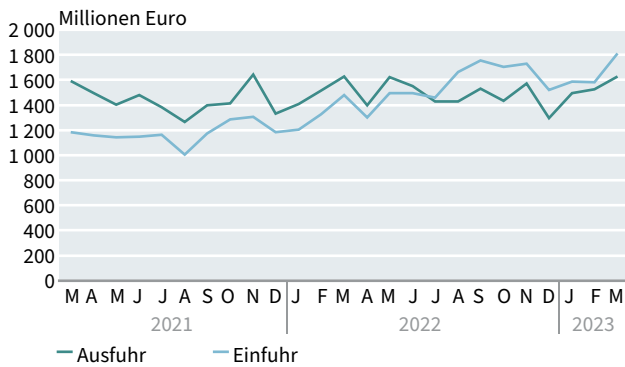
Baugenehmigungen



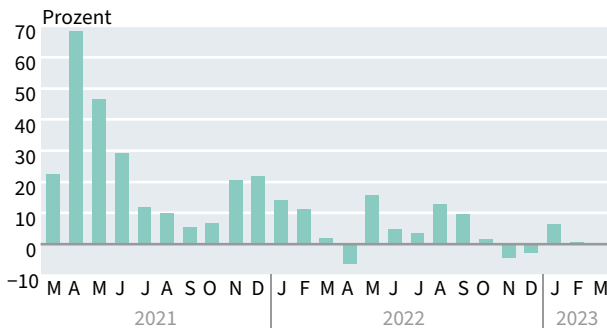
Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat



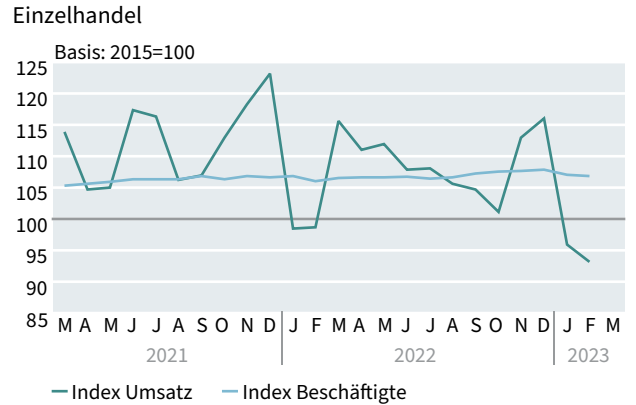
Außenhandel



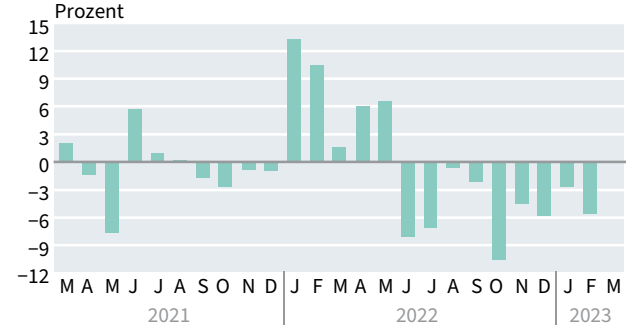
Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat



Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel

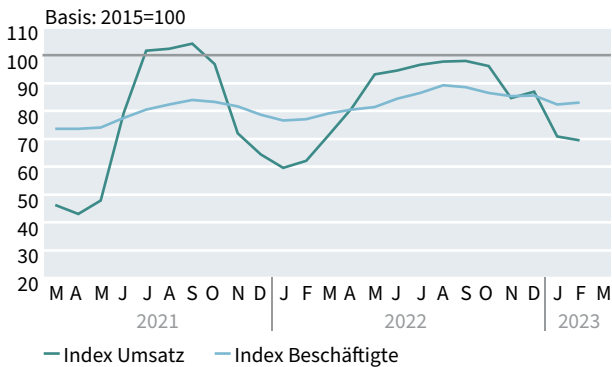


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

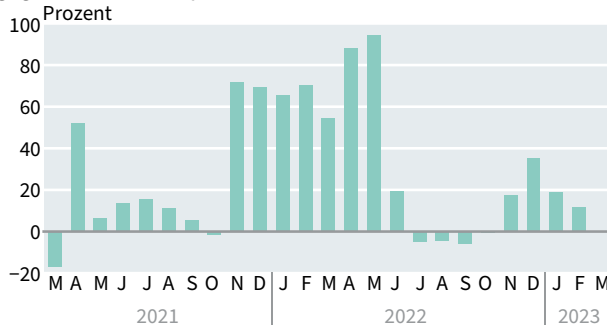


Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe

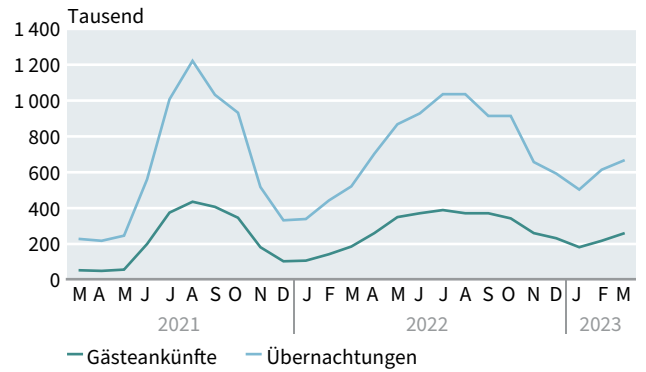
Gastgewerbe



Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat



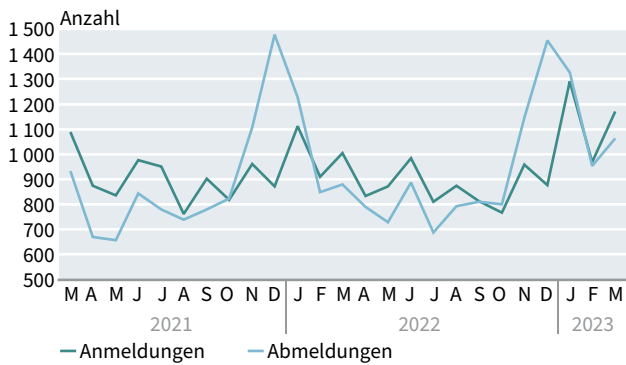
Beherbergung



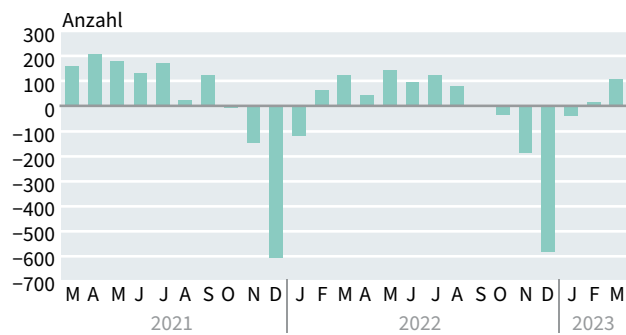
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



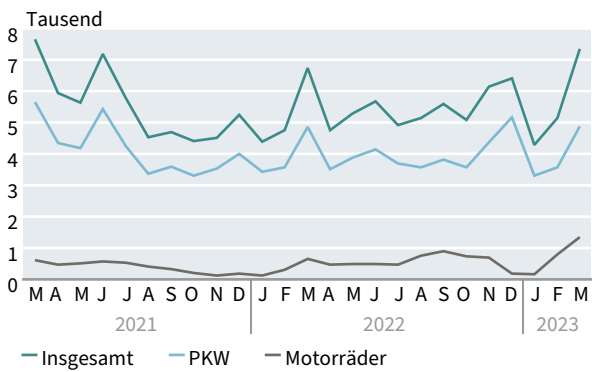
Gewerbean- und -abmeldungen



Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen



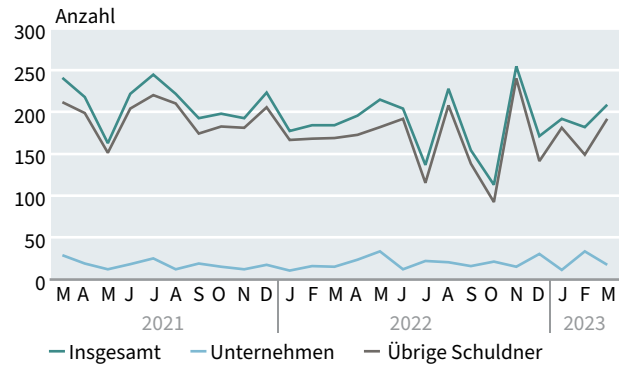
Zulassung neuer Kraftfahrzeuge



Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat



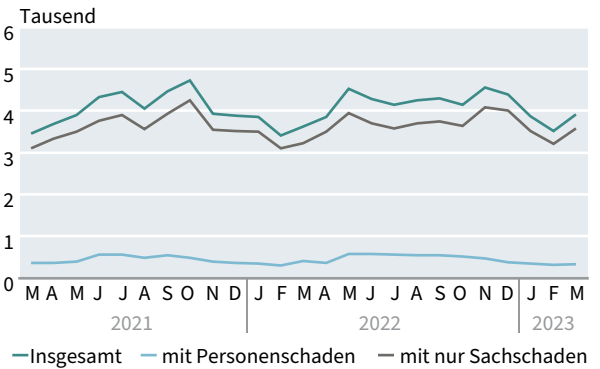
Insolvenzen



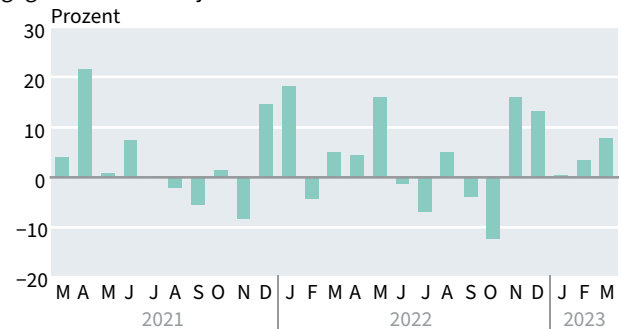
Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat



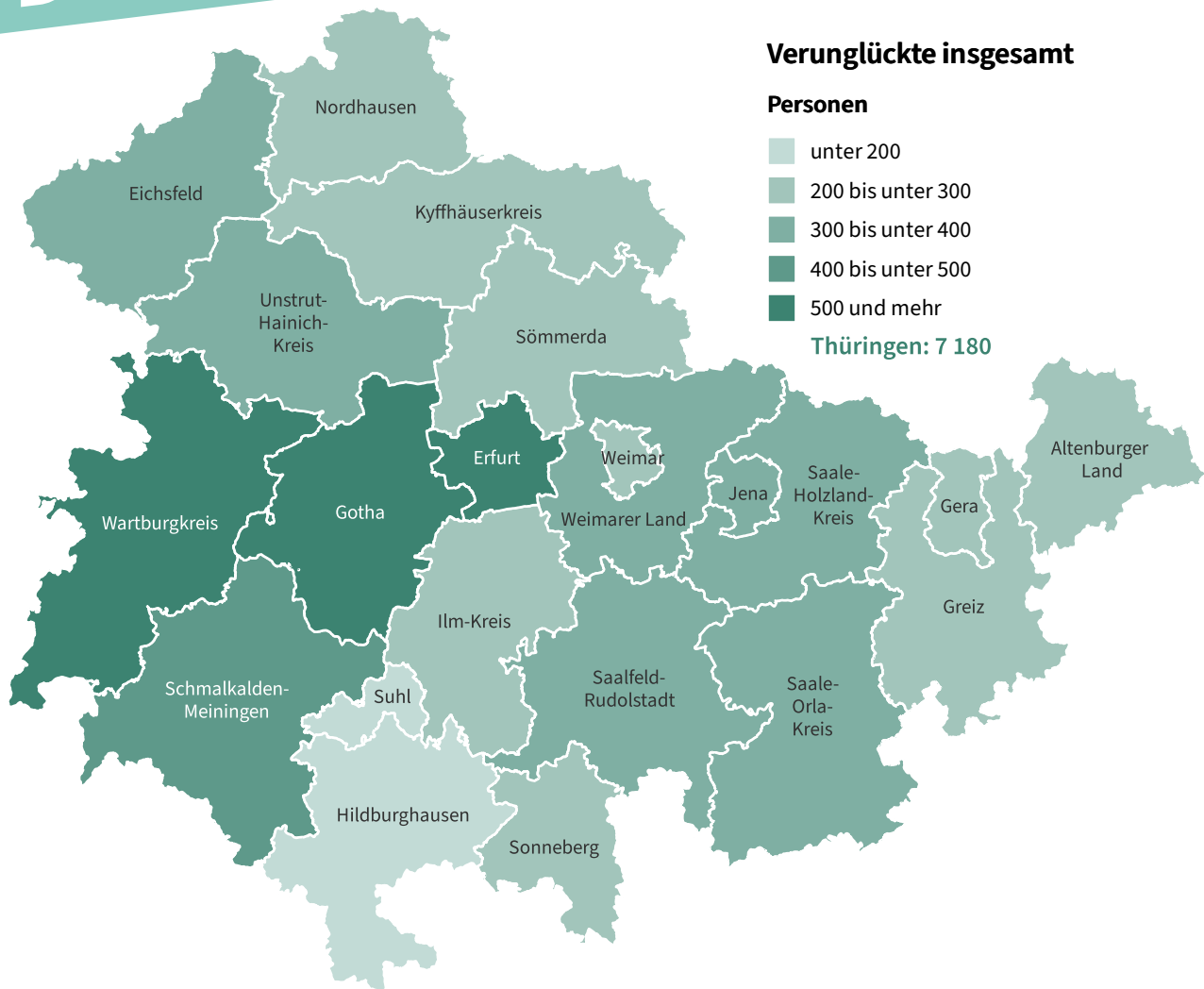
Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat



KARTE DES MONATS



Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Personen 2022

Im Jahr 2022 gab es in Thüringen 49324 Straßenverkehrsunfälle. Das waren 1610 Unfälle bzw. 3,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Insgesamt verunglückten 7180 Personen (+796 Personen bzw. +12,5 Prozent).

Die meisten Personen verunglückten in der kreisfreien Stadt Erfurt (725 Personen; 5362 Unfälle), gefolgt vom Landkreis Gotha (530 Personen; 2904 Unfälle). Die wenigsten Fälle wurden in der kreisfreien Stadt Suhl (106 Personen; 829 Unfälle) und im Landkreis Hildburghausen (172 Personen; 1429 Unfälle) angezeigt. Insgesamt verstarben 85 Personen, wobei im Saale-Orla-Kreis mit 10 Getöteten die meisten Unfälle mit tödlichem Ausgang gemeldet wurden. In der kreisfreien Stadt Gera wurde keine Person bei polizeilich erfassten Straßenverkehrsunfällen getötet.

In den vergangenen 30 Jahren wurden die meisten Unfälle mit Personenschaden im Jahr 1999 gezählt (12238 Unfälle). Im Jahr 2022 lag dieser Wert bei 5573 und verringerte sich damit um 54,5 Prozent gegenüber 1999. Eine ähnliche Veränderung ist mit einem Rückgang um 57,4 Prozent bei der Anzahl der in Thüringen Verunglückten zu erkennen (1999: 16867 Personen; 2022: 7180 Personen).

Thüringen im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	Dezember 2022	Januar 2023	Februar 2023	März 2023	Dezember 2022	Januar 2023	Februar 2023	März 2023
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾								
Betriebe	0,0	-2,7	0,9	0,1	0,9	-0,6	0,0	-0,5
Beschäftigte	-0,3	-0,9	0,5	0,1	2,5	1,7	1,8	1,3
Umsatz	-14,8	4,2	4,5	15,4	13,7	13,4	13,4	13,4
Inlandsumsatz	-17,6	8,3	3,1	14,7	18,3	15,2	13,3	14,3
Auslandsumsatz	-9,9	-2,5	6,9	16,5	6,9	10,5	13,7	11,9
Umsatz je Beschäftigten	-14,5	5,1	4,0	15,3	10,9	11,6	11,4	11,9
Geleistete Arbeitsstunden	-19,5	25,5	-6,0	9,9	2,4	4,1	2,4	3,8
Entgelte	-10,2	-5,6	-2,0	0,6	13,9	14,1	9,7	7,3
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	-17,1	26,6	-5,3	-0,3	-13,2	-6,7	-1,2	-7,4
Inland	-19,8	34,2	-5,5	-6,3	-9,3	2,4	5,9	-7,8
Ausland	-12,5	15,1	-4,9	10,3	-18,4	-19,2	-11,4	-6,7
Bauhauptgewerbe²⁾								
Betriebe	0,0	0,3	0,0	-0,3	-0,7	-1,7	-1,0	-1,0
Beschäftigte	-1,4	0,4	0,0	1,1	-1,7	0,6	0,6	0,7
baugewerblicher Umsatz	-20,4	-56,9	49,4	49,0	-3,8	-27,1	9,7	5,3
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	-19,3	-57,1	49,4	47,4	-2,2	-27,5	9,0	4,6
Geleistete Arbeitsstunden	-42,8	-6,6	21,6	34,5	-12,9	-2,5	-1,4	-7,2
Entgelte	-21,5	-15,3	-0,7	16,3	-4,6	0,7	1,0	0,4
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾								
Betriebe	-0,4	.	.	-2,3	1,2	.	.	-3,0
Beschäftigte	-2,2	.	.	-1,7	-1,2	.	.	-2,6
ausbaugewerblicher Umsatz	27,3	.	.	-37,5	-0,6	.	.	-0,1
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	30,1	.	.	-36,5	0,6	.	.	2,5
Gewerbeanzeigen⁵⁾								
Gewerbebeanmeldungen	-8,7	47,3	-24,9	20,8	0,5	16,1	6,5	16,6
Gewerbeabmeldungen	27,0	-8,9	-28,1	11,6	-1,5	8,0	12,4	21,0
Insolvenzen								
	-32,9	12,3	-5,2	14,8	-23,3	8,5	-1,1	13,6
Verbraucherpreisindex								
	-0,8	1,6	0,7	0,9	8,4	8,4	8,5	7,7
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	2,6	8,9	1,1	-1,2	11,3	12,2	14,5	17,3
Offene Arbeitsstellen	-9,2	-6,0	4,2	1,0	-17,8	-23,6	-23,9	-23,3
Langzeitarbeitslose	0,4	3,0	0,1	0,1	-12,3	-11,3	-9,3	-7,4

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengen- einheit	Thüringen	neue Bundes- länder	alte Bundes- länder	Deutschland insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundes- ländern	Deutschland insgesamt
März 2023							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾							
Betriebe	Anzahl	803	3 809	18 917	22 726	21,1	3,5
Beschäftigte	Tausend	144	703	4 890	5 593	20,5	2,6
Umsatz	Mill. Euro	3 759	24 519	186 560	211 079	15,3	1,8
Inlandsumsatz	Mill. Euro	2 357	14 528	87 917	102 444	16,2	2,3
Auslandsumsatz	Mill. Euro	1 401	9 991	98 644	108 635	14,0	1,3
Umsatz je Beschäftigten	Euro	26 045	34 898	38 151	37 742	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	20 744	99 950	668 940	768 890	20,8	2,7
Entgelte	Mill. Euro	491	2 658	23 381	26 039	18,5	1,9
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2015=100	121,3	110,1	x	x
Inland	2015=100	109,5	107,5	x	x
Ausland	2015=100	144,1	112,1	x	x
Bauhauptgewerbe²⁾							
Betriebe	Anzahl	290	2 114	7 577	9 691	13,7	3,0
Beschäftigte	Tausend	14	109	424	533	13,1	2,7
baugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	202	1 815	7 230	9 045	11,2	2,2
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	14 159	16 625	17 051	16 964	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1 385	11 074	44 696	55 770	12,5	2,5
Entgelte	Mill. Euro	44	354	1 512	1 866	12,4	2,3
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾							
Betriebe	Anzahl	257	11 194	...	2,3
Beschäftigte	Tausend	9	461	...	2,0
ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	257	14 732	...	1,7
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	27 813	31 991	x	x
Gewerbeanzeigen⁵⁾							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	1 171	11 462	60 036	71 498	10,2	1,6
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	1 064	9 425	46 051	55 476	11,3	1,9
Insolvenzen							
	Anzahl	209	2 037	7 920	9 957	10,3	2,1
Verbraucherpreisindex							
	2020=100	117,2	116,1	x	x
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	66 128	611 443	1 982 331	2 593 774	10,8	2,5
Offene Arbeitsstellen	Anzahl	17 357	142 938	632 792	777 033	12,1	2,2

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderung März 2023							
	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾								
Betriebe	0,1	0,4	1,2	1,0	-0,5	0,3	0,3	0,3
Beschäftigte	0,1	0,3	0,5	0,5	1,3	1,9	1,5	1,5
Umsatz	15,4	16,0	16,9	16,8	13,4	11,9	7,7	8,1
Inlandsumsatz	14,7	16,3	17,5	17,3	14,3	6,0	5,0	5,2
Auslandsumsatz	16,5	15,5	16,5	16,4	11,9	21,7	10,1	11,1
Umsatz je Beschäftigten	15,3	15,7	16,3	16,2	11,9	9,8	6,1	6,5
Geleistete Arbeitsstunden	9,9	11,0	11,2	11,2	3,8	4,9	2,5	2,8
Entgelte	0,6	2,7	1,3	1,5	7,3	9,0	3,6	4,2
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	-0,3	5,4	-7,4	-11,2
Inland	-6,3	9,1	-7,8	-11,2
Ausland	10,3	2,8	-6,7	-11,3
Bauhauptgewerbe²⁾								
Betriebe	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-1,0	-1,5	3,0	2,0
Beschäftigte	1,1	0,5	0,7	0,7	0,7	-1,4	2,2	1,4
baugewerblicher Umsatz	49,0	46,3	34,8	37,0	5,3	4,8	5,9	5,7
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	47,4	45,6	33,8	36,0	4,6	6,3	3,6	4,2
Geleistete Arbeitsstunden	34,5	27,3	24,2	24,8	-7,2	-5,8	-2,7	-3,3
Entgelte	16,3	12,1	10,1	10,4	0,4	-0,6	3,0	2,3
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾								
Betriebe	-2,3	6,1	-3,0	5,2
Beschäftigte	-1,7	3,9	-2,6	4,5
ausbaugewerblicher Umsatz	-37,5	-29,1	-0,1	17,2
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	-36,5	-31,7	2,5	12,2
Gewerbeanzeigen⁵⁾								
Gewerbeanmeldungen	20,8	10,1	17,2	16,0	16,6	4,9	14,0	12,4
Gewerbeabmeldungen	11,6	8,6	12,0	11,4	21,0	6,8	15,8	14,2
Insolvenzen								
	14,8	18,6	15,9	16,5	13,6	6,5	-2,5	-0,8
Verbraucherpreisindex								
	0,9	0,8	7,7	7,4
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	-1,2	-0,9	-1,0	-1,0	17,3	8,7	10,1	9,8
Offene Arbeitsstellen	1,0	1,0	-0,4	-0,1	-23,3	-11,3	-6,4	-7,3

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtsreisengrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Monatsdurchschnitt			
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit						
1	Bevölkerung am Monatsende	Tausend	2137	2126	2113	2121
2	darunter Ausländer	Tausend	108	112	118	145
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
3	Eheschließungen	Anzahl	779	711	644	711
4	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	4,4	4,0	3,6	4,0
5	Lebendgeborene	Anzahl	1387	1333	1281	1178
6	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	7,8	7,5	7,3	6,7
7	Totgeborene	Anzahl	5	6	6	6
8	je 1000 Geborene	aT	3,4	4,5	4,8	4,9
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2433	2519	2903	2733
10	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	13,7	14,2	16,4	15,4
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	4	3	4	4
12	Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1046	-1186	-1621	-1555
13	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	-5,9	-6,7	-9,2	-8,8
Wanderungen						
14	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	4501	3916	4494	7376
15	darunter aus dem Ausland	Anzahl	2215	1708	2187	5075
16	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4220	3798	3785	4287
17	darunter in das Ausland	Anzahl	1620	1298	1293	1786
18	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	281	118	707	3089
19	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	4475	4230	4293	4669
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt ¹⁾						
20	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	Anzahl	804770	791811	796232	803295
21	Arbeitslose insgesamt	Anzahl	59065	66678	62249	58172
22	davon Männer	Anzahl	33250	38036	35069	32190
23	Frauen	Anzahl	25815	28642	27180	25983
24	Ausländer	Anzahl	7256	8744	7950	10413
25	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	4920	6078	5267	5097
26	Arbeitslosenquote insgesamt ²⁾	Prozent	5,3	6,0	5,6	5,3
27	darunter Männer	Prozent	5,6	6,4	5,9	5,5
28	Frauen	Prozent	4,9	5,5	5,2	5,1
29	Jugendliche unter 25 Jahren	Prozent	6,1	7,1	5,9	5,6
30	Kurzarbeiter	Anzahl
31	Langzeitarbeitslose	Anzahl	18383	20225	24331	21003
32	Zugang an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
33	Bestand an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
34	Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld	Anzahl	21232	24659	22569	19273

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
2114	2118	2121	2122	2124	2126	2126	2128	2128	2127	2126	2126	...	1
133	139	143	146	149	152	154	158	160	161	163	164	...	2
309	548	858	1062	1348	1113	986	640	427	460	193	251	...	3
1,7	3,2	4,8	6,1	7,5	6,2	5,6	3,5	2,4	2,5	1,1	1,5	...	4
1180	1121	1294	1272	1285	1295	1272	1224	1027	1068	1013	995	...	5
6,6	6,4	7,2	7,3	7,1	7,2	7,3	6,8	5,9	5,9	5,6	6,1	...	6
.	7
.	8
2879	2582	2504	2414	2656	2515	2540	2964	2738	3788	3057	2535	...	9
16,1	14,8	13,9	13,8	14,7	13,9	14,5	16,4	15,7	21,0	16,9	15,5	...	10
.	11
-1699	-1461	-1210	-1142	-1371	-1220	-1268	-1740	-1711	-2720	-2044	-1540	...	12
-9,5	-8,4	-6,7	-6,5	-7,6	-6,8	-7,3	-9,6	-9,8	-15,1	-11,3	-9,4	...	13
12390	9500	7955	6894	7560	8394	7369	8833	6508	5569	5707	4994	...	14
10286	7321	5786	4930	5197	5354	4741	5365	4310	3697	3778	3269	...	15
3497	3787	4063	3949	4509	5647	5392	5652	4402	4033	4054	4096	...	16
1374	1425	1875	1896	1953	2339	2237	2087	1846	1960	1715	1965	...	17
8893	5713	3892	2945	3051	2747	1977	3181	2106	1536	1653	898	...	18
3903	4406	4650	4249	4660	5508	5194	5502	4913	5279	5086	4849	...	19
802734	.	.	803295	.	.	811820	20
56378	55168	53476	56015	58624	61535	60042	59275	59288	60816	66230	66927	66128	21
32505	31334	30250	30578	31489	32542	32091	31829	32145	33536	37013	37677	36984	22
23873	23833	23226	25437	27135	28993	27951	27446	27143	27280	29217	29250	29144	23
7056	7091	6996	10051	11704	13348	13661	13456	13378	13789	14985	15259	15523	24
4489	4531	4353	4716	5435	6464	6009	5472	5379	5401	5843	6091	5952	25
5,1	5,0	4,9	5,1	5,4	5,6	5,5	5,4	5,4	5,6	6,1	6,1	6,1	26
5,5	5,3	5,2	5,3	5,4	5,6	5,5	5,5	5,5	5,8	6,4	6,5	6,4	27
4,6	4,6	4,5	5,0	5,3	5,7	5,5	5,4	5,3	5,3	5,7	5,7	5,7	28
5,0	5,1	4,7	5,1	5,9	7,0	6,5	5,9	5,8	5,8	6,3	6,6	6,4	29
													30
22128	21719	21112	20725	20692	20454	20102	19797	19798	19872	20463	20480	20501	31
4188	3956	4322	3797	3750	3414	3127	3197	3064	3056	2676	3855	3335	32
22625	22295	22474	22424	22065	21875	20916	19966	19340	17557	16495	17190	17357	33
19948	18899	18344	17934	18300	19292	18272	18294	18476	19871	22843	23194	21959	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Monatsdurchschnitt			
Gewerbeanzeigen						
1	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	940	873	919	901
	darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	52	54	58	57
3	Baugewerbe	Anzahl	91	71	72	68
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	312	279	305	298
5	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	202	188	193	196
6	Gewerbeabmeldungen insgesamt	Anzahl	1059	893	901	921
	darunter					
7	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	58	50	55	56
8	Baugewerbe	Anzahl	114	89	90	88
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	376	311	303	324
10	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	218	181	178	181
11	Neuerrichtungen	Anzahl	769	706	754	737
	darunter					
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	39	42	48	46
13	Baugewerbe	Anzahl	75	53	56	55
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	245	220	240	229
15	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	174	157	166	171
16	Aufgaben	Anzahl	867	719	732	750
	darunter					
17	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	45	38	44	44
18	Baugewerbe	Anzahl	96	71	72	73
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	306	250	242	259
20	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	182	147	149	152
Landwirtschaft						
21	Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	78 770	28 749	23 493	23 345
	darunter					
22	Rinder	Stück	7 389	7 768	8 208	7 895
23	Schweine	Stück	70 766	20 362	14 718	14 906
24	Schafe	Stück	557	545	495	479
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	77 861	27 837	22 661	22 496
	darunter					
26	Rinder	Stück	7 197	7 547	8 004	7 685
27	Schweine	Stück	70 194	19 820	14 213	14 389
28	Schafe	Stück	435	417	391	377
29	Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt	Tonnen	8 942	4 306	3 893	3 804
	darunter					
30	Rinder	Tonnen	2 235	2 381	2 514	2 417
31	Schweine	Tonnen	6 696	1 914	1 369	1 377
32	Schafe	Tonnen	10	10	9	9
Legehennenhaltung und Eierzeugung						
33	Erzeugte Eier	Tausend Stück	41 259	41 028	40 161	38 674
34	Legeleistung Eier je Henne	Stück	26,0	26,8	26,1	25,2

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
1004	834	873	984	810	875	812	766	959	876	1290	969	1171	1
67	53	50	53	40	52	56	39	64	61	79	65	66	2
74	68	71	64	56	73	55	53	62	60	104	65	86	3
348	262	292	321	258	275	253	255	330	305	415	325	381	4
201	164	195	232	168	197	201	187	201	181	316	230	256	5
879	791	729	887	689	794	810	800	1146	1455	1326	953	1064	6
41	48	50	61	35	48	35	44	81	90	84	56	72	7
80	80	60	74	52	70	83	85	117	165	150	96	95	8
325	302	265	315	258	259	283	269	415	519	443	334	350	9
159	133	131	147	135	157	171	172	246	282	269	189	234	10
827	668	727	820	692	718	674	616	782	648	1042	793	963	11
50	39	42	39	33	40	51	30	50	50	63	53	53	12
59	54	63	57	46	59	41	46	48	39	70	47	69	13
274	183	219	245	213	227	193	186	265	190	333	259	304	14
177	147	173	203	154	171	178	155	172	153	269	203	225	15
698	628	591	735	570	644	665	657	945	1198	1082	777	855	16
35	34	41	48	29	41	30	37	61	74	69	40	58	17
69	60	53	65	47	57	66	77	98	135	124	82	81	18
249	232	197	249	214	216	240	208	331	414	363	275	264	19
117	115	115	119	118	128	139	146	215	248	225	155	202	20
25798	22626	22066	21664	21099	22403	22387	22205	29426	24007	22725	21164	24653	21
8921	7114	7005	7173	7119	7983	8249	7498	9910	7855	7526	6425	7934	22
16580	14462	14749	14284	13132	14189	13695	14227	18210	15474	14849	14172	15805	24
263	904	249	159	784	202	344	392	1197	631	332	537	812	24
24719	21928	21745	21424	21000	22304	22141	21411	27212	22434	21084	19776	23383	25
8638	6903	6905	7090	7101	7960	8171	7293	9373	7489	7193	6136	7612	26
15839	14147	14580	14174	13089	14156	13619	13771	16916	14469	13673	13157	14989	27
210	762	211	127	765	173	299	288	847	456	216	463	707	28
4256	3577	3559	3581	3474	3796	3812	3642	4591	3794	3570	3219	3893	29
2733	2194	2164	2228	2208	2446	2504	2314	2941	2406	2257	1951	2445	30
1518	1364	1388	1349	1246	1346	1300	1320	1626	1377	1308	1255	1431	31
5	16	5	3	19	4	7	7	23	11	5	12	15	32
42771	39856	38489	36634	36336	36187	38904	37670	38848	40248	39866	37189	41986	33
26,3	25,2	26,1	25,7	26,7	25,0	24,6	23,1	23,8	25,8	26,3	23,6	26,4	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Monatsdurchschnitt			
Produzierendes Gewerbe						
Energie und Wasserversorgung						
1	Betriebe	Anzahl	140	136	137	138
2	Beschäftigte	Anzahl	7 209	7 296	7 445	7 508
3	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	920	942	946	940
4	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	128	129	127	125
5	Entgelte je Beschäftigten	Euro	3 917	4 026	4 104	4 157
6	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken ¹⁾	Millionen kWh	165	186	198	179
7	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken ¹⁾	Millionen kWh	148	177	191	171
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ²⁾						
8	Betriebe	Anzahl	849	834	811	813
9	Beschäftigte	Anzahl	148 886	143 796	141 080	143 397
10	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	19 738	18 242	18 364	18 566
11	Entgelte	Tausend Euro	458 465	432 706	444 892	476 289
12	Umsatz	Millionen Euro	2 702	2 485	2 752	3 160
13	davon Inlandsumsatz	Millionen Euro	1 701	1 567	1 724	1 985
14	Auslandsumsatz	Millionen Euro	1 002	917	1 028	1 175
15	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2015=100	104,8	96,8	114,3	115,8
16	davon aus dem Inland	2015=100	98,6	87,4	101,2	105,5
17	aus dem Ausland	2015=100	116,9	115,0	139,5	135,9
18	Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	103,1	94,8	113,2	119,8
19	Investitionsgüterproduzenten	2015=100	102,7	94,1	109,0	106,2
20	Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	136,7	134,0	173,1	176,5
21	Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	125,9	125,4	132,1	129,8
22	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	175	172	174	176
23	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	133	127	130	130
24	Entgelte je Beschäftigten	Euro	3 079	3 009	3 154	3 322
25	Umsatz je Beschäftigten	Euro	18 151	17 279	19 508	22 037
26	Exportquote	Prozent	37,1	36,9	37,3	37,2

1) seit 2019 ohne Stromerzeugung aus Pumpspeichieranlagen mittels Pumpbetrieb (ausgespeicherte Elektrizität von Pumpspeichieranlagen)

2) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
139	138	138	138	138	138	138	138	138	138	139	138	138	1
7465	7461	7465	7474	7419	7548	7556	7565	7600	7580	7547	7560	7540	2
1034	874	957	946	928	945	923	853	1023	858	1011	936	1082	3
138	117	128	127	125	125	122	113	135	113	134	124	143	4
3815	4157	4137	3984	3951	3855	3863	3916	6531	4086	3882	3834	3855	5
250	180	138	110	100	117	121	158	198	258	239	241	221	6
241	172	131	104	94	111	115	150	190	248	229	231	212	7
807	814	814	815	814	816	818	817	817	817	795	802	803	8
142441	142827	142854	142806	142715	143889	145129	145151	145334	144775	143516	144221	144309	9
19980	17624	19060	18971	17941	18722	18748	17777	20262	15993	20079	18870	20744	10
457197	452544	468606	489226	462476	455084	466727	466779	588657	527340	497873	487745	490575	11
3315	2825	3272	3377	3081	3219	3511	3111	3594	2994	3119	3258	3759	12
2062	1830	2025	2096	1925	2022	2183	1999	2289	1841	1994	2056	2357	13
1252	995	1246	1281	1157	1198	1328	1112	1305	1154	1125	1203	1401	14
130,9	115,0	118,5	115,9	109,1	97,7	114,5	104,0	122,3	101,4	128,4	121,6	121,3	15
118,8	108,6	110,9	103,4	99,2	87,4	105,0	93,9	115,0	92,1	123,7	116,9	109,5	16
154,3	127,3	133,2	140,2	128,1	117,5	132,9	123,5	136,5	119,4	137,4	130,6	144,1	17
135,5	119,1	118,2	122,4	111,5	114,0	125,0	111,5	129,9	101,0	122,2	116,3	135,9	18
122,5	106,2	107,2	107,5	97,7	78,9	92,2	92,7	112,6	94,1	131,7	124,1	102,4	19
173,5	163,7	240,4	139,7	207,3	136,1	249,8	146,1	140,2	181,5	150,5	131,8	176,1	20
144,1	133,2	121,3	131,8	106,3	125,2	128,8	127,4	162,4	105,5	126,5	154,4	150,2	21
177	175	175	175	175	176	177	178	178	177	181	180	180	22
140	123	133	133	126	130	129	122	139	110	140	131	144	23
3210	3168	3280	3426	3241	3163	3216	3216	4050	3642	3469	3382	3399	24
23269	19778	22902	23649	21591	22373	24193	21433	24729	20681	21732	22591	26045	25
37,8	35,2	38,1	37,9	37,5	37,2	37,8	35,7	36,3	38,5	36,1	36,9	37,3	26

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Monatsdurchschnitt			
	Baugewerbe insgesamt ^{1) 3)}					
1	Betriebe	Anzahl	509	518	556	556
2	Beschäftigte	Anzahl	23 391	23 311	24 107	23 724
3	Umsatz	Tausend Euro	858 077	880 993	903 939	955 638
	Bauhauptgewerbe ¹⁾					
4	Betriebe	Anzahl	290	296	295	292
5	Beschäftigte	Anzahl	14 649	14 484	14 499	14 230
6	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1 442	1 444	1 399	1 357
	davon für den					
7	Wohnungsbau	Tausend	177	176	175	186
8	gewerblichen Bau	Tausend	519	521	507	497
9	öffentlicher und Straßenbau	Tausend	746	746	717	675
10	Entgelte	Tausend Euro	43 378	44 385	45 424	46 610
11	Umsatz	Tausend Euro	195 742	197 652	192 644	206 683
12	Baugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	193 943	195 886	190 685	204 822
	davon					
13	Wohnungsbau	Tausend Euro	25 104	23 178	21 384	24 434
14	gewerblicher Bau	Tausend Euro	67 719	67 825	69 188	77 183
15	öffentlicher und Straßenbau	Tausend Euro	101 121	104 883	100 113	103 205
16	Auftragsingang	Tausend Euro	179 905	177 068	182 241	192 325
17	Auftragsbestand ³⁾	Tausend Euro	1 179 479	1 240 047	1 337 567	1 431 243
18	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	50	49	49	49
19	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 961	3 064	3 133	3 276
20	Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	13 239	13 524	13 152	14 394
	Ausbaugewerbe ^{2) 3)}					
21	Betriebe	Anzahl	219	223	262	264
22	Beschäftigte	Anzahl	8 742	8 827	9 608	9 494
23	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	2 889	2 922	3 128	2 998
24	Entgelte	Tausend Euro	70 033	72 418	80 443	84 637
25	Umsatz	Tausend Euro	270 850	288 037	326 008	335 589
26	Ausbaugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	261 614	278 597	317 174	325 714
27	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	40	40	37	36
28	Entgelte je Beschäftigten	Euro	8 011	8 204	8 373	8 915
29	Ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	29 926	31 562	33 011	34 307

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

3) Quartalsangaben

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
559	.	.	557	.	.	555	.	.	553	.	.	548	1
23588	.	.	23740	.	.	23967	.	.	23602	.	.	23432	2
709340	.	.	945080	.	.	1035240	.	.	1132893	.	.	700926	3
293	293	293	293	292	292	290	290	290	290	291	291	290	4
14202	14241	14245	14252	14213	14470	14405	14267	14270	14077	14139	14142	14300	5
1492	1391	1562	1547	1444	1580	1475	1383	1587	907	847	1030	1385	6
196	188	203	214	199	221	201	203	214	121	132	136	169	7
574	500	563	561	520	545	531	464	556	339	351	419	547	8
722	703	796	772	725	814	743	716	817	447	364	475	669	9
43673	46145	48751	49907	47343	49785	49953	46912	57067	44799	37942	37681	43830	10
194054	183694	214176	226022	236534	228583	236291	229633	267611	213104	92208	137357	204563	11
192327	181799	211678	224311	234565	226683	234300	227309	265218	211148	90926	135864	202477	12
23932	22315	25829	28389	24721	26073	29999	28974	29961	25599	11431	15400	25885	13
73587	69570	82741	80509	89440	75143	88590	78307	97042	87746	37425	54133	72824	14
94807	89915	103107	115413	120404	125468	115712	120027	138215	97802	42070	66331	103767	15
261615	214890	218769	199765	203031	186953	182997	182553	176249	177166	174366	146830	207603	16
1453675	.	.	1514417	.	.	1411655	.	.	1345227	.	.	1465544	17
48	49	49	49	49	50	50	49	49	49	49	49	49	18
3075	3240	3422	3502	3331	3441	3468	3288	3999	3182	2684	2664	3065	19
13542	12766	14860	15739	16504	15666	16265	15932	18586	14999	6431	9607	14159	20
265	.	.	264	.	.	264	.	.	263	.	.	257	21
9482	.	.	9494	.	.	9604	.	.	9397	.	.	9238	22
3011	.	.	2962	.	.	3073	.	.	2945	.	.	2947	23
79610	.	.	84617	.	.	84459	.	.	89861	.	.	83347	24
264792	.	.	321188	.	.	333832	.	.	422544	.	.	266797	25
257178	.	.	311341	.	.	323020	.	.	411318	.	.	256939	26
36	.	.	36	.	.	36	.	.	36	.	.	36	27
8396	.	.	8913	.	.	8794	.	.	9563	.	.	9022	28
27123	.	.	32793	.	.	33634	.	.	43771	.	.	27813	29

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Monatsdurchschnitt			
Bautätigkeit						
1	Gemeldete Baugenehmigungen ¹⁾	Anzahl	405	421	439	380
2	Wohngebäude	Anzahl	291	316	320	274
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	79 244	96 092	91 719	94 156
4	Wohnfläche	1 000 m ²	47	53	46	47
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	114	105	119	105
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	59 214	75 795	93 820	70 145
7	Nutzfläche	1 000 m ²	50	58	69	74
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	428	487	391	446
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 818	1 968	1 752	1 769
10	Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude	Anzahl	241	247	254	227
11	Wohngebäude	Anzahl	167	176	171	155
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	157	162	157	141
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	59 401	71 393	65 562	72 835
14	umbauter Raum	1 000 m ³	198	221	190	193
15	Wohnfläche	1 000 m ²	38	41	36	38
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	74	70	83	72
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	41 306	60 903	79 033	53 323
18	umbauter Raum	1 000 m ³	325	397	496	449
19	Nutzfläche	1 000 m ²	44	52	64	70
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	356	388	317	385
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 502	1 611	1 402	1 473
Handel und Gastgewerbe						
Außenhandel						
22	Ausfuhr (Spezialhandel)	Tausend Euro	1 291 163	1 205 626	1 416 261	1 482 916
Ausfuhr nach Warengruppen						
23	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	77 148	81 495	87 919	106 810
24	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	1 185 682	1 103 475	1 310 027	1 347 760
davon						
25	Rohstoffe	Tausend Euro	8 753	9 376	11 597	16 075
26	Halbwaren	Tausend Euro	52 388	49 392	63 139	71 202
27	Fertigwaren	Tausend Euro	1 124 541	1 044 707	1 235 291	1 260 483
Ausfuhr nach ausgewählten Ländern						
28	Vereinigte Staaten	Tausend Euro	91 916	93 301	131 470	153 030
29	Volksrepublik China	Tausend Euro	70 658	73 689	89 828	92 031
30	Frankreich	Tausend Euro	85 189	78 498	87 978	93 222
31	Österreich	Tausend Euro	71 839	68 231	83 925	88 930
32	Polen	Tausend Euro	69 355	59 821	81 786	93 747
33	Verinigtes Königreich	Tausend Euro	87 910	71 570	70 432	80 412
34	Ausfuhr in EU-Länder (EU-27)	Tausend Euro	755 269	663 113	779 312	813 859
35	Einfuhr (Generalhandel)	Tausend Euro	961 648	933 962	1 144 708	1 517 555
Einfuhr nach Warengruppen						
36	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	105 362	112 799	119 624	136 882
37	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	774 844	754 055	957 985	1 295 689
davon						
38	Rohstoffe	Tausend Euro	7 091	5 745	6 541	7 707
39	Halbwaren	Tausend Euro	42 264	37 352	51 955	59 124
40	Fertigwaren	Tausend Euro	725 489	710 958	899 488	1 228 858
Einfuhr nach ausgewählten Ländern						
41	Volksrepublik China	Tausend Euro	91 996	134 368	213 009	412 844
42	Polen	Tausend Euro	83 479	71 717	86 790	105 318
43	Niederlande	Tausend Euro	70 360	71 154	82 957	94 631
44	Italien	Tausend Euro	68 138	63 162	76 717	91 166
45	Österreich	Tausend Euro	62 984	54 677	68 870	79 738
46	Tschechien	Tausend Euro	57 535	53 196	65 602	68 591
47	Einfuhr aus EU-Ländern (EU-27)	Tausend Euro	583 930	549 528	659 573	756 816

1) einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
423	444	447	451	438	342	341	335	332	254	275	257	343	1
319	325	334	331	299	243	238	247	229	183	187	179	236	2
118677	88692	112614	165369	87460	74860	70673	109038	71264	71215	76919	63544	69873	3
63	44	46	71	45	42	37	58	33	37	37	27	29	4
104	119	113	120	139	99	103	88	103	71	88	78	107	5
115435	144383	44784	48601	68602	93250	51361	78525	32434	50349	54009	95430	76748	6
96	362	42	44	56	45	33	56	27	44	31	69	52	7
537	430	349	698	420	401	328	764	282	324	373	242	232	8
2276	1668	1688	2664	1655	1653	1226	2333	1298	1417	1443	998	1129	9
280	259	248	267	261	223	184	204	190	146	159	151	198	10
199	173	170	189	169	153	127	140	123	99	97	93	128	11
182	158	162	166	159	141	120	121	111	88	86	85	119	12
95107	65639	72886	142868	66561	60066	55846	88159	54840	44968	57471	36283	51347	13
273	182	199	300	193	161	139	248	135	122	146	87	119	14
55	34	37	62	36	31	27	49	26	23	27	16	23	15
81	86	78	78	92	70	57	64	67	47	62	58	70	16
70143	126072	31391	28085	51975	82173	35183	65510	24975	39425	43710	73835	68895	17
637	2120	241	151	341	340	188	404	142	226	156	695	360	18
88	359	36	34	54	40	27	48	21	47	28	68	50	19
566	326	334	628	379	295	259	694	233	227	302	139	218	20
2094	1307	1492	2398	1373	1273	950	1973	1062	921	1153	635	959	21
1625993	1399226	1622787	1550281	1428129	1429009	1530483	1433538	1570018	1293648	1494908	1526160	1629552	22
114469	90433	92228	107006	92781	124349	124335	125750	135906	104882	119615	111738	110099	23
1488144	1287072	1509186	1419513	1313076	1283443	1384074	1278452	1402109	1155322	1324378	1355475	1441530	24
14698	13362	13672	16892	13626	17840	21620	16614	22356	19244	23754	28001	24032	25
81944	66416	94371	84559	73915	61187	62359	67941	63639	68166	60942	78061	73939	26
1391503	1207294	1401144	1318063	1225535	1204417	1300095	1193897	1316114	1067912	1239682	1249412	1343558	27
148173	141593	154687	171740	182720	194782	150511	146482	159175	115926	153377	144323	165571	28
106290	60638	92839	90960	134425	102870	95967	78755	88662	71488	100454	90821	123119	29
101029	87351	96826	96715	89301	79060	99625	95128	102654	90146	108434	109140	102710	30
95575	95349	92791	96981	80416	87034	94145	93465	92380	66398	92510	94734	98534	31
109466	88383	104264	94811	86197	94809	96137	95638	101075	80661	87175	107333	100923	32
79286	62618	97340	70634	72896	75928	89923	107947	96566	70411	76706	84220	91174	33
948173	810288	926174	860909	727668	733800	829228	784740	837850	663861	802289	849292	848213	34
1481307	1300084	1496154	1496261	1461508	1665070	1752876	1705548	1729738	1520449	1584495	1580467	1812540	35
156543	129929	131342	137852	131504	149159	132116	137179	163615	145365	139787	141023	156918	36
1258923	1095250	1286035	1275989	1246567	1452380	1544140	1464909	1477985	1290574	1349539	1315449	1495658	37
8348	8105	8364	7897	8841	8363	7943	7351	8635	4863	6999	7564	7280	38
67128	62182	79391	65421	55256	56112	61034	64004	60823	42012	50471	49571	48019	39
1183447	1024963	1198280	1202671	1182471	1387905	1475163	1393555	1408528	1243698	1292068	1258314	1440359	40
319181	260121	327364	342599	350244	527432	587270	581998	562744	471556	521301	451317	604612	41
111290	99694	106116	112885	104026	118324	108314	112650	107999	97589	95073	113558	125863	42
108158	92644	94974	98517	88665	94586	90939	97657	86797	87719	106698	112212	113861	43
96053	87150	99231	96107	91529	93997	90124	96099	93826	94487	80803	87054	102706	44
79175	79473	81752	83722	87967	83636	76881	76223	80415	77236	69232	78253	88215	45
74398	72729	81949	81253	61957	62309	69637	65633	73158	47708	68065	66274	64459	46
816460	738727	811953	810209	752395	761752	741743	768251	762815	682576	722579	786787	826923	47

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Monatsdurchschnitt			
Einzelhandel¹⁾						
1	Beschäftigte	2015=100	105,6	105,6	106,9	106,9
	darunter					
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	111,5	114,8	117,4	117,4
3	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	98,7	95,7	94,9	93,7
4	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	90,3	88,6	90,9	94,6
5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	99,0	98,4	97,5	95,9
6	Umsatz²⁾	2015=100	107,2	111,1	108,4	107,7
	darunter					
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	110,5	115,2	115,1	110,2
8	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	96,7	100,2	97,9	90,9
9	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	98,8	100,0	98,4	95,0
10	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	98,5	103,3	84,2	89,1
Gastgewerbe						
11	Beschäftigte	2015=100	99,6	84,2	78,1	83,4
	davon					
12	Beherbergung	2015=100	109,4	93,2	86,3	91,4
13	Gastronomie	2015=100	95,3	80,3	74,6	79,8
14	Umsatz²⁾	2015=100	105,4	68,5	69,2	85,2
	davon					
15	Beherbergung	2015=100	127,0	75,6	73,3	98,2
16	Gastronomie	2015=100	94,1	64,4	66,5	79,9
Fremdenverkehr (einschl. Campingplätze)						
17	Gästeankünfte	Anzahl	336 508	194 865	188 028	284 030
18	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	22 081	8 047	8 513	15 978
19	Gästeübernachtungen	Anzahl	862 477	558 015	551 588	757 256
20	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	52 226	20 770	24 633	38 984
Verkehr						
Kraftfahrzeuge						
21	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge³⁾	Anzahl	7 095	6 091	5 308	5 406
	darunter					
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	5 670	4 715	3 984	3 967
23	Lastkraftwagen	Anzahl	843	658	618	594
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	278	393	349	516
Straßenverkehrsunfälle						
25	Unfälle insgesamt	Anzahl	4 649	3 993	3 976	4 110
	davon					
26	mit Personenschaden	Anzahl	486	430	417	464
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	4 163	3 563	3 559	3 646
28	Getötete Personen	Anzahl	8	7	7	7
29	Verletzte Personen	Anzahl	627	542	525	591

1) ohne Handel mit Kfz

2) Preisbasis 2015

3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
106,5	106,6	106,6	106,7	106,4	106,6	107,2	107,5	107,7	107,9	107,0	106,8	...	1
117,6	117,4	116,9	116,6	116,3	116,5	117,2	118,1	118,2	119,0	118,0	117,8	...	2
89,8	93,6	96,2	96,2	95,5	93,5	95,1	95,9	94,3	94,5	97,8	99,2	...	3
93,2	94,7	94,9	95,2	97,0	96,6	94,2	95,2	95,0	94,0	94,6	94,2	...	4
96,5	96,6	97,2	96,7	95,7	96,2	95,5	94,6	94,6	94,2	94,3	93,6	...	5
115,6	111,0	111,9	107,9	108,1	105,6	104,7	101,1	112,9	116,0	95,9	93,2	...	6
119,1	114,7	111,0	109,3	109,9	105,4	106,7	103,9	113,5	122,7	98,4	96,4	...	7
88,7	94,1	101,5	100,6	96,9	92,7	87,8	85,7	89,0	96,3	80,7	79,9	...	8
93,2	90,3	97,7	102,8	103,2	141,0	83,8	84,0	88,9	82,8	82,7	81,2	...	9
106,0	102,6	105,6	91,7	86,8	84,8	83,8	81,4	89,4	78,1	69,7	68,7	...	10
79,1	80,5	81,5	84,4	86,5	89,3	88,5	86,5	85,4	85,7	82,4	83,0	...	11
86,1	89,2	90,0	91,0	92,6	94,4	96,8	96,5	95,0	94,2	88,8	90,0	...	12
75,7	76,8	77,8	81,0	83,2	86,0	84,7	82,4	81,4	81,8	79,1	79,5	...	13
71,3	81,0	93,1	94,6	96,6	97,8	98,1	96,3	84,7	87,1	70,8	69,5	...	14
71,8	92,3	117,5	119,5	115,2	119,6	129,7	123,8	96,8	95,7	63,2	72,5	...	15
69,5	76,1	84,7	86,1	89,5	90,0	87,8	87,0	79,6	82,8	71,0	67,0	...	16
182 849	259 847	346 752	369 787	388 410	368 722	371 469	342 419	258 027	230 239	180 784	215 005	260 629	17
10 296	12 181	17 522	22 348	28 521	24 583	20 670	16 077	13 550	11 820	10 865	12 427	13 170	18
521 294	701 849	867 968	925 926	1 034 294	1 034 849	912 251	912 585	656 520	591 211	500 601	614 323	665 993	19
27 178	30 242	44 592	53 538	65 515	59 888	48 313	41 101	33 254	27 711	27 090	36 345	32 744	20
6 735	4 752	5 282	5 683	4 919	5 140	5 588	5 081	6 147	6 402	4 277	5 149	7 360	21
4 860	3 520	3 881	4 146	3 684	3 570	3 822	3 569	4 374	5 171	3 298	3 566	4 869	22
821	419	570	598	446	523	526	518	761	754	523	484	775	23
653	465	476	482	458	744	904	723	689	186	151	792	1 339	24
3 631	3 854	4 523	4 277	4 149	4 247	4 291	4 144	4 563	4 389	3 863	3 521	3 917	25
401	359	570	578	564	542	546	511	472	382	342	315	337	26
3 230	3 495	3 953	3 699	3 585	3 705	3 745	3 633	4 091	4 007	3 521	3 206	3 580	27
6	6	5	7	11	7	9	4	6	12	8	5	6	28
497	451	719	725	709	707	691	676	581	494	434	403	467	29

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Monatsdurchschnitt			
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung						
1	Verbraucherpreisindex	2020=100	98,8	100,0	103,2	110,9
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2020=100	97,6	100,0	103,6	117,6
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2020=100	98,1	100,0	104,5	108,5
4	Bekleidung und Schuhe	2020=100	101,0	100,0	101,1	102,4
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2020=100	97,1	100,0	101,6	108,6
6	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	2020=100	99,6	100,0	102,4	112,5
7	Gesundheit	2020=100	98,9	100,0	101,0	102,4
8	Verkehr	2020=100	102,0	100,0	107,7	119,8
9	Post und Telekommunikation	2020=100	102,2	100,0	99,4	99,4
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2020=100	100,1	100,0	102,8	108,8
11	Bildungswesen	2020=100	99,1	100,0	100,7	99,6
12	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	2020=100	97,6	100,0	102,6	110,2
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2020=100	96,5	100,0	104,7	111,2
Jahresteuerrate						
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat						
14	Verbraucherpreisindex	Prozent	1,4	1,2	3,2	7,5
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Prozent	0,9	2,5	3,6	13,5
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Prozent	2,9	1,9	4,5	3,8
17	Bekleidung und Schuhe	Prozent	1,6	-1,0	1,1	1,3
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	Prozent	1,4	3,0	1,6	6,9
19	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	Prozent	1,3	0,4	2,4	9,9
20	Gesundheit	Prozent	1,0	1,1	1,0	1,4
21	Verkehr	Prozent	1,3	-2,0	7,7	11,2
22	Post und Telekommunikation	Prozent	-0,7	-2,2	-0,6	0,0
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Prozent	0,8	-0,1	2,8	5,8
24	Bildungswesen	Prozent	2,7	0,9	0,7	-1,1
25	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	Prozent	2,3	2,5	2,6	7,4
26	Andere Waren und Dienstleistungen	Prozent	3,0	3,6	4,7	6,2
Preisindex für Bauleistungen						
27	Preisindex für Wohngebäude (Brutto)	2015=100	115,9	118,0	131,6	160,9

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
108,8	109,7	110,6	110,4	111,1	111,4	113,3	114,3	114,3	113,6	115,4	116,2	117,2	1
109,7	113,5	115,1	116,0	118,5	120,8	123,1	125,2	126,8	126,8	129,6	133,3	135,4	2
106,6	107,6	108,2	108,9	109,0	109,1	109,3	110,2	110,6	111,4	113,9	114,7	115,8	3
101,2	102,5	103,2	101,7	100,3	100,8	104,2	104,9	105,8	105,0	101,6	101,4	106,3	4
108,1	108,2	108,5	108,7	108,4	108,7	109,4	111,0	110,6	108,0	113,0	113,0	113,5	5
109,1	110,3	112,0	112,5	113,9	114,0	114,7	115,4	115,7	116,6	117,4	118,0	118,9	6
102,1	102,1	102,3	102,2	102,4	102,5	102,6	103,0	103,0	103,2	105,2	105,1	105,2	7
121,0	120,3	122,2	117,6	117,5	116,2	125,2	124,9	123,8	121,4	121,4	122,0	122,6	8
99,8	99,6	99,5	99,5	99,6	99,0	98,7	99,2	99,1	99,3	99,3	99,2	98,9	9
105,3	106,2	107,0	109,3	111,3	111,5	111,2	111,2	111,0	113,1	110,8	112,5	114,1	10
99,4	99,5	99,5	98,9	99,0	98,9	99,5	100,1	100,1	100,1	103,3	103,9	104,0	11
105,8	107,3	109,0	109,5	111,3	112,5	112,5	114,0	114,2	115,2	117,3	117,8	118,4	12
108,6	109,6	110,2	110,4	111,7	112,1	112,6	114,1	114,2	114,3	116,1	116,5	116,7	13
6,6	7,0	7,8	7,2	7,1	7,4	8,9	9,4	9,2	8,2	8,4	8,5	7,7	14
7,0	8,3	11,3	12,5	14,3	17,2	18,7	20,8	21,5	20,1	20,9	23,1	23,4	15
3,8	2,3	2,9	3,1	3,6	3,6	3,5	4,3	5,5	6,2	8,2	8,3	8,6	16
0,4	1,8	3,1	-0,2	-0,8	1,2	2,6	2,7	2,2	2,5	1,1	3,0	5,0	17
6,8	6,8	7,1	7,3	6,8	7,1	7,6	8,3	7,7	5,2	6,1	5,8	5,0	18
8,2	9,2	11,1	10,7	11,3	11,0	10,7	11,4	10,1	10,0	9,4	9,0	9,0	19
1,4	1,2	1,5	1,1	1,2	1,3	1,4	1,8	1,9	2,1	3,2	3,1	3,0	20
15,2	13,8	15,2	9,9	7,8	6,4	14,1	12,1	10,3	8,9	7,5	6,8	1,3	21
0,8	0,7	0,8	0,6	-0,2	-0,5	-1,0	-0,4	-0,6	-0,5	-0,7	-0,6	-0,9	22
3,7	5,3	4,7	6,4	6,6	6,4	6,3	6,4	7,2	7,7	7,1	7,6	8,4	23
-1,9	-1,5	-1,6	-2,1	-2,0	-2,1	-0,5	0,0	0,0	0,0	2,5	4,6	4,7	24
5,0	6,2	7,5	6,5	7,4	8,4	8,3	9,5	9,9	10,6	11,7	11,7	11,9	25
4,7	5,4	5,7	5,6	6,1	6,3	6,5	8,0	8,0	8,1	7,4	7,5	7,5	26
.	.	158,6	.	.	166,4	.	.	171,8	.	.	176,9	.	27

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Jahresangaben			
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾						
Ausgaben						
1	Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Millionen Euro	5801	6061	6316	6783
2	je Einwohner	Euro	2714	2852	2990	3196
	darunter					
3	Personalausgaben	Millionen Euro	1605	1679	1741	1853
4	je Einwohner	Euro	751	790	824	873
5	Laufender Sachaufwand	Millionen Euro	1054	1047	1082	1216
6	je Einwohner	Euro	493	493	512	573
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Millionen Euro	2990	3117	3244	3492
8	je Einwohner	Euro	1399	1467	1536	1645
9	Sachinvestitionen	Millionen Euro	779	890	924	908
10	je Einwohner	Euro	364	419	437	428
	davon					
11	Baumaßnahmen	Millionen Euro	641	728	734	746
12	je Einwohner	Euro	300	342	347	351
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Millionen Euro	138	163	190	162
14	je Einwohner	Euro	64	77	90	76
Einnahmen						
15	Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Millionen Euro	5979	6361	6680	6975
16	je Einwohner	Euro	2797	2993	3162	3287
	darunter					
17	Steuern (netto) und steuerähnliche Einnahmen	Millionen Euro	1838	1738	1931	2088
18	je Einwohner	Euro	860	818	914	984
	darunter					
19	Grundsteuer A und B	Millionen Euro	248	250	252	255
20	je Einwohner	Euro	116	118	120	120
21	Gewerbesteuer (netto)	Millionen Euro	743	636	824	948
22	je Einwohner	Euro	348	299	390	447
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Millionen Euro	655	636	648	683
24	je Einwohner	Euro	307	299	307	322
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Millionen Euro	170	195	189	179
26	je Einwohner	Euro	79	92	90	85
27	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Millionen Euro	701	641	658	748
28	je Einwohner	Euro	328	302	311	352
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse ²⁾	Millionen Euro	3592	4052	4134	4306
30	je Einwohner ²⁾	Euro	1681	1906	1957	2029
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen	Millionen Euro	501	608	650	596
32	je Einwohner	Euro	234	286	308	281
33	Finanzierungssaldo	Millionen Euro	178	300	363	193
34	je Einwohner	Euro	83	141	172	91
35	Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums ³⁾	Millionen Euro	1423	1377	1285	1211
36	je Einwohner ³⁾	Euro	666	648	608	571

1) Angaben kumulativ

2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich

3) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden; ohne Kassenkredit

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
1512	.	.	3113	.	.	4774	.	.	6783	1
716	.	.	1474	.	.	2260	.	.	3196	2
422	.	.	860	.	.	1288	.	.	1853	3
200	.	.	407	.	.	610	.	.	873	4
269	.	.	564	.	.	850	.	.	1216	5
127	.	.	267	.	.	402	.	.	573	6
823	.	.	1676	.	.	2577	.	.	3492	7
389	.	.	793	.	.	1220	.	.	1645	8
158	.	.	354	.	.	575	.	.	908	9
75	.	.	168	.	.	272	.	.	428	10
119	.	.	278	.	.	471	.	.	746	11
56	.	.	132	.	.	223	.	.	351	12
40	.	.	76	.	.	104	.	.	162	13
19	.	.	36	.	.	49	.	.	76	14
1366	.	.	3094	.	.	4777	.	.	6975	15
646	.	.	1465	.	.	2261	.	.	3287	16
327	.	.	899	.	.	1428	.	.	2088	17
155	.	.	425	.	.	676	.	.	984	18
61	.	.	133	.	.	201	.	.	255	19
29	.	.	63	.	.	95	.	.	120	20
244	.	.	497	.	.	728	.	.	948	21
116	.	.	235	.	.	345	.	.	447	22
17	.	.	212	.	.	385	.	.	683	23
8	.	.	100	.	.	182	.	.	322	24
-	.	.	45	.	.	95	.	.	179	25
-	.	.	21	.	.	45	.	.	85	26
169	.	.	353	.	.	542	.	.	748	27
80	.	.	167	.	.	257	.	.	352	28
913	.	.	1987	.	.	3079	.	.	4306	29
432	.	.	941	.	.	1457	.	.	2029	30
122	.	.	212	.	.	284	.	.	596	31
58	.	.	100	.	.	135	.	.	281	32
-147	.	.	-19	.	.	3	.	.	193	33
-69	.	.	-9	.	.	2	.	.	91	34
1263	.	.	1233	.	.	1214	.	.	1211	35
598	.	.	584	.	.	575	.	.	571	36

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2019	2020	2021	2022
			Jahresangaben			
	Geld und Kredit ¹⁾					
	Kredite und Einlagen ²⁾					
1	Kredite an Nichtbanken	Millionen Euro	34 540	38 082	38 932	40 197
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Millionen Euro	1 292	1 272	1 246	1 481
3	mittelfristige Kredite	Millionen Euro	1 767	2 141	2 157	2 360
4	langfristige Kredite	Millionen Euro	31 481	34 669	35 529	36 356
5	darunter an inländische Nichtbanken	Millionen Euro	34 023	37 375	38 319	39 382
	davon					
6	Unternehmen	Millionen Euro	13 151	15 745	16 234	16 920
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	4 915	4 902	4 932	4 944
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	12 219	12 888	13 450	14 059
9	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	3 738	3 840	3 703	3 459
10	Einlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	43 306	46 926	48 423	49 814
	davon					
11	Sichteinlagen	Millionen Euro	27 771	31 442	33 532	35 163
12	Termineinlagen	Millionen Euro	1 854	1 787	1 480	1 995
13	Sparbriefe	Millionen Euro	750	793	722	709
14	Spareinlagen	Millionen Euro	12 931	12 904	12 689	11 947
15	darunter von inländischen Nichtbanken	Millionen Euro	43 166	46 757	48 216	49 639
	davon					
16	Unternehmen	Millionen Euro	7 732	8 544	8 586	9 166
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	3 681	4 090	4 330	4 348
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	29 719	31 875	32 779	33 512
19	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	2 034	2 248	2 521	2 613
	Sparverkehr ³⁾					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	624	696	599	528
21	Zinsgutschriften	Millionen Euro	21	18	15	15
22	Lastschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	693	823	697	737
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	12 931	12 904	12 689	11 947
	darunter bei					
24	Großbanken	Millionen Euro	2 006	2 053	2 101	1 985
25	Sparkassen	Millionen Euro	8 580	8 281	8 011	7 503
26	Kreditgenossenschaften	Millionen Euro	2 229	2 461	2 466	2 365
	Insolvenzen					
27	Insolvenzen	Anzahl	2 209	1 622	2 470	2 218
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	221	219	206	233
	darunter					
29	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	35	30	21	33
30	Baugewerbe	Anzahl	39	39	35	47
31	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Anzahl	24	27	27	28
32	Gastgewerbe	Anzahl	20	24	16	15
33	übrige Schuldner	Anzahl	1 988	1 403	2 264	1 985
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä.	Anzahl	13	4	6	8
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	381	262	319	285
36	Verbraucher	Anzahl	1 440	985	1 701	1 450
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	2 020	1 421	2 323	2 057
38	mangels Masse abwesene Verfahren	Anzahl	157	166	123	137
39	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Anzahl	32	35	24	24
40	Voraussichtliche Forderungen	Tausend Euro	506 843	378 953	337 563	330 279
41	Beschäftigte	Anzahl	2 905	2 658	1 494	1 909

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

2) am Jahres- bzw. Monatsende

3) Umsätze im Vierteljahr; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

ZAHLENSPIEGEL

2022										2023			Lfd. Nr.
März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	
39197	.	.	39625	.	.	39979	.	.	40197	1
1278	.	.	1289	.	.	1393	.	.	1481	2
2169	.	.	2229	.	.	2265	.	.	2360	3
35750	.	.	36107	.	.	36321	.	.	36356	4
38457	.	.	38854	.	.	39155	.	.	39382	5
16279	.	.	16460	.	.	16600	.	.	16920	6
4959	.	.	4949	.	.	4943	.	.	4944	7
13589	.	.	13831	.	.	14016	.	.	14059	8
3630	.	.	3614	.	.	3596	.	.	3459	9
47863	.	.	47950	.	.	48586	.	.	49814	10
33076	.	.	33328	.	.	33969	.	.	35163	11
1523	.	.	1547	.	.	1758	.	.	1995	12
717	.	.	733	.	.	719	.	.	709	13
12547	.	.	12342	.	.	12140	.	.	11947	14
47685	.	.	47768	.	.	48402	.	.	49639	15
8313	.	.	8493	.	.	8867	.	.	9166	16
4216	.	.	4184	.	.	4305	.	.	4348	17
32844	.	.	32732	.	.	32879	.	.	33512	18
2312	.	.	2359	.	.	2351	.	.	2613	19
597	.	.	475	.	.	476	.	.	528	20
5	.	.	7	.	.	5	.	.	15	21
743	.	.	689	.	.	682	.	.	737	22
12547	.	.	12342	.	.	12140	.	.	11947	23
2104	.	.	2077	.	.	2018	.	.	1985	24
7905	.	.	7750	.	.	7638	.	.	7503	25
2427	.	.	2406	.	.	2382	.	.	2365	26
184	196	215	204	137	228	154	113	255	171	192	182	209	27
15	23	33	12	22	20	16	21	15	30	11	33	17	28
1	4	4	1	5	1	2	3	2	5	1	2	3	29
1	8	4	3	3	6	4	3	2	6	3	4	2	30
3	4	3	2	1	1	1	2	-	7	2	5	2	31
1	1	1	1	3	-	1	2	3	-	1	7	1	32
169	173	182	192	115	208	138	92	240	141	181	149	192	33
-	-	2	-	-	3	1	1	-	1	1	-	1	34
20	30	34	16	16	29	23	15	31	24	27	25	26	35
128	119	117	157	83	148	103	66	189	101	136	109	142	36
176	183	199	190	124	215	145	97	242	148	182	166	197	37
7	12	14	9	12	11	8	11	11	23	8	13	12	38
1	1	2	5	1	2	1	5	2	-	2	3	-	39
29564	29938	52047	17342	23746	20601	24405	19119	30260	20548	14591	21592	186467	40
168	129	210	21	250	15	98	72	32	183	47	99	418	41

Veröffentlichungen im Mai 2023

Titel	Periodizität	Bestellnummer	Preis in Euro
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Jan. 2022 – Feb. 2023 nach Wirtschaftszweigen	m	05 101	5,00
Baugenehmigungen März 2023	m	06 207	5,00
Straßenverkehrsunfälle Februar 2023 Vorläufige Ergebnisse	m	08 102	6,25
Straßenverkehrsunfälle März 2023 Vorläufige Ergebnisse	m	08 102	6,25
Verbraucherpreisindex April 2023	m	12 101	6,25
Statistisches Monatsheft Mrz. 2023	m	40 301	5,00
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.09.2022	vj	01 605	6,25
Ergebnisse der tierischen Erzeugung 1.1. – 31.3.2023	vj	03 305	3,75
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2022	j	01 103	5,00
Haushalt und Familie 2022 Erstergebnis des Mikrozensus	j	01 107	5,00
Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2019	j	01 401	5,00
Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung zum 31.12.2022	j	03 106	8,75
Öffentliche Kinder und Jugendhilfe 2021	j	10 102	7,50
Schlüsselzuweisungen 2023	j	11 205	7,50
Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 2021	j	11 401	10,00
Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 2021 nach Kreisen und Gemeinden	j	11 402	10,00
Ausländische Bevölkerung in Thüringen, Ausgabe 2022	j	80 111	0,00
Ernte- und Betriebsberichterstattung Feldfrüchte und Grünland 2023 Stand: April	u	03 204	1,25
Thüringen Atlas Wirtschaft Ausgabe 2023	u	40 506	18,50

Abkürzungen: m - monatlich; vj - vierteljährlich; j - jährlich; u - unregelmäßig



